H 8040 F
ISSN 1619-1404
28. Jahrgang
Nummer 169
November | Dezember 2017
3,50 Euro

Die Wiederkehr des Verdrängten.

Burschen, Neue Rechte und die AfD



der rechte **rand**

magazin von und für antifaschistInnen

Titelbild: Burschenschafter spielen nicht nur in Kreisen der »Identitären« oder der AfD eine große Rolle – in Österreich sind die Deutsch-Nationalen jetzt Teil der politischen Macht
Photo by Mark Mühlhaus / attenzione

editorial & inhalt

Seite 3

AfD

kurz und bündig I

Geschichte

International

kurz und bündig II

Rezensionen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein Antifa-Kongress im Münchner DGB-Haus? Das wollten der rechte Blog »Journalistenwatch«, die nach rechtsaußen gerne mal offene »Deutsche Polizeigewerkschaft« (DPolG) und Teile der DGB-Gewerkschaft »Gewerkschaft der Polizei« (GdP) nicht akzeptieren. Die GdP übte Druck auf den DGB-Bundesvorstand aus, den dieser an den DGB in Bayern weiterleitete. Daraufhin kündigte letzterer Mitte Oktober den OrganisatorInnen des »Antifa-Kongress Bayern«, der für Anfang November geplant war, die Räumlichkeiten.
Nachdem bundesweit über den Anti-Antifa-Vorstoß berichtet worden war, solidarisierten sich zahllose Einzelpersonen, GewerkschafterInnen und Einzelgewerkschaften mit dem »Antifa-Kongress Bayern«. In der Folge konnten sich OrganisatorInnen und DGB schnell einigen und der Kongress fand wie geplant im DGB-Haus statt – mit so großem Erfolg, dass es bald hieß: »Wir sind restlos ausgebucht.« Glückwunsch!
Zwei Dinge hat uns der Wirbel um den Kongress gezeigt:
Vom Erfolg der »Alternative für Deutschland« (AfD) beflügelt, hat das rechte, konservative und anti-linke Lager deutlich Oberwasser bekommen. Wir dürfen freilich nicht vergessen, dass es Distanzierungen, Ausladungen, Kündigungen von Räumlichkeiten in der antifaschistischen Bündnispolitik schon immer gegeben hat. Nun wird allerdings daraus »große Politik« gemacht, denn das ist die AfD leider jetzt: »große Politik«. Das gibt einen Fingerzeig darauf, wie es in den nächsten Jahren mit der AfD in den Länderparlamenten und im Bundestag weitergehen könnte. Die Partei bemüht sich nach Kräften, Antifaschismus und linke Ideen zu delegitimieren, ganz im Interesse derer, die ohnehin zum Angriff gegen Links(-»Extremismus«) geblasen haben.
Zum zweiten haben die Vorkommnisse offenbart, dass jetzt, nachdem sich die AfD als politische Kraft endgültig festgesetzt hat, Aushandlungsprozesse darüber stattfinden, wie wir uns als aktive AntifaschistInnen gemeinsam positionieren wollen: Haben wir – Antifas, GewerkschafterInnen, Linke – doch jahrelang als gute PartnerInnen im Kampf gegen rechts und gemeinsam auf der Straße gegen Neonazis zusammen gestanden. Das wollen wir weiterhin, auch wenn deutlich wird, dass wir noch so manche kontroverse und hoffentlich solidarische Diskussion führen müssen. So billig sollte es die Anti-Antifa nicht bekommen.

Richtigstellung:
In Ausgabe Nr. 168 des drr, Seite 12, ist der tödliche Angriff in Charlottesville auf den 12. September datiert. Richtig ist der 12. August.

Mit Rechten reden?

Gesellschaft und Medien verkennen die Diskurs-Strategien der »Neuen Rechten«

von Andreas Speit



^ Kubitschek: »… von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird Euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht.«

»Wozu sich erklären? Wozu sich auf ein Gespräch einlassen, auf eine Beteiligung an einer Debatte? Weil Ihr Angst vor der Abrechnung habt, bittet Ihr uns nun an einen Eurer runden Tische? Nein, diese Mittel sind aufgebraucht, und von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird Euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht«. Diese klare Kriegserklärung formulierte einer jener neu-rechten Herren, die sich derzeit für ein offenes Gespräch stark machen, es war Götz Kubitschek.
In dem schmalen Buch »Provokation« führte der von den Medien zum »Schwarzen Ritter« aufgewertete Verleger aus: »Wir halten nicht viel von langwierigen Begründungen, von Herleitungen, von der systematischen Stimmigkeit unseres Handlungsantriebs.« Mit Bezug auf den spanischen Staatsphilosophen Donoso Cortes, der für eine »Diktatur des Säbels« plädierte, schrieb Kubitschek 2007: »‹Diskussion ist der Name des Todes, wenn er beschließt, inkognito zu reisen› sagt Donoso Cortes. Schaut Euch doch um! Was gibt es da noch zu fragen und zu quatschen?« Hat er seine Position seitdem verändert? Hin zum offenen Dialog mit der Intention einer kritischen Reflexion der eigenen Positionen? Hat der Text für ihn an Relevanz verloren? Nein. In dem Sammelband »Die Spurbreite des schmalen Grats« hat Kubitschek die Verneinung einer pluralen, demokratischen und multikulturellen Gesellschaft vor einem Jahr erneut veröffentlicht. Nicht die Position, sondern die Taktik der Diskurs-Gewinnung wurde modifiziert. Mit dem Buch »Deutschland schafft sich ab« von Thilo Sarrazin hat sich seit 2010 auch in der Mitte der Gesellschaft das Sag- und Wählbare stetig nach weit rechts geöffnet. »Sarrazin war ein Rammbock«, sagte Kubitschek in dem von Ellen Kositza und ihm 2015 herausgegebenen Gesprächsband »Tristesse Droite«.
Diese Öffnung will das neu-rechte Milieu – vom »Institut für Staatspolitik« über die Wochenzeitung »Junge Freiheit« und das neue Magazin »Cato« bis zur »Alternative für Deutschland« (AfD) – schon länger nutzen, um sich selbstreflektiert und gesprächsbereit zu geben. Seit dem Auftritt des »Verlag Antaios« von Kubitschek auf der Frankfurter Buchmesse in diesem Jahr halten sie einen weiteren Aufbruch für möglich. Ihr Credo, man könnte miteinander reden, hallt erfolgreich nach. Aus der Kritik etlicher Feuilletons, man solle miteinander reden, droht längst die Diktion zu werden: Man muss miteinander reden! Die Annahme dahinter: Erst die Ausgrenzung rechter Ressentiments hätte deren Etablierung verstärkt. Die »Political Correctness« der »Gutmenschen« wäre zu weit gegangen, ist nur die populärste Vorhaltung. Diejenigen, die vor den rassistischen, antiliberalen und antidemokratischen Konnotationen warnen, erscheinen nun als autoritär und undemokratisch.
Diese Umkehrung aus der gesellschaftlichen Mitte feiern die neuen Rechten. Neue »Rammböcke« haben sie bereits ausgemacht. Dieses Personal folgt oft dem Opfermythos, angeblich aus öffentlichen Diskursen ausgegrenzt zu sein. Ganz so, als wären die ihnen nahestehenden PublizistInnen keine BestsellerautorInnen, AfD-FunktionärInnen, Talkshowgäste und GesprächspartnerInnen in Medien. Im Magazin »Der Spiegel« durfte unlängst Kubitschek die Position seines Freundes Björn Höcke, Thüringer AfD-Chef, zu Auschwitz erklären. Und im »Heute Journal« des ZDF konnte jüngst der alte neu-rechte Vordenker Karlheinz Weißmann den AfD-Erfolg als Teil einer größeren Bewegung würdigen. Dass der Politikwissenschaftler Claus Leggewie und der Soziologe Armin Nassehi mit Kubitschek per Brief eine politische Auseinandersetzung suchten, wird ignoriert – genauso, dass Kubitschek dort zwar sich und sein Milieu erklärte, aber keine eigenen Positionen hinterfragte oder revidierte. Eine Debatte bedingt jedoch Dialogbereitschaft. Doch sie wollen nicht nur reden, sie wollen Recht bekommen.
Diese seit Jahrzehnten zu erlebende Erfahrung wird bei der Forderung »Man muss miteinander reden« nicht bloß ausgeblendet. Sie wird ausgehebelt, wenn das Reden an sich für einen Wert gehalten wird. Reden um des Redens Willen kann im Privaten als Labern ohne Folgen abgetan werden. Im Politischen führt das aber zu der Konsequenz, bestimmte Positionen im Diskurs als legitim erscheinen zu lassen. Dabei wird ignoriert, dass genau das zur Strategie der IdeologieproduzentInnen der »Neuen Rechten« gehört: Im vorpolitischen Raum durch Themensetzung und Tonlagen ihre autoritären, antiliberalen und homogenen Visionen durchsetzen zu wollen. Wer nicht unterscheidet zwischen IdeologieproduzentInnen und Kadern einerseits sowie WählerInnen und Enttäuschten andererseits, erkennt nicht den schmalen Grat des Gesprächs-Konsens. Dieser Konsens ist aber nicht gegeben, wenn zur autoritären Revolte gegen die liberale Realität aufgerufen wird. Eine pauschale Unterstellung? Vielleicht sollte Kubitschek ernst genommen werden: »Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.« Warum werden diese Kampfansagen den die Diskussionen Einfordernden und den Neu-Rechten nicht vorgehalten?
1993 bewegten die ersten Diskurs-Erfolge der »Neuen Rechten« liberale PhilosophInnen und linke PublizistInnen in Frankreich zum »Appell an die Wachsamkeit«. Sie warnten, dass nur »Neu-Rechte« die Profiteure des grenzenlosen Dialogs unter dem Deckmantel des Pluralismus sein würden. Maurice Olender, der Initiator des Appells, formulierte, was heute vergessen scheint: »Man kann über alles, aber nicht mit allen reden«.

Feindliche Übernahme

Der Auftritt des neu-rechten »Antaios-Verlages« war das beherrschende Thema der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt am Main. Verlag und AnhängerInnen nutzen die ihnen gebotene Bühne zur Selbstinszenierung.

von Danijel Majic



Das Fazit, das die Leitung der Frankfurter Buchmesse einen Tag nach dem Ende der weltgrößten Bücherschau zieht, dürfte in deutschen Redaktionsstuben für reichlich Kopfschütteln gesorgt haben: »Frankfurter Buchmesse 2017: Politisch wie nie« lautet die Überschrift der Pressemitteilung vom 16. Oktober.
Ein beinahe zynisches Resümee, wenn man bedenkt, welche Szenen sich nicht einmal 48 Stunden zuvor auf der Buchmesse abgespielt hatten. »Lautstarke Tumulte bei Antaios-Veranstaltung« titelte am Samstag zuvor »hessenschau.de«. Rund »400 Personen aus beiden Lagern« hatten sich nach Angaben der Frankfurter Polizei in Halle 4.2 der Frankfurter Messe gegenübergestanden, getrennt durch Einsatzkräfte.
Gemeint waren jene, die gekommen waren, um auf dem Podium des »Antaios-Verlages« ein »Schaulaufen der Rechten« (»Frankfurter Rundschau«) zu erleben und diejenigen, die dagegen protestieren wollten. Bilanz dieses Samstagabends: zwei vorläufige Festnahmen, ein verletzter Stadtverordneter, eine Messeleitung, die nicht mehr fähig oder willens ist, ihr eigenes Hausrecht durchzusetzen und ein gleichermaßen erzürnter wie erfreuter Götz Kubitschek – Gründer und Geschäftsführer des »Antaios-Verlages«.

Skandalöser Bestseller

Es war eine Konfrontation mit Ansage - ein Eklat, der sich bereits seit Mitte August abgezeichnet hatte, als die Teilnahme des »Antaios-Verlages« an der diesjährigen Frankfurter Buchmesse publik wurde. Der Börsenverein des deutschen Buchhandels und die Frankfurter Buchmesse GmbH betonten das Recht auf Meinungsfreiheit, das ihnen gebiete, alle Aussteller zuzulassen, deren Inhalte »nicht gegen geltendes Recht« verstoßen. Zugleich allerdings kündigten die Verantwortlichen einen »aktiven Umgang« mit den Inhalten der Veröffentlichungen des Verlages an.
Diese sind einer breiteren deutschen Öffentlichkeit spätestens seit dem Skandal um das Werk »Finis Germania« aus dem Nachlass des Historikers Rolf Peter Sieferle bekannt. Im Juni schaffte es das Buch, das von zahlreichen KritikerInnen als »antisemitisch« und »geschichtsrevisionistisch« eingestuft wird, auf die Liste »Sachbücher des Monats«. Dafür gesorgt hatte der – mittlerweile ehemalige – Juror und Spiegel-Redakteur Johannes Saltzwedel, indem er alle ihm zur Verfügung stehenden Stimmpunkte an »Finis Germania« vergeben hatte. Vom Skandal beflügelt, landete das Buch auf Platz Eins der Amazon-Verkaufscharts.
Sieferles Werk ist bei »Antaios« inhaltlich bestens aufgehoben. Seit seiner Gründung im Jahre 2000 hat sich der in Schnellroda in Sachsen-Anhalt ansässige Verlag zum wichtigsten Herausgeber von Literatur der sogenannten »Neuen Rechten« entwickelt. Im Verlag erscheinen Übersetzungen von Theoretikern der französischen »Nouvelle Droite« wie Alain de Benoist, aber auch Titel von »Eigengewächsen«. Daneben bietet das ebenfalls im Verlag erscheinende Theorieorgan »Sezession« auch immer wieder VertreterInnen der »Identitären Bewegung« (IB) ein Podium.

Kulturelle Hegemonie

Der Aufstieg des »Antaios-Verlages« ist eng verknüpft mit der Person seines Gründers Götz Kubitschek. Der Oberleutnant der Reserve hat seit Mitte der 1990er Jahre eine steile Karriere hingelegt: vom Autor der Wochenzeitung »Junge Freiheit« hin zum selbststilisierten Vordenker der »Neuen Rechten« in Deutschland.
Im Jahre 2000 gründete er zusammen mit Karlheinz Weißmann das »Institut für Staatspolitik« (IfS), eine rechte Denkfabrik, die – wie auch der Verlag – auf dem Gut in Schnellroda untergebracht ist, das Kubitschek mit seiner Frau, der Publizistin Ellen Kositza und sieben Kindern bewohnt.
Kubitschek selbst verortet sich in der Tradition der sogenannten »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik, einer Strömung von antiliberalen und antidemokratischen Theoretikern wie Oswald Sprengler und Carl Schmitt, die nach Lesart der »Neuen Rechten« einen originär rechten Theoriefundus darstellen, der nicht mit dem Nationalsozialismus verquickt und dementsprechend historisch unvorbelastet sein soll. Eine Fiktion, die auf den 2003 verstorbenen Schweizer Schriftsteller Armin Mohler zurückgeht, als dessen »Freund und Schüler« sich Kubitschek sieht.
Mit seinen intellektuellen Vorbildern teilt Kubitschek die Überzeugung, dass die Zustände, die es im Sinne ihres Konservatismus zu erhalten lohnt, erst hergestellt werden müssen. Für die AnhängerInnen des IfS bedeutet dies: Überwindung des universalistischen Zeitgeistes, Rückzug auf den autoritären Nationalstaat, Erhaltung der Identität des deutschen Volkes im Sinne weitestgehender ethnischer Homogenität. Zur Umsetzung dieser Ziele setzt die Neue Rechte auf das vom linken Theoretiker Antonio Gramsci entlehnte Konzept des Kampfes um die kulturelle Hegemonie durch die Besetzung des »vorpolitischen Raumes«.
Kubitscheks Thesen werden bereits seit längerem auch in der »Alternative für Deutschland« (AfD) rezipiert. Auf Schnellroda – von Kubitschek inzwischen zu einem Tagungs- und Schulungszentrum ausgebaut – hielt Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im thüringischen Landtag, im November 2015 seine berüchtigte Rede über die unterschiedlichen »Fortpflanzungsstrategien« von Europäern und Afrikanern. In derselben Rede sprach er davon, sich in Schnellroda regelmäßig »geistiges Manna« abzuholen.



< *Ellen Kositza bei der Buchmesse in Frankfurt/Main*

Mediale Selbstinszenierung

Kubitschek und Kositza schweigen. Ein seltener Moment auf der Frankfurter Buchmesse. Vor dem Podium der Bundeszentrale für politische Bildung, auf dem am dritten Fachbesuchertag der Historiker Volker Weiß auftritt, hat sich das neu-rechte Verlegerpaar demonstrativ in Pose geworfen. Mit verschränkten Armen und versteinertem Blick lauscht Kubitschek den Ausführungen, während Ellen Kositza mit einem kleinen Stapel Flugblätter daneben steht. Weiß hat sich mit seinem Buch »Die autoritäre Revolte« den Zorn der beiden zugezogen. Bei der Leipziger Buchmesse im Mai diesen Jahres hatte Kubitschek Weiß minutenlang beschimpft. An diesem Freitag aber schweigt er – und lässt sich dabei filmen.

Dass sie sich nicht allein auf ihren Stand beschränken werden, sondern die ganze Messe als Bühne begreifen, machen die VertreterInnen von »Antaios« ebenfalls vom ersten Tag an klar. Eine der Töchter Kubitscheks versucht ein Panel des Börsenvereins zu stören und beklagt, dass nur »über uns, aber nicht mit uns geredet werde«. Ein Opfernarrativ, das auch Ellen Kositza bei ihren Auftritten immer wieder im Mund führt. »Wir müssen auf Augenhöhe reden«, erklärt sie etwa am Samstag, kurz bevor in Halle 4.2 der Tumult losbricht. Bereits vor Beginn der Messe hatte sie in einem offenen Brief der Amadeu-Antonio-Stiftung einen solchen Dialog angeboten – freilich nicht ohne im gleichen Brief zu erklären, warum die VertreterInnen der Stiftung eigentlich keine würdigen DialogpartnerInnen seien. Die Stiftung, die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus fördert, bezieht während der Messe einen Stand schräg gegenüber von »Antaios« – auf Einladung der Messeleitung.

Aktionen

Dass der »Antaios«-Auftritt zu Protesten führen würde, war den Verantwortlichen der Buchmesse bewusst. Der Börsenverein selbst hatte am ersten Messetag eine Demonstration gegen Rassismus in der Messehalle 3.1, wo »Antaios« untergebracht war, organisiert. Bereits vor der Eröffnung hatten Unbekannte die Auslage des Verlages mit Kaffeepulver und Zahnpasta beschädigt.

Es blieb nicht der einzige Zwischenfall. In der Nacht auf Freitag wurde der Gemeinschaftsstand des »Manuscriptum-Verlages« und des Magazins »Tumult« (s. drr Nr. 162) komplett ausgeräumt. In einer weiteren Nacht- und Nebelaktion überklebten Unbekannte die Wandplakate des »Antaios-Verlages« mit Folien, auf denen der Spruch: »Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie ein Geschichtsbuch oder fragen Sie Ihre Großeltern« prangte.

Ebenfalls am Freitag wurde am Stand der »Jungen Freiheit« der Gründer des linken Trikont-Verlages, Achim Bergmann, nach einem Zwischenruf von einem Besucher niedergeschlagen. Ein Vorspiel für die Auseinandersetzungen am Samstag, welche die Tageszeitung »Die Welt« später in einem Kommentar als das »Worst-Case-Szenario« für eine Buchmesse bezeichnete.

Machtdemonstration

Einen letzten Coup hat sich Kubitschek für den ersten offiziellen Publikumstag aufgehoben. Erst zwei Tage vorher hatte er bekannt gegeben, Björn Höcke wolle am Messesamstag dem Stand einen Besuch abstatten. Kubitschek hat seinen politischen Weggefährten zu einem Messerundgang eingeladen. Sie bleiben nicht allein. Rund 150 Menschen schließen sich der Tour an.

Mit dabei sind erwartungsgemäß bekannte Gesichter der IB. Dazu kommen rechte Lokalpolitiker, wie Wolfgang Hübner, langjähriger Stadtverordneter der »Bürger für Frankfurt«, sowie Aktivisten der süddeutschen Neonazi-Szene: Maximilian Reich vom »Antikapitalistischen Kollektiv« oder Patrick Schröder, der zuletzt Neonazi-Konzerte in Themar organisierte. Dieses Publikum ist es, das auf den zunächst vereinzelten Protest von einem guten Dutzend GegendemonstrantInnen mit frenetischen »Jeder hasst die Antifa«-Sprechchören antwortet, eingepeitscht von Martin Semlitsch – besser bekannt unter seinem Pseudonym »Martin Lichtmesz« – und von Götz Kubitschek auf der Bühne des Forums Wissenschaft und Bildung in Halle 4.2. JournalistInnen werden angegangen, GegendemonstrantInnen Plakate aus der Hand gerissen. Der Stadtverordnete Nico Wehnemann wird beim Versuch, die Halle zu verlassen von einem Sicherheitsmann zu Boden gerissen und leicht verletzt.

Im Herzen des Establishments

Während auf der Bühne Björn Höcke, Caroline Sommerfeld, Martin Semlitsch und schließlich Akif Pirinçci zu Wort kommen, scheint in Halle 4.2 die Rechte in Deutschland eine Stunde lang die Oberhoheit über jenen vorpolitischen Raum zu genießen, die sie sich so sehr wünscht. Als jedoch um 18 Uhr Martin Sellner und Mario Müller – ein zweifach wegen Körperverletzung vorbestrafter ehemaliger Aktivist der freien Kameradschaftszene in Niedersachsen, der nun beim IB-Ableger »Kontrakultur Halle« aktiv ist – die Bühne betreten, bricht der Tumult los. Alle Versuche Sellners und Müllers das Wort zu ergreifen, werden von mehr als 100 GegendemonstrantInnen mit Sprechchören übertönt. 40 Minuten lang kommen die Rechten nicht zu Wort. Dann verlassen die DemonstrantInnen Halle 4.2 freiwillig.

Es wäre eine Niederlage für Kubitschek, wenn sich ihm nicht am Ende doch noch einmal die Gelegenheit zur Selbstinszenierung böte. Als Juergen Boos, Leiter der Buchmesse, das Podium betritt, um die Veranstaltung für beendet zu erklären, lässt Kubitschek ihn nicht zu Wort kommen. »Wir machen einfach weiter«, erklärt er.

Martin Sellner gibt dem Publikum die passende Deutung der Ereignisse mit an die Hand: »Wir sind hergekommen und haben ein Zeichen gesetzt – im Herzen des linksliberalen Establishments!« Das von Sellner selbst produzierte Video, das diese Ansprache zeigt, trägt den Titel: Übernahme einer Buchmesse.

Die Leitung der Buchmesse stellt derweil in ihrer Pressemitteilung lapidar fest: »Überschattet wurde die Buchmesse durch Konfrontationen zwischen rechten und linken Gruppierungen.«

»Beschränkter Teutomanismus«

Der extrem rechte Akademikerbund »Deutsche Burschenschaft« feierte im Oktober in Eisenach den 200. Jahrestag des »Wartburgfestes«. Fast 1.000 Personen kamen, ein umfangreiches Programm war vorbereitet.

von Ernst Kovahl



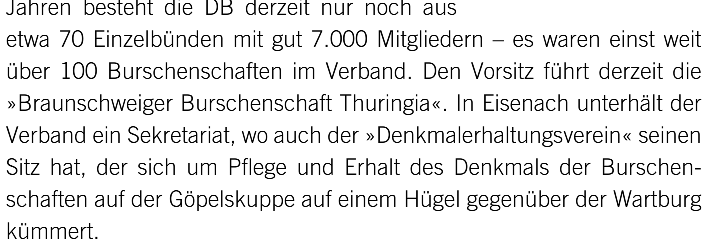
»Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt – Deutschland, Deutschland über alles!«, schallte es am Morgen des 21. Oktober 2017 vom Hof der Wartburg. Oberhalb von Eisenach hatten sich etwa 300 uniformierte Burschenschafter versammelt. Alt und jung, mit Band und Mütze waren sie teils zu Fuß, teils mit Bussen aus der Stadt auf die Burg gekommen. Für die »Deutsche Burschenschaft« (DB) ist das imposante Bauwerk, wo Luther einst die Bibel übersetzte, »unsere Burg«, wie der Akademikerverband auf seiner Facebook-Seite schrieb. Hier fand am 18. Oktober 1817 das erste »Wartburgfest« der Burschenschaften statt. Seitdem gilt der Ort als wichtiges deutsches Nationaldenkmal und Symbol der deutschen Nationwerdung. Mit dem damaligen »Wartburgfest« sei ein »demonstratives Signal gesetzt (worden), das bis heute wirkt«, hieß es in der Einladung vom Dezember 2016. Jörg Sobolewski (»Berliner Burschenschaft Gothia«), Sprecher der DB 2016, und dessen Nachfolger für das Geschäftsjahr 2017 des Verbandes, Daniel Malsam (»Braunschweiger Burschenschaft Thuringia«), schrieben, die Thüringer Burg sei »ein Ort, von dem ‹die Befreiung des deutschen Geistes› « ausgegangen sei. Heute müssten die damaligen Errungenschaften (»Einheit, Freiheit und Demokratie«) gegen »Radikalismus, Gutmenschentum und Populismus« verteidigt werden, klagen die beiden rechten Akademiker. Es gehe um nicht weniger als die »Zukunft des deutschen Volkes«.

»Flashmob«?

»Spontan« sei man auf die Wartburg gezogen, behauptete der Pressesprecher der DB, Philip Stein, von der »Burschenschaft Germania Marburg«, hinterher. Er war sichtlich stolz, als er auf einer Pressekonferenz im »Berghotel« den Aufmarsch beichtete; quasi ein »Flashmob« sei es gewesen. Doch das ist falsch, denn die Aktion war vorbereitet, auch wenn sie nicht offiziell bei der »Wartburg Stiftung« als Hausherrin angemeldet war. Als oben auf der Burg das »Deutschlandlied« in allen drei Strophen und »Die Gedanken sind frei« gesungen wurde, hatte ein Burschenschafter seine Gitarre dabei. Der ehemalige Berliner CDU-Staatssekretär und heutige Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, Michael Büge (»Berliner Burschenschaft Gothia«), hielt seine vorbereitete Rede und Mitglieder der »Burschenschaft Brixia Innsbruck« brachten ein Transparent mit: »Burschenschafter für Meinungsfreiheit. Damals wie heute!« Und auch ein Team des Regionalfernsehens war - wie zufällig – vor Ort, um Interviews mit »Alten Herren« zu führen. Der »Wartburg Stiftung« war schon Tage vorher bekannt, dass aus dem Kreis der DB eine Demonstration mit möglicherweise mehreren hundert Teilnehmern, einem Redner und dem Singen des »Deutschlandliedes« in allen drei Strophen auf dem Gelände der Wartburg geplant sei – genau so, wie es dann tatsächlich stattfand. Daher war auch Polizei vor Ort – und schritt nicht ein. Eigentlich darf die »Deutsche Burschenschaft« die Wartburg nicht mehr nutzen – doch Konsequenzen hatte diese Entscheidung der Stiftung offenbar nicht.

»Kaderschmiede«

Der DB-Pressesprecher Stein ist in der extremen Rechten nicht irgendwer. Er ist Leiter der neu-rechten Initiative »Ein Prozent«, betreibt in Dresden den »Jungeuropa Verlag« und war Autor und Interviewpartner des neu-rechten Blattes »Sezession«. Im Interview mit dem »Südthüringer Regionalfernsehen« bezeichnete er die DB als »eine Art Kaderschmiede«. Aus dem Verband kämen nicht nur Professoren, sondern er stelle auch »in politischen Berufen viele Mitglieder«. Ausdrücklich nannte er in diesem Zusammenhang die AfD. Insgesamt sollen bis zu 1.000 Personen am »Wartburgfest« der DB teilgenommen haben. Gut 750 seien Mitglieder des Verbandes gewesen, darunter viele aus Österreich. Veranstalter waren neben der DB auch der »Denkmalerhaltungsverein Eisenach e. V.«, die »Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V.« und der »Verband der Vereinigungen Alter Burschenschafter«. Nach einer Austrittswelle in den letzten Jahren besteht die DB derzeit nur noch aus etwa 70 Einzelbünden mit gut 7.000 Mitgliedern – es waren einst weit über 100 Burschenschaften im Verband. Den Vorsitz führt derzeit die »Braunschweiger Burschenschaft Thuringia«. In Eisenach unterhält der Verband ein Sekretariat, wo auch der »Denkmalerhaltungsverein« seinen Sitz hat, der sich um Pflege und Erhalt des Denkmals der Burschenschaften auf der Göpelskuppe auf einem Hügel gegenüber der Wartburg kümmert.



Gedenken, Geschichte und Gottesdienst

Drei Tage prägten Burschenmützen und -bänder die Kleinstadt im Westen Thüringens. Vom 20. bis 22. Oktober hatte die DB ein straffes Programm für aktive Burschenschafter und »Alte Herren« organisiert. Neben dem zentralen »Wartburgfestgedenken« und dem abendlichen »Festkommers« fanden auch ein Symposium der »Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung« und ein Gottesdienst unter freiem Himmel statt. Auf dem »Symposium« referierten zahlreiche Historiker und Wissenschaftler, unter anderem der ehemalige Vizepräsident des Bundesarchivs Klaus Oldenhage. In Ermangelung einer Halle tagten die Burschenschafter in einem eigens errichteten Zelt unterhalb des »Burschenschaftsdenkmals«. Die früher für die regelmäßig in Eisenach stattfindenden »Burschentage« der DB genutzte städtische Sporthalle steht nicht mehr zur Verfügung. Denn Eisenach vermietet aufgrund der extrem rechten Ausrichtung des Verbandes nicht mehr an die DB: »Da können wir keine Gastfreundschaft



^ *am 21. Oktober 2017 feiert der deutsch-nationale Burschenschaftsverband 200 Jahre Wartburgfest direkt am Burschenschaftsdenkmal.*

mehr zeigen«, kommentierte die Oberbürgermeisterin Katja Wolf von der Linkspartei. Als Festredner für Samstagabend war Reinhard Kienberger (»Akademische Burschenschaft Oberösterreicher Germanen in Wien«) von der Rechtsaußen-Strömung »Burschenschaftliche Gemeinschaft« in der DB angekündigt. Seine Rede wurde durch Bruno Burchhart, Mitglied der offen extrem rechten »Wiener akademische Burschenschaft Olympia« und Professor an der Technischen Universität München, eingeleitet. Eigens produziert wurde eine Veranstaltungsbroschüre mit Liedtexten, Programmablauf und den politischen Positionen der DB. Ausdrücklich wird dort weiterhin zum Beispiel die Abschaffung jener Gesetze gefordert, die einer völkischen Neuordnung Europas und einer Restaurierung territorialer Ansprüche Deutschlands im Wege stehen, sei es gegenüber der Tschechischen Republik oder Italien.

Gedenken an Kriegsdichter Flex

Die »Wiener akademische Burschenschaft Moldavia« hatte zudem bei der Stadt eine »Totengedenkfeier« auf dem Friedhof für den nationalistischen Kriegsdichter Walter Flex angemeldet, dessen Todestag sich am 16. Oktober 2017 zum 100. Mal jährte. Für den Akademikerverband ist der 1887 in Eisenach geborene und 1917 im Ersten Weltkrieg gestorbene Flex ebenso wie für die gesamte deutsch-völkische Rechte eine wichtige historische Person und ein Kultautor. 1914 hatte er sich als Kriegsfreiwilliger gemeldet und war begeistert in den Krieg gezogen. Seine verklärenden und heroisierenden Kriegsgedichte und Erzählungen machten ihn bekannt. Sein autobiographischer Roman »Der Wanderer zwischen beiden Welten. Ein Kriegserlebnis« war ein Verkaufsschlager. In den Texten von Flex spiegelten sich sein völkischer Nationalismus und eine Ästhetisierung und Verklärung des Krieges. Flex galt der konservativen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« als »Kultautor der Nationalsozialisten«.

»Schandschriften des Vaterlandes«

Das »Wartburgfest« der »Deutschen Burschenschaft« endete mit einem großen Feuerwerk. Kanonendonner am Anfang, Kanonendonner am Ende. Dazwischen akustisches Maschinengewehrfeuer. Ob von den deutschen Burschen so gewollt oder nicht – es passte zur Inszenierung des Bundes und seiner Verherrlichung des deutschen Militarismus. Schon 1817 gab es Feuerwerk, wenn auch anderer Art. Damals verbrannten Burschenschafter während des »Wartburgfestes« die »Schandschriften des Vaterlandes«, also symbolisch Buchtitel von Autoren, die »das Vaterland geschändet« hätten. Die Politikwissenschaftlerin und Expertin für Burschenschaften, Alexandra Kurth, schrieb: »Die Bücherverbrennungen von 1817 und 1933 verklammern (…) Herausbildung und Radikalisierung des völkisch-nationalistischen Denkens und geben Zeugnis von der Kontinuität des antiliberalen und antidemokratischen Geistes.« Für Heinrich Heine war das Fest von 1817 nur »beschränkter Teutomanismus«.

Das »Ein Prozent« Recherchenetzwerk

Zwischen Hetze und peinlicher Inszenierung

von János Neumann



Mitte November 2015 gab Götz Kubitschek im Blog der »Sezession« die Gründung der Initiative »Ein Prozent« als »‹NGO› für Deutschland« bekannt. Deren Aufgabe sei es, zu »dokumentieren, vernetzen, recherchieren und klagen«. In ihrer Selbstbeschreibung bezeichnet sich das Projekt als »professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen« und ist auch personell eine Schnittstelle für zahlreiche rechte Spektren. Werden mittlerweile nur noch der Burschenschafter und Autor Philip Stein und Helge Hilse als Vorstand aufgeführt, waren zuvor als Verantwortliche außer Kubitschek noch Jürgen Elsässer, Karl Albrecht Schachtschneider und Hans-Thomas Tillschneider von der »Alternative für Deutschland« (AfD) genannt. Damit war »Ein Prozent« von Anfang an eine Vernetzungsplattform der »Neuen Rechten« und der AfD. Daneben finden sich einige Mitarbeiter der Initiative, die bis vor kurzem noch in der Neonazi-Szene aktiv waren. So nahm der offizielle Mitarbeiter Simon Kaupert noch im Mai 2015 an einem Pfingstlager der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) teil. Und die sogenannte Beobachtungskampagne zur Bundestagswahl 2017 leitete der ehemalige Kameradschafter und JN-Chef Michael Schäfer.

Die Aktionen der Initiative decken ein weites Feld ab, um im Sinne einer »kulturellen Hegemonie« Proteste am rechten Rand zu unterstützen und zu vernetzen. Laut eigenen Angaben verfügt »Ein Prozent« mittlerweile über 40.000 UnterstützerInnen, habe 166.000 Euro in rechte Projekte geleitet, 450.000 Flugblätter verteilt und erreiche monatlich rund eine halbe Million Menschen online. Besonders die selbsternannte »Recherchegruppe« hat ihren Output in den vergangenen Monaten vergrößert. Dabei sind die angeblichen »investigativen« Recherchen nicht viel mehr als das Weiterklicken der Google-Suche bis auf Seite 3. Die ans Lächerliche grenzende Selbstinszenierung entspricht dabei in weiten Teilen dem Vorgehen der »Identitären Bewegung«. Neben der Recherche beispielsweise über FlüchtlingshelferInnen gibt es immer wieder auch Artikel zu Personen oder Initiativen im Stil der klassischen Anti-Antifa-Arbeit, die bereits Morddrohungen nach sich zogen.

Anti-Antifa-Arbeit und deren Folgen

Bereits im Januar 2016 formulierte »Ein Prozent«, der »Auf- und Ausbau einer wirksamen Gegenöffentlichkeit« mache einen nicht unerheblichen Teil der Arbeit aus. Bereits hier wurden »Beiträge und Reportagen« angekündigt, die angeblich auf »exklusiven Informationen« fußen sollten. Neben wenigen Artikeln zum Thema Asyl, die kaum mehr als das Zusammenschreiben von Presseberichten waren, folgten seit 2016 vor allem Vorstellungen von extrem rechten Gruppierungen, Kampagnen zur Wahlbeobachtung oder Artikel, die schlicht auf öffentlich einsehbaren kleinen Anfragen der AfD zu Projekten gegen »Rechtsextremismus« basierten. Im Februar 2017 berichtete »Ein Prozent« dann über »Linksextreme Strukturen in Halle« und rief dabei gleich die neue Blog-Kategorie »Investigativ« aus. Dabei wurden schlicht Projektgelder einzelner studentischer Initiativen an der Universität Halle/Saale aus öffentlich einsehbaren Protokollen zusammengeschrieben, die im Kampf gegen Rechts oder für Workshops im Themenfeld Feminismus ausgegeben worden waren. Gleichzeitig wurde die Teilnahme des Sohnes des SPD-Politikers Ralf Stegner an Protesten gegen die rechte Szene in und um Halle publik gemacht. In verschiedenen Netzwerken fand der Artikel eine weite Verbreitung und die Folge waren Morddrohungen gegen Stegners Sohn, die dann polizeiliche Ermittlungen zur Folge hatten. Ähnliche »Recherchen« legte die Initiative dann über einen Kongress des Twitter-Projektes »Straßengezwitscher« aus Sachsen vor, auf dem es ein breites Workshop-Angebot rund um das Thema extreme Rechte und Gegenstrategien gab. Grund dafür dürfte vor allem gewesen sein, dass Martin Schulz als Hauptredner des Kongresses auftrat. So verfolgte der Artikel auch das Ziel, Schulz´ angebliche Verstrickungen zum »Linksextremismus« zu belegen. Auch hier: Außer einer kleinen AfD-Anfrage aus dem Landtag in Sachsen und öffentlich einsehbaren Informationen über anwesende ReferentInnen keine »investigativen« oder gar »exklusiven« Informationen. Nach einem Farb- und Buttersäureanschlag im Oktober 2017 auf das von »Ein Prozent« zusammen mit der Gruppe »Kontrakultur Halle« betriebene Haus in Halle veröffentlichte die Initiative dann einen längeren Artikel über Personen, die als »Geistige Brandstifter« dargestellt werden und denen damit eine Mitschuld an der Aktion eingeräumt wird. Man wolle an vier Beispielen zeigen, wie »der rote Terror organisiert und legitimiert« wird, heißt es im Text. Die mit Namen, teils mit Bildern und am Arbeitsplatz angefeindeten Personen wurden damit an den öffentlichen Pranger gestellt und zur Zielscheibe des digitalen rechten Mobs. Wohl auch, weil »Ein Prozent« keinen wirklichen Einblick in antifaschistische Strukturen vor Ort hat. Für die Betroffenen, denen keinerlei Beteiligung am Angriff nachgewiesen werden kann, folgten in den Tagen nach der Veröffentlichung teils erhebliche Anfeindungen in den sozialen Netzwerken bis hin zu Mordaufrufen. Verantwortlich für die Auswahl dürfte schlicht das öffentliche Engagement der Betroffenen gegen Rechts sein.



^ *15. Dezember 2014: Aufmarsch von PEGIDA in Würzburg mit Simon Kaupert*

Google-Recherche und Falschinformationen

Im Mai 2017 begann »Ein Prozent« dann – wohl in Vorbereitung der »Defend Europe«-Aktion der »Identitären Bewegung« – mit einer mehrteiligen, natürlich »investigativen« Reihe über Seenotrettung im Mittelmeer. In den Berichten wurden die krude Selbstinszenierung und die Verbreitung von Falschinformationen nochmals zugespitzt. Ein Beispiel: »Dem ‹Ein Prozent›-Recherchenetzwerk liegen nun unglaubliche Bilder vor, die belegen, dass die inszenierte ‹Seenotrettung› durch die Mittelmeer-NGOs von Anfang an mit einkalkuliert wurde: Alle Migranten tragen – wie in der Seefahrt üblich – leuchtende Schwimmwesten, um so gut sichtbar für andere Schiffe zu sein und auf dem Wasser aufzufallen.« Die »unglaublichen Bilder« sind 12 öffentlich einsehbare Fotografien des Reuters-Fotografen Darrin Zammit Lupi, der Anfang 2017 für drei Tage die Seenotrettung begleitete. Für die »Recherche-Gruppe« reichten die wenigen Bilder für die Behauptung, »alle Migranten« würden bei der Überfahrt Schwimmwesten tragen. Der Tenor: Hier besteht keine Gefahr, alles nur Erzählungen. Ohnehin nennen die Autoren das Massensterben im Mittelmeer mit fast 4.000 toten Flüchtlingen im Jahr 2016 eine »dreiste Lüge«.

Eine weitere Strategie ist die unvollständige Darstellung bestimmter Inhalte, obwohl die dort fehlenden Informationen vorliegen. So berichtet die Initiative in ihrem ersten Artikel über NGOs im Mittelmeer vom 31. Mai 2017:

»Der sizilianische Staatsanwalt Carmelo Zuccaro hat nach umfangreichen Nachforschungen und Beobachtungen Ermittlungen gegen einige Schlepper-NGOs eingeleitet. Er legte beweiskräftige Indizien für eine aktive Zusammenarbeit zwischen libyschen Menschenhändlern und den Mittelmeer-NGOs vor, zwischenzeitlich musste das Verfahren jedoch aus juristischen Gründen eingestellt werden.«

Die angeblichen Beweise, die hier erwähnt werden, hat der Staatsanwalt nie vorgelegt. Vielmehr berichtete die Agentur Reuters bereits am 3. Mai 2017, Zuccaro habe vor einer parlamentarischen Kontrollkommission seine Behauptungen zurückgezogen: »An Italian prosecutor who began an investigation into possible ties between humanitarian organizations that rescue migrants at sea and Libya-based people smugglers said on Wednesday he had no proof of any wrongdoing.«

Die Behauptungen sind also nicht nur falsch, sondern wurden hier wohl gezielt trotz aktuellerer Informationen veröffentlicht. Sogar noch Mitte Juni 2017 werden dann die Behauptungen des italienischen Staatsanwaltes erneut in einem Artikel ins Feld geführt, diesmal aber mit dem Zusatz, die Ermittlungen seien unter »mysteriösen Umständen« eingestellt worden.

Und auch zu den rechtlichen Rahmenbedingungen verbreitet »Ein Prozent« Falschinformationen. So behauptet die Initiative in ihrer Artikelserie über Seenotrettung, die humanitären Organisationen ignorierten die »gesetzliche Pflicht«, »die angeblichen Schiffbrüchigen in den nächstgelegenen Hafen zu bringen«. Eine kurze Recherche zeigt, auch diese Behauptung ist schlicht falsch. In einem Rechtsgutachten des deutschen Bundestages vom 31. Juli 2017 heißt es: Es gehe nicht darum, die Geretteten in den nächsten Hafen, sondern »innerhalb einer angemessenen Zeit an einen ‹sicheren Ort› zu bringen«. Als sicher gilt ein Ort, »an dem das Leben der Überlebenden nicht mehr weiter in Gefahr ist und an dem ihre menschlichen Grundbedürfnisse (wie zum Beispiel Nahrung, Unterkunft und medizinische Bedürfnisse) gedeckt werden«. In Libyen ist dies nicht der Fall.

Ähnlich wie bei den anderen Beiträgen der »neu-rechten« Sammelorganisation sind auch zahlreiche als Recherche-Leistung verkaufte Informationen schlicht öffentliche Online-Quellen. Zu den finanziellen Ressourcen der NGOs im Mittelmeer heißt es: »Das ‹Ein Prozent›-Recherchenetzwerk ist der Spur des Geldes gefolgt«. Schwierig war dies indes nicht. Die Homepage openmigration.org stellt alle Informationen über finanzielle Ressourcen der aktuell im Mittelmeer agierenden Seenotretter öffentlich zur Verfügung. Die ganze Arbeit für die Recherche-Gruppe: »copy and paste« einer abrufbaren Grafik und noch einmal googeln der eingebundenen Stiftungen. Aber alles im Duktus investigativer Recherche und gefolgter Empörung über die zutage geförderten Informationen.

Spenden für Lächerlichkeiten – auf Tour mit »Defend Europe«

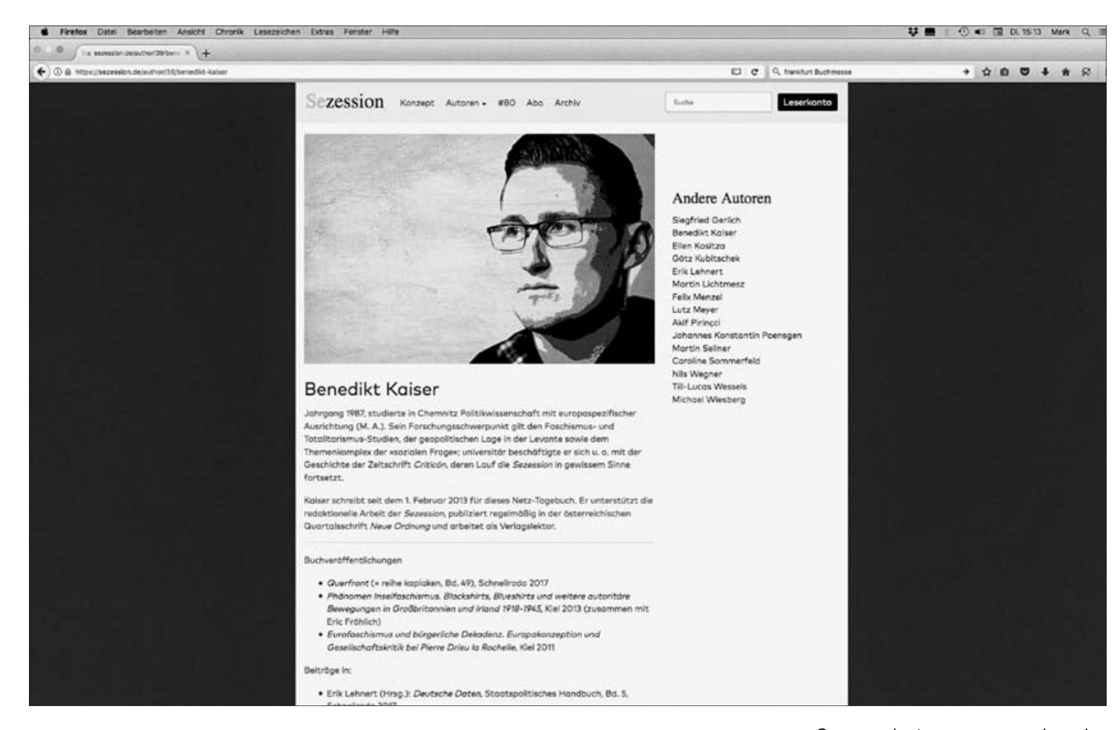
Kurz vor dem Start der am Ende völlig bis in die Lächerlichkeit gescheiterten Kampagne »Defend Europe« (s. drr Nr. 168) kündigte auch »Ein Prozent« an, ihren »Mitarbeiter Simon Kaupert« mitschicken zu wollen und rief zu Spenden für dessen Reise auf. Kaupert berichtete dann in einigen Videos und Texten von seiner Reise mit »Defend Europe«. Schon bei der Ankunft in Catania begann Kaupert mit dem Dreh kleiner Selfie-Videos. So berichtet er: »Als wir direkt in den Hafen reingegangen sind – natürlich auffällig mit einer Kamera – hat uns die örtliche Hafenpolizei direkt kontrolliert.« Kaupert schlussfolgert scharfsinnig: »Scheinbar hat man hier was zu verbergen.« Ende der Situationsbeschreibung. Das zweite Video des Reisetagebuches ist dann ähnlich tiefgründig. Kaupert entdeckt am Hafen, wo die Schiffe der Seenotrettung einlaufen, Busse: »Was wir auch schon gesehen haben, sind diese ominösen Busse, die wir bereits gestern gesehen haben. Diese Busse sollen die Migranten direkt vom Hafen wegbringen und über ganz Sizilien verstreuen.« Wieder ordnet Investigativ-Leiter Kaupert seine Beobachtungen im Nachsatz ein: »So wird der Taxiservice der NGOs geheim gehalten und so wird auch diese Massenmigration hier regelrecht vertuscht«. Der absurden Stilisierung der eigenen Berichte als Investigativ-Recherche folgt natürlich, wie auch bei der »Identitären Bewegung«, die völlig haltlose Einordnung des Erfolges der eigenen Arbeit.

Auf Twitter verkündete Kaupert Anfang Oktober 2017: »Durch Hintergrundrecherche und effektive Kampagnenarbeit konnte massive mediale Aufmerksamkeit i.R. (in Richtung) Mittelmeer gelenkt werden« und weiter »das Resultat war ein messbarer Einbruch der illegalen Migration, der allein unserer Arbeit zuzuschreiben ist«. Diese Selbstinszenierung sowohl der »Identitären Bewegung« als auch von »Ein Prozent« ist ursächlich auch im Überschreiten des Zenits der eigenen Strategie zu sehen.

Eine neue »Querfront«?

Zur Modernisierung rechter Kapitalismuskritik durch Benedikt Kaiser

von Richard Gebhardt



^ *Screenshot von »sezession.de«*

Die »Neue Rechte« steht, nachdem sie jahrelang wenig beachtet in ihren »Rittergütern« wirkte, wieder im Fokus der Öffentlichkeit. Sie wird beflügelt vom Erfolg der »Alternative für Deutschland« (AfD), die vielfach als parlamentarischer Arm der »metapolitisch« orientierten Epigonen der »Konservativen Revolution« agiert. Berauscht von der medialen Resonanz auf die Aktionen der »Identitären Bewegung« (IB), wähnt sich das rechtsintellektuelle Milieu um den Autor und Verleger Götz Kubitschek als Avantgarde. Auffällig ist jedoch, dass die »Neue Rechte« nur selten über wirtschafts- und sozialpolitische Schlüsselfragen nachdenkt. Die völkische Vorhut hat in ökonomischen Debatten wenig zu bieten. Hier fällt sie weit hinter linke Theoriebildung zurück. Ihre Kritik der herrschenden Verhältnisse ist maßgeblich eine raunende Kulturkritik, eine seit Jahrzehnten endlos variierte Klage über den durch die Studentenrevolte von 1968 ausgelösten Werteverfall und westliche Dekadenz.

»Soziale Frage« wiederentdecken

Eine Ausnahme unter den zeitgenössischen Autoren der »Neuen Rechten« ist der 1987 geborene Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser, der für Kubitscheks Verlag »Antaios« als Lektor arbeitet und regelmäßig für die vom »Institut für Staatspolitik« herausgegebene Zweimonatszeitschrift »Sezession« schreibt. In einem Gespräch über »Armut und soziale Gerechtigkeit« (»Sezession«, Nr. 77) hält Kaiser, der in Chemnitz studierte, gegenüber seinem Diskussionspartner, dem Chefredakteur der Website »Blaue Narzisse«, Felix Menzel, nüchtern fest, dass beide in einer Zeitschrift disputieren, die »ansonsten kaum ökonomische Themen behandelt«. Für die deutsche Rechte ist die Ökonomie ein Randthema. Kaiser, Autor unter anderem des Buches »Eurofaschismus und bürgerliche Dekadenz. Pierre Drieu la Rochelle« (»Regin Verlag«, 2011), steht hingegen in der französischen Traditionslinie von Alain de Benoist, dem Begründer der »Nouvelle Droite«. Wie Benoist arbeitet Kaiser an der Erweiterung einer neurechten Perspektive auf genuin wirtschafts- und sozialpolitische Themen. In der österreichischen Zeitschrift »Die Neue Ordnung« veröffentlichte Kaiser beispielsweise neun Thesen zum »Ende der linken Hegemonie« (Nr. 3/2016). In These acht heißt es: »Die Rechte wird die soziale Frage wiederentdecken oder sie verpasst eine historische Chance«. Auch die »Sezession« hat rechter Kapitalismuskritik zuletzt verstärkt Raum geboten. Kaiser ist hier Hauptautor für diese Fragen. In der Ausgabe 71 veröffentlichte er beispielsweise einen Grundsatzartikel über die »offenen Flanken des Antiimperialismus«. Er plädiert für einen »zeitgemäßen Antiimperialismus«, der »Kapitalismuskritik, Interventionskriege und Migrationsbewegungen« kritisch untersuchen müsse. Seine Überlegungen hat Kaiser in dem 2017 in der Reihe »kaplaken« im Verlag »Antaios« erschienenen Büchlein »Querfront« zusammengefasst. Es weist ihn als intensiven Exegeten linker Literatur aus.

Antiimperialismus?

Für Thomas Wagner, Verfasser des streitbaren Buchs »Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten« (»Aufbau-Verlag«, 2017), ist Kaiser ein »kluger analytischer Kopf«. Und tatsächlich lässt sich an den Beiträgen von Kaiser eine Neuakzentuierung rechter Ideologiebildung nachzeichnen. Was aber ist neu an dieser Variante der Kapitalismuskritik – und wie sollen Linke darauf reagieren? Mit Recht weist Wagner, der für eine »argumentative Auseinandersetzung« mit der »Neuen Rechten« plädiert, darauf hin, dass sich Kaiser in seinen Texten deutlich vom Tonfall des völkischen »Antikapitalismus« der NPD oder der »Kameradschaften« absetzt. Ein »komplexes Gefüge« wie der »warenproduzierende Kapitalismus und dessen bürgerliche Gesellschaft« könne nicht »durch das Feindbild ‹Jude› erklärt« werden, schreibt Kaiser in seiner 2011 erschienenen Studie zum französischen Schriftsteller Pierre Drieu La Rochelle (1883-1945), einem Wortführer des französischen Faschismus. Kaiser kritisiert darüber in »Querfront« zudem »die Vernachlässigung wirtschaftlicher und außenpolitischer Implikationen« durch eine Rechte, die den von Renaud Camus beschworenen »großen Austausch« der autochthonen Bevölkerung primär »dem Islam« oder den »Multikultis« anlastet. Kaiser argumentiert stattdessen in scharfer Gegnerschaft zum Neoliberalismus und polemisiert gegen die Macht multinationaler Konzerne. Für eine »Identitäre Bewegung«, die statt den Aktionärsversammlungen der Großkonzerne lieber Baustellen für Moscheen besetzt, ist dies vielleicht

eine provozierende Einsicht. Doch das Spiel mit dem Marx›schen Vokabular, mit dem MigrantInnen als »industrielle Reservearmee« des Kapitals bezeichnet werden, kann ebenso wenig wie der vielfach positive Rekurs auf die Arbeiten von Sahra Wagenknecht, Chantal Mouffe oder Slavoj Žižek darüber hinwegtäuschen, dass Kaiser für eine dezidiert rechte Theoriebildung wirbt. Ein wahrhaftiger »Antiimperialismus« müsse, schreibt Kaiser in der »Sezession«, »zwangsläufig ins Rechte übergehen, wenn er konsequent zu Ende gedacht wird«. Er betont die Gegnerschaft zu NATO, USA und transnationalen Konzernen und konstatiert, ähnlich wie der 2014 verstorbene Autor der Zeitung »Junge Welt«, Werner Pirker, die Abkehr breiter Teile der Linken vom Antiimperialismus. An dessen Stelle sei eine Bejahung des »Westens« und seiner »Menschenrechtskriege« getreten. Kaiser formuliert so eine Kritik des »rot-grünen Projekts«, die Zustimmung auch außerhalb seines politischen Zirkels finden kann. Ausdrücklich wendet er sich gegen den »Angriffskrieg gegen Serbien«, den er als »Imperialismus Marke Bundesrepublik« geißelt. Die Syrienpolitik der USA wird geostrategisch als Kampf um Öl, Gas, Wasser und Transportwege eingeordnet.

Nationale und soziale Rechtspartei

Allerdings blendet Kaiser nicht nur den Protest von Teilen der rot-grünen Basis gegen die Ideologie der »Menschenrechtskriege« aus. Seine Polemik trifft sich mit jenen Linken, die eine Abkehr vom Antikapitalismus und Antiimperialismus sowie eine Hinwendung zur postmodernen Identitätspolitik beklagen. Aufgrund dieses diagnostizierten Paradigmenwechsels in der Linken ist Kaisers kleine Schrift auch kein Aufruf zu einer Querfront, die auch aus seiner Sicht von den »linken Leuten von rechts« der Weimarer Republik bis hin zum Strasser-Flügel der NSDAP historisch gescheitert ist. Er will mit der Linken nicht kooperieren, sondern eigene Inhalte setzen. In »Querfront« heißt es exemplarisch, die »Neue Rechte« müsste sich von »neokonservativ-neoliberalen Vorstellungswelten« absetzen und sich gegen die »Vorherrschaft des Westens«, also die »universale Islamfeindschaft, libertäre Marktgläubigkeit und konservative Kapitalismusaffirmation« stellen. Er plädiert für eine »Neue Rechte«, die die »soziale Frage wieder als ureigenes Sujet entdeckt«. In der »Neuen Ordnung« wendet sich Kaiser in seinen Thesen klar gegen den damals noch mit Frauke Petry verbundenen neoliberalen Flügel der AfD und nennt den französischen »Front National« (FN) als Gegenbeispiel. Er verkörpere den Prototyp einer nationalen und sozialen Rechtspartei.

»Völker« gegen Kapital

In »Querfront« fordert Kaiser eine »Neue Rechte«, die »in der Lage ist, die größeren politökonomischen Zusammenhänge beim großen Austausch und der aktuellen Lage des Finanzmarktkapitalismus zu analysieren und Gegenentwürfe zu entwickeln«. Eine »solche Neue Rechte« habe »es nicht nötig, auf der linken Seite nach Partnern für eine Querfront zu suchen«. Die Linke habe, so Kaiser, keinen Bezug zur Bedeutung der Nation im Rahmen der »kapitalistischen Globalisierung«, sie betrachte nationale Traditionen als Erfindungen und denunziere Patriotismus als Ressentiment. Aufgrund ihrer elitär-linksliberalen Minderheitenpolitik habe sie den Kontakt zum »Kleinen Mann« verloren. Die »eklatanten Widersprüche des liberaldemokratischen Kapitalismus« blieben von der Linken unerkannt. Kaiser übersieht, dass ein Streit um diese Gegensätze seit jeher zur linken Theoriebildung gehört. Die Widersprüche des Nationalen waren schon für die frühen KommunistInnen Thema. Ein Theorie-Surrogat von rechts ist zur Klärung verzichtbar. Zudem wird in der Linken bis heute den – von der »Neuen Rechten« negierten – Klassengegensätzen Bedeutung zugewiesen. Rechte Autoren kennen de facto aber keine Klassen. Auch bei Kaiser bleiben die Gegenspieler der Konzerne letztlich homogen gedachte »Völker«. Deutlich wird das in seiner Auseinandersetzung mit dem Linkspopulismus (»Querfrontpotential? Populismus bei Mouffe und Laclau«, »Sezession«, Nr. 79). Mit Verweis auf Benoist argumentiert Kaiser, dass »ein Volk nicht nur« wie beim linken Populismus von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau »im Sinne von Demos, sondern auch (aber wiederum nicht ausschließlich) im Sinne von Ethnos« existiert. Die »Stunde des Populismus« – so der Titel einer Studie des IfS, die Kaisers Handschrift trägt – könne eine kosmopolitische Linke nicht nutzen, da ihr das »Volk« letztlich fremd geworden sei. Protest gegen die »alternativlose Logik des Marktes« könne deshalb von einer »rechten Intelligenz« übernommen werden.

Thomas Wagner vermerkt in »Angstmacher« treffend, dass sich ein »neurechter« Intellektueller wie Kaiser bei diesen Überlegungen fast nur bei linken AutorInnen bedienen kann, da explizit ökonomische Krisendiagnosen von rechts Mangelware sind. Was Kaiser formuliert, ist ein identitäts- und sozialpopulistisches Konzept für einen deutschen FN. Einer deutschen Variante steht aber der national- beziehungsweise neoliberale Teil der AfD entgegen. Das »Volk« des Rechtspopulismus agiert in Fragen der Ökonomie und des Eigentums nicht homogen und reagiert allergisch auf linke Traditionen. Kaisers Marx-Rezeption bleibt, wie schon bei Benoist, eine Aneignung des Vokabulars. Seine Position geht trotz seiner »Modernisierung« der Kapitalismuskritik – die zuvorderst eine antiliberale Akzentverschiebung in der Gegnerbestimmung ist – nicht über die »Krankheitsmetapher« (Volker Weiß) des Arthur Moeller van den Bruck hinaus. »An Liberalismus gehen die Völker zugrunde«, heißt es exemplarisch beim »konservativen Revolutionär« Arthur Moeller van den Bruck.

Europa der Regionen

Bei Kaiser definiert sich die »neu-rechte« Kapitalismuskritik über die Frontstellung gegen den modernen Liberalkapitalismus, dem – idealtypisch gesprochen – ein »farbenblindes« Interesse an der Verwertung der Ware Arbeitskraft eigen ist. Nicht Herkunft, sondern Qualifikation ist für dieses Verwertungsinteresse entscheidend. Deshalb geht der moderne Liberalkapitalismus mit der Forderung nach Migration von hochqualifiziertem Personal sowie kostengünstiger Niedriglohnsektoren, in die auch MigrantInnen eingebunden werden können, einher. Gegen diese »transnationalen« Forderungen setzt der »neu-rechte Antikapitalismus« die Beschwörung eines Europas der Regionen. Dieser »Antikapitalismus« erstreckt sich in der ideologischen Agitation gegen die Konsequenzen eines »farbenblinden« Liberalkapitalismus. Gegen dessen Forderung nach Diversity läuft die alte und die neue Rechte Sturm. Dem transnationalen High-Tech-Kapitalismus wird auch bei Kaiser vor allem die Auflösung der nationalen und »volklichen« Identitäten vorgeworfen. Hier geht Kaiser nicht über klassische Kapitalismuskritik von rechts hinaus.

Für eine Linke, die im Sinne einer »Gleichfreiheit« (Étienne Balibar) die soziale Frage mit den »kleinen Kämpfen« der gesellschaftlichen »Minderheiten« verbinden will, bietet Kaisers Frontstellung gegen den Neoliberalismus keine Anknüpfungspunkte. Der von Thomas Wagner geforderten »ernsthaften Auseinandersetzung« ist Genüge getan, wenn die Autoren der »Neuen Rechten« auf Grundlage ihrer Argumentation analysiert werden. Diese Auseinandersetzung bedarf keiner gemeinsamen Podien. Kaiser hat seinen Standpunkt als »französisch« denkender Autor, der noch eine Ausnahmefigur in der sozialpolitisch meist begriffsblinden »Neuen Rechten« ist, ausführlich dargelegt. Eine Kritik auf dieser Grundlage reicht zur Schärfung antifaschistischer und linker Positionen. Praktisch bedient seine rechte Kapitalismuskritik bestenfalls jene »antiimperialistische« Linke, die in ihren Querfront-Karikaturen gegen den gemeinsamen Feind – die USA und der Neoliberalismus – fast jeden Partner akzeptieren würden.

Und ewig grüßt das Chamäleon

Manfred Lauermann, die Linke und die Rechte

von Volkmar Wölk

Falsch ist, dass es über 200 Arten von Chamäleons gibt. Ebenso trifft es nicht zu, dass sich diese in zwei Familien unterteilen: die Echten Chamäleons und die Stummelschwanzchamäleons. Nur als Fake-News kann die Behauptung charakterisiert werden, das Chamäleon sei in der Lage, sich durch mannigfaltige Farbveränderungen hervorragend der Umgebung anzupassen und sich so zu tarnen. Gleiches muss zu der Meinung gesagt werden, dieses Tier sei sogar in der Lage, seine Körperform zu variieren. Dieses Wissen darf als bekannt vorausgesetzt werden, wird allerdings von unverantwortlichen Menschen, denen es an jeglicher Fachkompetenz mangelt, bestritten.
Manfred Lauermann ist kein Chamäleon. Natürlich nicht. Er ist vielmehr ein bekannter linker Wissenschaftler mit einer tadellosen Vita. Studium der Sozial-, Politik-, Geschichts- und Geisteswissenschaften in Hannover und Bremen. Von 1967 bis 1970 war er Aktivist des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes« (SDS), machte Betriebsarbeit bei VW und Siemens, schrieb seine Dissertation zu Hegels »Phänomenologie des Geistes«, war Mitglied der Partei der Arbeiterklasse, der »Deutschen Kommunistischen Partei« und natürlich der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« sowie des »Bundes Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler« (BdWi).

Linker Akademiker

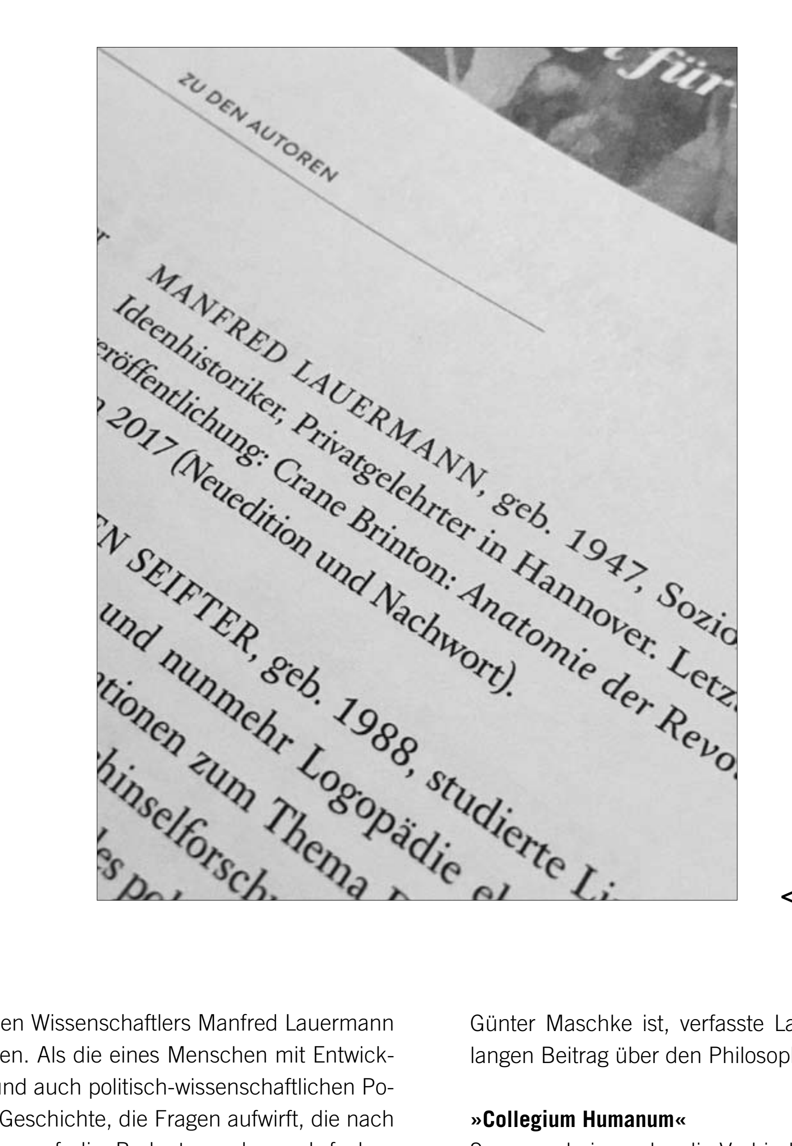
Beruflich gab es einige Stationen an Universitäten, zuletzt als Assistent am Lehrstuhl für Soziologie der »Technischen Universität Dresden« beim angesehenen Siegbert Rehberg. Zu wenig eigentlich für einen hervorragenden Wissenschaftler, der immerhin bei einem Disput darüber, »ob Hegel den Heiligen Augustinus und Franz von Assisi richtig verstanden hatte«, sich mit dem Kontrahenten »verschiedene Original-Zitate auf Lateinisch um die Ohren und die entsprechenden Hegel-Zitate auf Deutsch« zu hauen, im Stande ist. So schrieb es sein Freund Erhard Crome, ein habilitierter Politikwissenschaftler, der lange am »Institut für Gesellschaftsanalyse« der »Rosa-Luxemburg-Stiftung« tätig war. Dieser berichtet auch, dass Lauermann keineswegs ein Dogmatiker gewesen sei. Als Anfang der 1980er Jahre Peter Ruben unter Beschuss der Führung der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED) mit dem beliebten Vorwurf des »Revisionismus« stand, sei Lauermann aktiv geworden und habe bei der DKP-Führung mit dem Argument interveniert, man habe bereits genug Dissidenten aus der DDR in der BRD. Da müsse Ruben nicht noch hinzukommen. Ruben wurde aus der SED ausgeschlossen, behielt aber seine Stelle an der »Akademie der Wissenschaften«. Nach der »Wende« gab er die angesehene Zeitschrift »Berliner Debatte Initial« heraus, in der auch Lauermann schrieb. Schließlich war der eine Koryphäe seines Fachs, besser: seiner Fächer. Noch einmal Crome: »Er ist gewiss einer der besten Kenner Spinozas in Deutschland, aber auch von Carl Schmitt, Althusser und Luhmann, von Marx ohnehin.« Und er schrieb: »Es gibt nicht viele so kluge linke Intellektuelle in Deutschland.« Ähnlich Rainer Rilling, langjähriger Geschäftsführer des BdWi, der mitteilt, dass Lauermann »häufig an den Tagungen und Konferenzen zur Faschismusanalyse des BdWi in den 70er und 80er Jahren« auftrat, »Seine Interventionen waren neben jenen von Reinhard Opitz und Reinhard Kühnl die kompetentesten Beiträge.«

»Stasi 2.0«

Und der Wissenschaftler Rilling ergänzte seine Einschätzung über Lauermann: »Dass er gezielt langfristig rechte Projekte verfolgt hätte um Linke nach rechts zu portieren, ist völlig ausgeschlossen.« Natürlich ist das so. Behauptet hatte das auch niemand. Aber... Nach solchen Sätzen kommt immer ein »Aber...« Bis Mai 2017 war Lauermann Mitglied der »Historischen Kommission« beim Parteivorstand der Partei »Die Linke«. Er ist es nicht mehr. Denn, um einen weiteren Verteidiger Lauermanns zu zitieren: »Wenn man lange genug sucht, sieht man am Ende nur noch Nazis.« Ein Mitglied des Parteivorstandes hatte anlässlich der Neuberufung der Kommission »die Anklageposition gegen den Delinquenten Lauermann im Parteivorstand der Linken vertreten und zwar so lange, bis die Mehrheit einknickte.« Ohne Rückgrat, mit großer Mehrheit. Keine Frage, da kann nur »Stasi 2.0« im Spiel gewesen sein.

Autor in »Tumult«

Es ist die alte Geschichte vom »Yin«, zu dem zwangsläufig das »Yang« gehört, oder die von Janus, der ein doppeltes Gesicht hat. Oder eben die vom Chamäleon, das seine Farbe wechselt, wenn die Umgebung es er-



< *Vorstellung des Autors in der »Tumult«*

fordert. Die Geschichte des linken Wissenschaftlers Manfred Lauermann kann auch anders erzählt werden. Als die eines Menschen mit Entwicklungen, Brüchen, Schwächen und auch politisch-wissenschaftlichen Positionsveränderungen. Als eine Geschichte, die Fragen aufwirft, die nach Antworten verlangen. Antworten auf die Bedeutung der mehrfachen Autorenschaft in der Vierteljahreszeitschrift »Tumult« beispielsweise. Die lapidare Antwort »Ob ‹Tumult› eine rechte Zeitschrift ist, würde ich nach jetzigem Kenntnisstand bezweifeln« durch einen Sprecher der »Historischen Kommission« erscheint dürftig und lässt vor allem an dessen Kenntnisstand zweifeln.

Denn »Tumult«, das Blatt des alten situationistischen Linksradikalen Frank Böckelmann, der sich heute wegen der »Masseneinwanderung« sorgt, wurde zum Publikationsort auch für extrem Rechte gemacht (s. drr Nr. 162). Böckelmann ficht aktuell gemeinsam mit zahlreichen Akteuren dieses Spektrums um seine Vorstellung von Meinungsfreiheit. Dogmatisch war »Tumult« nie, im Gegenteil. Fleißig wurde gegen den Strich gebürstet, nach bestem Vermögen dekonstruiert. So auch von Manfred Lauermann. Sein Sujet: ein Doppelnachruf auf den geschichtsrevisionistischen Historiker Ernst Nolte und dessen marxistischen Kollegen Kurt Pätzold. Beide, so sein Urteil, seien Opfer der BRD-Gesellschaft aus dem gleichen Grund geworden, als Gegner der Totalitarismustheorie. Lauermann urteilt: »Die Berliner Republik wollte vor allem verhindern, dass Nolte als Antikommunist die Totalitarismustheorie immanent unterläuft, sie negierend.« Denn diese, so Lauermann unter Berufung ausgerechnet auf den Autoren des rechten Skandalbuches »Finis Germania«, Rolf Peter Sieferle, sei zur »Zivilreligion« geworden.

Inzwischen ist Lauermann fast so etwas wie ein Stammautor bei »Tumult«. Jenem Blatt, das inzwischen unter anderem starke personelle und inhaltliche Überschneidungen zum neu-rechten »Karolinger Verlag« aufweist. Dort hat er im Herbst eine deutsche Ausgabe der »Anatomie der Revolution« des US-amerikanischen Historikers Crane Brinton herausgegeben. Ebenso sind starke Verflechtungen der heutigen Zeitschrift »Tumult« mit dem ehemaligen Autoren- und Mitarbeiterstamm des neurechten Theorieorgans »Etappe« nicht zu übersehen. Für die »Etappe«, deren Mitherausgeber der Carl Schmitt-Experte der »Neuen Rechten«, Günter Maschke ist, verfasste Lauermann bereits im Jahr 2000 einen langen Beitrag über den Philosophen Baruch Spinoza.

»Collegium Humanum«

So neu scheinen also die Verbindungen Lauermanns zur »Neuen Rechten« gar nicht zu sein. Und keineswegs sind sie im Reich der »Fake News« zu verorten, wo sie zwei Sprecher der Historischen Kommission ansiedelten. Im Gegenteil. So wie er unbestreitbar seit einem halben Jahrhundert aktiv und oftmals anregend gewesen ist, so ist er seit mehr als einem Vierteljahrhundert aktiv innerhalb der extremen Rechten. Als Teil ihres Diskurses.

Ob im Februar 1989 bei der völkischen »Burschenschaft Danubia« in München zum Rahmenthema »Die Apo: Revolution und Happening« oder 1991 als Autor im rechten Debattenblatt »Criticón« mit einem Nachruf auf den radikalnationalistischen Theoretiker Bernard Willms, in dem er der Rechten die Adaption bestimmter Denker der Postmoderne zur Bereicherung ihres Diskurses empfahl. Der zweiseitige Beitrag kann nur als Huldigung für den Verstorbenen gelesen werden. Umrahmt von einem Artikel Armin Mohlers einerseits und einem von Alexander Gauland andererseits, präsentierte Lauermann sich als »Schmitt-Forscher von links« und Willms als ideologischen Modernisierer und – scharf an den Fakten vorbei – als ehemaligen Linken. Ob im März 1995 bei einem »Geopolitischen Symposium« im »Collegium Humanum« in Vlotho über Carl Schmitts Großraumtheorie dozierend, an seiner Seite Mitreferenten wie den kroatischen neu-rechten Tomislav Sunić. Oder im Dezember 2002 zum Thema »Der doppelte Abschied vom Bürgertum« beim Kolloquium des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) in Berlin. Als Autor neben der Crème de la Crème der europäischen »Neuen Rechten« in der Festschrift für Günter Maschke, den wohl wichtigsten Vertreter der linken Renegaten.

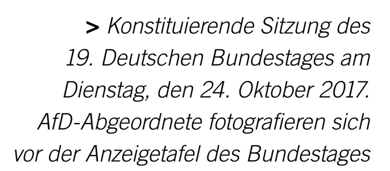
Für einen Linken ist das alles – gelinde gesagt – ein ungewöhnliches Umfeld. Mit Rechten reden? Für Manfred Lauermann ist die Antwort offenbar klar. Nicht nur mit ihnen reden, sondern auch bei ihnen reden und schreiben. Damit die notwendigen Anregungen von Außen in den sterilen Diskurs dieses politischen Spektrums bringend. Bis zu jenem Punkt, an dem man nicht mehr außen steht. Und ewig grüßt das Chamäleon...

Der Bundestag mit brauner Fraktion

92 Abgeordnete zählt die Fraktion der »Alternative für Deutschland«, die im neu gewählten Bundestag vertreten ist. Bereits einen Tag nach der Wahl entstand erneut ein Spaltprodukt.

von Kai Budler





> Konstituierende Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am Dienstag, den 24. Oktober 2017. AfD-Abgeordnete fotografieren sich vor der Anzeigetafel des Bundestages

Mit der konstituierenden Sitzung Ende Oktober fiel auch der Startschuss für die Arbeit der Bundestagsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Berlin, die – wie erwartet – mit ihren ersten Anträgen scheiterte. Erst wollte sie die Sitzung nicht wie vorgesehen vom Alterspräsidenten leiten lassen, sondern von einem anderen Versammlungsleiter. Auch mit ihrem Antrag, den Alterspräsidenten nach dem Alter zu bestimmen, scheiterte die Fraktion. Das Parlament hatte zum Ende der letzten Legislaturperiode festgelegt, dass derjenige die repräsentative Funktion übernimmt, der am längsten dem Parlament angehört. AfD-Parlamentsgeschäftsführer Bernd Baumann verglich die neue Regelung mit dem Vorgehen der Nationalsozialisten und setzte seine Fraktion mit den Opfern Hermann Görings als Reichstagspräsident gleich. Doch dies sei nun vorbei, sagte Baumann im Plenum und drohte: »Das Volk hat entschieden, nun beginnt eine neue Epoche«. Bei der anschließenden Wahl des Bundestagsvizepräsidenten fiel AfD-Kandidat Albrecht Glaser in allen drei Wahlgängen durch. Mit 123 Stimmen im zweiten Wahlgang aber stimmten mindestens 31 Abgeordnete, die nicht zur AfD gehören, für Glaser.

»AfD-Fraktion sucht Mitarbeiter«

Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bundestag sind Alice Weidel und Alexander Gauland, die auf der konstituierenden Fraktionssitzung mit 86 Prozent in ihre Ämter gewählt wurden. Zu ihren StellvertreterInnen bestimmten die AfD-Abgeordneten Roland Hartwig aus Nordrhein-Westfalen, Peter Felser aus Bayern, Tino Chrupalla aus Sachsen, Leif-Erik Holm aus Mecklenburg-Vorpommern und die Europaabgeordnete Beatrix von Storch aus Berlin. Zu den gewählten Parlamentarischen Geschäftsführern gehören Jürgen Braun aus Baden-Württemberg, Michael Espendiller aus Nodrhein-Westfalen, Hansjörg Müller aus Bayern und Bernd Baumann aus Hamburg. Letzterer, der auch Fraktions- und Landeschef der AfD in der Hansestadt ist, suchte vor der konstituierenden Sitzung auf dem »Schwarzen Brett« im Intranet des Bundestages nach Personal für die neue Fraktion. Zwischen einer »funktionalen Buchenkommode« für 10 Euro und einem »schönen Trenchcoat« für 35 Euro steht die Notiz »AfD-Fraktion sucht Mitarbeiter«, in der er um aussagekräftige Bewerbungsunterlagen bittet. Als Fraktionsgeschäftsführer wurde der Jurist Hans-Joachim Berg eingestellt. Das frühere CDU-Mitglied war früher unter anderem Referatsleiter in der Bundestagsverwaltung und bei der Deutschen Welle tätig, außerdem ist er kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und stellvertretender Landesvorsitzender. Ihre Büros haben die AfD-Abgeordneten im ehemaligen DDR-Justizministerium und Reichsinnenministerium in der Berliner Dorotheenstraße, das zuvor Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung beherbergte.

Der Einzug in den Bundestag bietet der AfD nicht nur neue personelle Möglichkeiten, er ist auch ein wahrer Geldregen. Neben der regulären Abgeordnetendiät von rund 9.541 Euro erhält jede und jeder Abgeordnete monatlich eine Pauschale in Höhe von knapp 9.000 Euro. Dazu kommt ein monatlicher Sockelbetrag von 411.313 Euro für die Fraktion. Noch mehr Geld bekäme die AfD, wenn sie eine parteinahe Stiftung auf Bundesebene gründen würde, weil ihr spätestens nach einer Legislaturperiode im Bundestag dafür jährlich Steuermittel in zweistelliger Millionenhöhe zustünden. Solch einen Plan hatte die AfD bereits auf ihrem Parteitag 2014 in Erfurt gefasst, doch erst knapp drei Jahre später wurde die »Desiderius-Erasmus-Stiftung« (DES) wirklich ins Leben gerufen. Vorstandsvorsitzender des Vereins ist inzwischen Rainer Groß aus Bayern, zu den Mitgliedern gehören die Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alice Weidel, und Parteichef Jörg Meuthen. Groß folgte auf Konrad Adam, der im April aus dem DES-Vorstand abgewählt wurde. Mit ihm schieden auch Victoria Tuschik, Justiziarin der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, und Rainer van Raemdonck, AfD-Abgeordneter in Brandenburg, aus dem Vorstand aus. Inzwischen ist Tuschik die Vorstandsvorsitzende der kürzlich gegründeten »Akademischen Erasmus Stiftung e. V.« (AES), Raemdonck fungiert als Schatzmeister. Auch der völkische »Flügel« ist darin vertreten, wie Tuschik erklärt: »Wir sind gleichmäßig und offen besetzt. Daher haben wir auch Mitglieder aus dem Flügel in unseren Reihen. Auch der Flügel hat Anspruch, vertreten zu sein.« Die neu gegründete Stiftung wartet gar nicht erst auf ein Votum der AfD-Mitglieder, sondern stellt schon vor einer Entscheidung fest: »Die Akademische Erasmus Stiftung e. V. ist die einzige rechtsfähige AfD-parteinahe Stiftung auf Bundesebene«. Damit ignoriert sie einen Beschluss der Parteispitze, in dem es heißt: »Der Bundesvorstand stellt fest, dass der Verein Akademische Erasmus Stiftung e. V. nicht als parteinahe Stiftung des AfD-Bundesverbandes anerkannt wird.«

Erneute Flügelkämpfe – große Austrittswelle

Ein Blick auf den Vorstand der Bundestagsfraktion zeigt, dass er fast ohne bekennende VertreterInnen und AnhängerInnen des völkischen »Flügel« um den Thüringer AfD-Chef Björn Höcke auskommt. Dessen AnhängerInnen drängen jedoch auf mehr Einfluss und fordern nach wie vor, dass das gegen Höcke eingeleitete Parteiausschlussverfahren wegen seiner Rede von Dresden ausgesetzt wird. Immerhin könnte die Partei mit einem



Ausschluss bis zu ein Drittel der Mitglieder verlieren. Auch Gauland steht auf Höckes Seite und bezeichnet ihn im Interview mit Jürgen Elsässers Magazin »Compact« als »Teil der Seele der AfD, weil 20 bis 30 Prozent der AfD-Mitglieder zu seiner Anhängerschaft zählen«. Gauland steht jetzt vor dem Problem, das Spektrum um Höcke bedienen zu müssen, ohne einen anderen Teil der Partei damit zu brüskieren. Elsässer selbst mahnt scharf zu »klare[r] Opposition und Absage an das Polittheater« – dazu müsse die Fraktion »gerade den Eindruck der Reputierlichkeit vermeiden (…) ohne gleichzeitig in der Öffentlichkeit einen zerstrittenen Eindruck zu machen«. Ziel sei es »Symbolpolitik in Machtpolitik zu überführen, die die Realität ändert und nicht nur die Diskurse«. Als Warnung druckt »Compact« gleich noch Auszüge aus der »Dresden-Rede« ab, in der Höcke der AfD die Rolle als »Bewegungspartei« und »Fundamentalopposition« zuschreibt, denn »es gibt keine Alternative im Etablierten«.

Doch als die neue Nummer der »Compact« ausgeliefert wurde, hatte die vermeintliche Etablierten-Vertreterin Frauke Petry bereits einen öffentlichkeitswirksamen Coup gelandet. Auf einer Pressekonferenz am Tag nach der Bundestagswahl erklärte die bisherige Parteichefin, dass sie nicht Teil der AfD-Fraktion im Bundestag sein werde. Nach der Ankündigung ließ sie den Co-Vorsitzenden Jörg Meuthen und das Spitzenduo Alice Weidel und Alexander Gauland verdutzt zurück. In einer Stellungnahme schreibt Petry: »Da ich diesen Exodus an politischem Know-How und Personal aus meiner Position heraus nicht mehr aufhalten kann, habe ich mich nach langem Ringen entschlossen, der neu zu bildenden AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag NICHT anzugehören.« Nach dem Rücktritt von ihren Ämtern als AfD-Chefin, Vorsitzende der Dresdner Landtagsfraktion und sächsische Parteichefin folgte der Austritt aus der AfD selbst. Zeitgleich verließ auch Petrys Ehemann Marcus Pretzell, Europaabgeordneter und bisheriger Vorsitzender der Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, die Partei. Sie behalten aber jeweils ihre Mandate in beiden Parlamenten und könnten damit künftig zwischen etwa 18.000 und 21.000 Euro kassieren. Pretzells Beispiel folgten zwei weitere Abgeordnete in NRW und traten aus der Partei aus, so dass die AfD im dortigen Landtag hinter den Grünen künftig die kleinste Fraktion darstellt. Zwar hat die Partei in allen Landesparlamenten bisher schon 26 Abgeordnete verloren. Sollte Petry nach ihrem Schritt aber auf eine Austrittswelle in der Bundestagsfraktion gehofft haben, wurde sie bitter enttäuscht. Ihrem Beispiel folgte lediglich Mario Mieruch, der über die nordrheinwestfälische Landesliste in den Bundestag eingezogen war und dem Parlament künftig als fraktionsloser Abgeordneter angehört. An eine neue Fraktion brauchen Petry und Mieruch gar nicht zu denken und auch für die Bildung einer Gruppe braucht es mindestens fünf Abgeordnete. Als Begründung für ihren Austritt erklärte Petry scheinheilig, die AfD sei zu weit nach rechts außen abgedriftet. Dabei hatte vor allem die ehemalige Vorsitzende die Partei selbst immer weiter nach rechts geführt und die Tür für das rechtsradikale Lager im EU-Parlament geöffnet.

Petrys blaue Partei

Doch schon vor der Bundestagswahl hatten Petry und Co bereits ein neues Modell in Reserve, mit dem sie hofften ihre politische Karriere fortsetzen zu können. Hinweise darauf gab es schon im Juli 2017, als sich Petry die Domain »www.dieblauen.de« sicherte. Nach ihrem Austritt kündigte sie an, eine neue Partei zu gründen, die für einen »realpolitischen Kurs mit marktwirtschaftlicher Ausrichtung« stehe. Ein ähnliches Ziel hatte auch der ehemalige AfD-Vorsitzende Bernd Lucke, der mit seiner neuen Partei »Liberal-konservative Reformer« (LKR) krachend scheiterte und in der Bedeutungslosigkeit versank. Auch Gauland spottete nach Petrys Abgang: »Das hat schon Bernd Lucke lernen müssen – zwischen CDU, FDP und uns ist kein Platz für eine weitere Partei.« Dennoch haben die Petry-Getreuen am 17. September 2017, also noch vor der Bundestagswahl, die »Die blaue Partei« gegründet. Vorsitzender ist Michael Muster aus dem sächsischen Moritzburg. Er ist der Ehemann von Kirsten Muster, einer engen Vertrauten von Petry, die mit ihr die sächsische AfD-Landtagsfraktion verließ. Stellvertreter sind die Sachsen Hubertus von Below, der sein Amt im Landesvorstand niederlegte, und Thomas Strobel. Auf Listen dieser Partei sollen Mitstreiter der »Blauen Wende« zu Wahlen antreten. Bei Veranstaltungen und Stammtischen dieses »Bürgerforums« wollen Petry und Co ihnen genehme »fähige Köpfe für bevorstehende Wahlen auf allen politischen Ebenen finden, vernetzen und vorbereiten«. Starten soll das »Bürgerforum« in Sachsen, Testlauf der neuen Partei soll die dortige Landtagswahl 2019 sein. Ihre Mandate im Bundestag und im sächsischen Landtag will Petry als parlamentarische Basis für Veranstaltungen des »Bürgerforums« nutzen. Im Internet begleiten AfD-UserInnen Petrys Projekt mit Hass, Hohn und Spott: Petry sei eine »Verräterin«, »blöde Mistsau« und ein »Wendehals« heißt es dort, unter anderem verbunden mit der Aufforderung »Verschwinde aus Deutschland!«.

Auch von der neu gegründeten und vermeintlich liberalen Interessengemeinschaft »Alternative Mitte« in der AfD kann sie keinen Zuspruch erwarten. In einem offenen Brief heißt es, zwar »haben auch die heutigen Differenzen das Potential für eine weitere Spaltung der AfD. WIR als Alternative Mitte (AM) wollen keine erneute Spaltung der Partei. Darum haben wir nicht die Partei verlassen, sind nicht Frauke Petry gefolgt«. Das sehen offenbar viele so, denn vier Wochen nach ihrem Austritt haben lediglich 80 weitere Mitglieder der AfD den Rücken gekehrt.

Sieg an der Grenze zu Sachsen

Die Bundestagswahl hat offenbart, dass die »Alternative für Deutschland« in der einstigen NPD-Hochburg und dem heutigen PEGIDA-Kernland ihre größten Erfolge feiern konnte. Doch anderenorts erzielten die Rechten wenig beachtet ähnlich hohe Wahlergebnisse. Ein Blick nach Cottbus in der Lausitz.

von Sören Frerks



^ 17. Juni 2017 beim Berliner Aufmarsch der IB mit dabei – Jean Pascal Hohm mit T-Shirt von »Ein Prozent«

Der Wahlabend brachte Gewissheit: Mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) zieht eine neofaschistische Partei in den Bundestag ein, noch dazu als drittstärkste Kraft. Und in Sachsen erzielt sie mit 27 Prozent ihr bestes Zweitstimmenergebnis, verdrängt die CDU knapp von der Spitze und holt drei Direktmandate. Dass es in Brandenburg – direkt neben den sächsischen AfD-Hochburgen Bautzen und Görlitz – ebenso einen politischen Erdrutsch gab, blieb weitestgehend unbeachtet. Genauer im Wahlkreis »Cottbus-Spree-Neiße«, wo die AfD mit 26,8 Prozent ihr bestes Ergebnis im Bundesland erzielte und sich die Zweitstimmenanteile in einer ähnlichen Arithmetik verschoben. Die CDU fiel hier im freien Fall auf 24,1 Prozent (-11,6%). Ebenso »Die Linke«, die mit einem Minus von 6,1 noch auf 16,5 Prozent kommt. Die SPD schafft es noch auf 15,2 Prozent (-6,5%).
Dieser AfD-Sieg in Brandenburg ist keine völlige Ausnahme, schließlich hatte die Partei hier in 88 von 417 Kommunen die Nase vorn und verdrängte im gesamten Bundesland mit 20,2 Prozent die SPD (17,6%) auf Platz 3, dicht gefolgt von »Die Linke« (17,2%).

Eine Ursachensuche

Cottbus ist mit 100.534 EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt Brandenburgs und verzeichnet mit etwa 12 Prozent eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote. Seit der Wende sank die EinwohnerInnenzahl um mehr als 28.000. Dass Cottbus mit dem Überschreiten der 100.000er Marke seit diesem Jahr wieder eine Großstadt ist, hat das Rathaus vor allem dem Zuzug von Flüchtlingen zu verdanken. Der Anteil von EinwohnerInnen ohne deutschen Pass, ist im Vergleich zu anderen Städten aber weiterhin sehr gering. Im Umland mit den Städten Guben und Forst ging die Wirtschaftskraft in den letzten Jahren außerdem kontinuierlich zurück. Dazu passt die Analyse des Landeswahlleiters, wonach die AfD dort viele Stimmen holte, wo wenig junge Menschen, wenig Kinder und wenig »Ausländer« leben und die Wirtschaft lahmt.

Neonazis im Stadion – RassistInnen auf der Straße

Die Zustimmung zur AfD fußt aber nicht allein auf einem sozialstrukturellen oder gefühlten Abgehängt-Sein. Das zeigen sowohl die Zugewinne im wirtschaftlich starken Süddeutschland als auch die Rekrutierung von WählerInnen, die insbesondere aus Erwerbslosen und ArbeiterInnen besteht, aber ebenso sehr Angestellte und Selbstständige umfasst. Was verbindet diese unterschiedlichen Gegenden und WählerInnenschaften? Das Stichwort ist ein nahezu omnipräsenter und tiefverwurzelter Rassismus, der mit der Abwehr gegen Flüchtlinge und alles Fremde seit nunmehr fünf Jahren an die Oberfläche gespült wird. Dazu kommt eine Entwicklung, die sich schon nach der Bundestagswahl 2013 zeigte, als die AfD dort hohe Ergebnisse erzielte, wo auch die NPD stark war oder Neonazis besonders aktiv sind.

Auch wenn sich die »Nationaldemokraten« nun im Tiefflug befinden, gilt Cottbus seit Jahren als eine Neonazihochburg und die Szene zeigte sich um die Wahl aktiv und geeint. Über Wochen schaffte es der Verein »Zukunft Heimat« – der bereits seit 2015 gegen Flüchtlingsunterkünfte mobilisiert – im Sommer 2017 Aufmärsche mit 300 bis 500 TeilnehmerInnen zu organisieren. Darunter Mitglieder der NPD, der »Identitären Bewegung« und von PEGIDA aus Dresden. Außerdem die RechtsRock-Band »Frontalkraft« sowie rechte Hooligans des Regionalligisten »Energie Cottbus« und die Betreiber vom Versand »Black Legion«. Mit dabei war auch die AfD, unter anderem mit ihren Landtagsabgeordneten Andreas Kalbitz und Birgit Bessin, die sogar als RednerInnen auftraten. Am 13. Juni 2017 wurden zwei Gegendemonstranten dann direkt nach der Veranstaltung zusammengeschlagen. Nur ein Vorfall von vielen. Die Stadt liegt laut »Opferperspektive Brandenburg« bei rechter und rassistischer Gewalt im Bundesland an der Spitze – allein 2016 waren es 41 Angriffe. Im September letzten Jahres wurde eine Studierendenparty im alternativen Jugendclub »Chekov« von 20 Neonazis überfallen. Im Januar folgte eine weitere ‹Kommandoaktion›, als ein Block von 120 schwarz Vermummten unter Bengalos und dem Banner »Verteidigt Cottbus!« durch die Stadt zog.
Dahinter steckt eine Neonaziszene, die intensiv mit dem Hooliganspektrum verbandelt ist und militant agiert. Diese trat auch im Mai 2017 bei einem Auswärtsspiel gegen den linken Erzrivalen »Babelsberg 03« vermummt auf den Plan. Etwa 100 Anhänger um die nur offiziell aufgelöste und weiterhin aktive Hooligangruppe »Inferno Cottbus« versuchten den Platz zu stürmen und skandierten Parolen wie »Arbeit macht frei« und »Zecken, Zigeuner und Juden«. Unter den Fans im Gästeblock die AfD in Person von Jean-Pascal Hohm. Seines Zeichens Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion und früherer Landesvorsitzender der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative«. Begleitet wurde er vom Leiter der »Identitären Bewegung« in Berlin-Brandenburg, Robert Timm, dessen Wohnung in Cottbus im August von der Polizei durchsucht wurde.
Zwar demonstrieren in der ‹Lausitzer Metropole› seit langem auch zahlreiche Initiativen gegen die Neonazis und auch das antifaschistische Sommercamp fand 2017 hier statt. Doch was bleibt, sind fast 35.000 Stimmen für die AfD im Wahlkreis, das Problem namens Rassismus, eine gefestigte Neonaziszene sowie die Rathausspitze, die sich gegen »jedweden politischen Extremismus« positioniert. So ist bisher offen, ob im April 2017 in Cottbus eine 22-jährige Studentin aus Ägypten vorsätzlich überfahren wurde. Sie starb wenige Tage später an ihren Verletzungen. Erst nachdem ZeugInnen öffentlich von einer Beschleunigung des Autos und rassistischen Beschimpfungen der Insassen berichteten, begann die Staatsanwaltschaft zu ermitteln.

Enttäuschung in Niedersachsen

Die »Alternative für Deutschland« zieht mit neun Abgeordneten in den niedersächsischen Landtag ein. Doch das Ergebnis enttäuschte die Partei.

von David Janzen



^ Der Northeimer Bundestagsabgeordnete Jens Kestner (li.) und Armin Paul Hampel folgen Björn Höcke bei einer Wahlkampfveranstaltung in Northeim

Die Enttäuschung war vielen AnhängerInnen der »Alternative für Deutschland« (AfD) am Wahlabend ins Gesicht geschrieben. Statt 8 Prozent, wie in den vielen Vorhersagen, oder gar einem zweistelligen Ergebnis, bekam die Partei bei der vorgezogenen Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober 2017 nur 6,2 Prozent der Stimmen. Damit zieht sie mit neun Abgeordneten in den Landtag ein. Schon bei der Bundestagswahl Ende September 2017 lag die AfD in Niedersachsen mit 9,1 Prozent unter dem Bundesergebnis (12,6 %). Hatten da 422.362 niedersächsische WählerInnen der Partei ihre Stimme gegeben, waren es bei der Landtagswahl nur noch 235.840. Eine Ursache für das schlechte Ergebnis dürfte der chaotische Landesverband sein, der – teilweise quer zu den Flügelkämpfen auf Bundesebene – in zwei sich bekämpfende Lager gespalten ist. So versagte der Landesvorsitzende Paul Hampel der Spitzenkandidatin Dana Guth aus Northeim öffentlich die Unterstützung. Die 47-Jährige wurde kurz vor der Landtagswahl aus ihrer Fraktion im Göttinger Kreistag ausgeschlossen. Und aufgrund der Anzeige eines ehemaligen Mitglieds wurden das Haus von Hampel und die Landesgeschäftsstelle wegen Betrugsverdachts durchsucht.

Hochburgen der AfD

Ein weiterer Grund für das schlechte Abschneiden war eine untergeordnete Rolle der AfD-Kernthemen im Wahlkampf. Für die meisten WählerInnen waren Landesthemen, wie zum Beispiel Bildungspolitik, wichtiger als Asylpolitik oder Zuwanderung. Anders bei den WählerInnen der AfD: Die nannten überdurchschnittlich oft die Angst vor Zuwanderung und steigender Kriminalität als Gründe für ihre Wahl. Punkten konnte die AfD vor allem in Städten wie Salzgitter, Wilhelmshaven und Delmenhorst, die stark vom wirtschaftlichen und demographischen Strukturwandel betroffen sind, von überdurchschnittlichen Armutsquoten und Abwanderung. Gleichzeitig ist hier aufgrund niedriger Mieten ein deutlicher Zuzug von Geflüchteten und anderen armen Bevölkerungsgruppen festzustellen. In Salzgitter, wo die AfD mit 13,6 Prozent ihr höchstes Ergebnis erzielte, liegt die Arbeitslosenquote mit 9,6 Prozent weit über dem Landesdurchschnitt (5,6%). Besonders hohe Ergebnisse erzielte die AfD in Salzgitter-Lebenstedt (20,5%). Hier erreichte sie in der Großwohnsiedlung Fredenberg aus den 1960er Jahren sogar 42,8 Prozent. In den 1980er Jahren kamen hier vor allem ArbeitsmigrantInnen, seit den 1990er Jahren ZuwandererInnen aus den ehemaligen »Ostblockstaaten« und heute Flüchtlinge aus Syrien unter. Wenige Tage vor der Wahl verhängte die Landesregierung für Salzgitter einen Zuzugstopp für Geflüchtete. In Delmenhorst und Wilhelmshaven wurden ähnliche Forderungen laut. Diese Debatten haben der AfD offensichtlich genutzt.

»Krieg gegen das System«

Am Abend der Wahl veröffentlichte der Kreisverband Salzgitter auf seiner Facebookseite kurzzeitig einen Beitrag, in dem davon die Rede war, die Partei habe »den Bundestag gestürmt« und damit eine »Tür für deutschnationales Gedankengut zurück in die deutsche Politik hinein geöffnet«. Mit dem Einzug in das Parlament habe die »nächste Phase im Krieg gegen dieses widerwärtigste System, das je auf deutschem Boden existierte«, begonnen. Aufgedeckt wurde auch, dass zum AfD-Wahlkampfteam mehrere Neonazis aus der kleinen Kameradschaft »Nationaler Widerstand Niedersachsen Nord« gehörten, die mehrfach durch Straf- und Gewalttaten aufgefallen sind. Andere Mitglieder des Wahlkampfteams der AfD Salzgitter verbreiteten bei Facebook Bilder mit extrem rechten Sprüchen, Symboliken und NS-Propaganda sowie Videos mit der Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck oder dem »Horst-Wessel-Lied«. Geschadet haben diese Kontakte nach Rechtsaußen nicht. In anderen Städten und vor allem in eher ländlich geprägten Regionen, hauptsächlich im Westen des Bundeslandes, konnte die AfD nur wenige Stimmen erlangen. In der Grafschaft Bentheim erhielt sie mit 3,58 Prozent ihr niedrigstes Ergebnis, hier ist die CDU stärkste Partei, ein Viertel der Bevölkerung ist katholisch, die Arbeitslosenquote liegt bei unterdurchschnittlichen 3,7 Prozent.

Machtkampf

Das schlechte Abschneiden der AfD dürfte die Machtkämpfe im Landesverband befeuern. Noch am Wahlabend forderten Mitglieder des Landesvorstandes in einer Rundmail die Kreisverbände auf, einen Sonderparteitag einzufordern, um Landeschef Hampel abzusetzen. Unter den UnterzeichnerInnen waren auch die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Jörn König und Wilhelm von Gottberg. Beide sitzen nun im Bundestag und galten bisher als Verbündete Hampels. Dass sie offenbar ins Lager seiner GegnerInnen gewechselt sind, lässt seine Machtbasis bröckeln. Guth, die das Lager der Hampel-GegnerInnen anführt, ging gestärkt aus der Wahl hervor. Ohne Gegenstimmen wurde sie zur Vorsitzenden der neunköpfigen AfD-Fraktion im Landtag gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde Stefan Henze aus Lehrte. Zum Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion wurde der Rechtsanwalt Klaus Wichmann aus Verden gewählt. Peer Lilienthal aus Barsinghausen wurde als Finanzvorstand eingesetzt. Interessant ist auch die berufliche Zusammensetzung der Fraktion: Über die Hälfte der Abgeordneten kommen aus dem Staatsdienst, darunter ein Richter, ein stellvertretender Schuldirektor und ein ehemaliger Berufsoffizier.

Südniedersächsische Querelen

Unmittelbar vor den Landtagswahlen zeigte sich die Zerstrittenheit des niedersächsischen Landesverbandes der »Alternative für Deutschland«. Ein Blick nach Südniedersachsen offenbart: die innerparteilich gewachsenen Rivalitäten sind nicht unbedingt politischer Natur.

von Marian Ramaswamy und Rune Wiedener

Es ist mehr als ungewöhnlich, wenn eine Kreistagsfraktion ein Mitglied ausschließt, das zeitgleich prominente Vertreterin für eine anstehende Landtagswahl ist. Doch bei der »Alternative für Deutschland« (AfD) gehört ein solcher Schritt offenbar zur innerpolitischen Personalpolitik. So schloss die Göttinger AfD-Kreistagsfraktion kurz vor der Wahl Dana Guth wegen Differenzen in der Zusammenarbeit kurzzeitig aus der Fraktion aus, obwohl sie zugleich auf Platz 1 der Landesliste für die Landtagswahl im Flächenland kandidierte. Dabei hatte die Unternehmerin aus Herzberg im Harz, die kurz nach ihrem Eintritt 2016 Vorsitzende des Göttinger AfD-Kreisverbandes geworden war, den Verband nach langer Inaktivität erst wiederbelebt. Auf Unterstützung durch AfD-Landeschef Paul Armin Hampel aber musste sie verzichten. Wegen »Einwirkungsversuchen rechtsextremer Kräfte« verhängte Hampel erst einen Mitgliederaufnahmestopp für den Göttinger Kreisverband. Dann distanzierte er sich von Guth, indem er einen Auftritt beim Kreisverband absagte, weil die Sicherheit wegen »Aktivitäten der Antifa« nicht garantiert werden könne. Doch Guth schoss zurück und forderte Hampel im März 2017 in Hannover für den Landesvorsitz heraus. Zwar verlor sie die Wahl, setzte sich aber im August 2017 in einer weiteren Kampfkandidatur gegen den Hampel-Anhänger Schmitz aus Northeim als AfD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl durch. Anfang November wurde Dana Guth zum zweiten Mal von ihrer Fraktion im Göttinger Kreistag ausgeschlossen. Die Gründe seien die gleichen wie beim ersten Verfahren, teilte die Kreistagsfraktion mit.



> *Rassistische Wahlplakate waren besonders im ländlichen Raum zu finden*

Anwesend, aber untätig

Seit November 2016 ist die AfD im Göttinger Kreistag vertreten, zeigte aber schon zu Anfang Auflösungserscheinungen. Schnell wurde bekannt, dass Philipp Göthel aus Walkenried, angetreten als parteiloser Kandidat auf der AfD-Liste, in der Neonaziszene aktiv gewesen war. Doch auch nach der Fraktionsbildung ist eine aktive kommunalpolitische Beteiligung nahezu nicht vorhanden. In sechs Kreistags- und 25 Ausschusssitzungen stellten Guth und der Fraktionsvorsitzende Frank Rathmann jeweils lediglich einen Antrag. Auch in ihrem Abstimmungsverhalten zeigte die Fraktion weder eine klare noch gemeinsame politische Linie. Die Hauptenergie legte der Kreisverband auf den Wahlkampf für die Bundes- und Landtagswahlen im Herbst 2017, konzentrierte sich auf die Region Osterode am Harz und sparte die Stadt Göttingen fast vollständig aus. Mit einer Veranstaltung in Osterode versuchte er an die Öffentlichkeit zu gelangen, doch dort zeigte sich, dass der Kreisverband kaum Mobilisierungsfähigkeit besitzt. Auch nach der für die AfD erfolgreichen Bundestagswahl änderte sich das nicht. Bei einer Ansprache zum »Tag der Deutschen Einheit« zeigte sich Guth sichtlich enttäuscht über die mit etwa zehn Gästen schlecht besuchte Veranstaltung.

Extrem rechte Oppositionsarbeit

Ganz anders stellt sich die kommunalpolitische Arbeit der AfD-Fraktion im nur rund 20 km entfernten Northeimer Kreistag dar. Im Einklang mit dem Bemühen um einen professionellen Auftritt versucht die Fraktion mit den Kreisräten Jens Kestner und Maik Schmitz regelmäßig Themen mit wahrnehmbarer Oppositionshaltung zu bespielen. Doch auch der Northeimer Kreisverband geriet während des Wahlkampfs aufgrund von neonazistischen Ausfällen in den Fokus der Öffentlichkeit. Verantwortlich dafür war Volker Spellig, der seit November 2016 für die AfD im Gemeinderat Katlenburg-Lindau sitzt. Er beteiligte sich mehrfach an Kundgebungen und Aufmärschen des extrem rechten »Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen« und teilte auf Facebook mehrere Beiträge neonazistischen Inhalts. So wurde im Sommer dieses Jahres bekannt, dass er unter anderem das Bild einer Hitlerbüste aus Porzellan mit dem Kommentar »Da herrschte noch Zucht und Gehorsam« sowie ein Video der NPD Eichsfeld geteilt hatte. Spellig legte jedoch eine eidesstattliche Erklärung ab: Sein Profil sei gehackt worden und er sei nicht Urheber dieser Aktivitäten. Kestner und Schmitz nahmen Spellig daraufhin öffentlich in Schutz.

Professionalisierung und Skandale

Die beiden AfD-Kreisverbände Northeim und Göttingen haben sich seit der Gründung der Partei höchst unterschiedlich entwickelt. In Northeim entstand der lokale AfD-Ableger aus der langjährigen Bekanntschaft des Vorsitzenden Schmitz und seines Stellvertreters Kestner, den wichtigsten Personen des Kreisverbandes. Dieser professionalisierte schnell seine politische Arbeit und stand von Beginn an dem Landesvorsitzenden Armin Paul Hampel nahe. Zudem lud der Kreisverband regelmäßig die AfD-Parteiprominenz zu Vorträgen und Kundgebungen ein. Dabei offenbart sich die politische Nähe zu »Der Flügel« um Björn Höcke und André Poggen-



licht. Er zog sich zurück, bis er im März 2016 den Kongress »Aufstand der Jugend« ankündigte und dazu Martin Sellner, einen führenden Kopf der IB, einlud. Auch dieses Vorhaben scheiterte früh – und sorgte erneut für innerparteilichen Ärger. Der AfD-Kreisverbandsvorsitzende Northeims, Maik Schmitz, erteilte ihm kurzerhand Hausverbot und strengte ein erneutes Parteiausschlussverfahren an. Ein erstes Ausschlussverfahren war 2013 gescheitert.

Der wiederholte Zwist zwischen dem Göttinger und Northeimer Kreisverband war jedoch nicht inhaltlicher Natur. Auch Jörg Sprenger und Daniela Kasper, beide AfD-KandidatInnen für die niedersächsischen Kommunalwahlen 2016 im Landkreis Northeim, beteiligten sich an den »Freundeskreis«-Kundgebungen. Aber weil Schmitz in dem zu offenen Auftreten mit Neonazis eine politische Gefahr sah, wurde jeder nähere Kontakt mit dem Neonazi-Netzwerk vermieden.

burg. Zuletzt war Höcke am 22. September neben Hampel Hauptredner bei der Abschlusskundgebung des Bundestagswahlkampfes; Poggenburg wiederum unterstützte kurz darauf den Direktkandidaten Schmitz, der sich erfolglos für einen Sitz im niedersächsischen Landtag bewarb. Mit dieser offensichtlichen Nähe zum dezidiert völkischen Flügel der AfD etablierte sich der Northeimer Kreisverband vor Ort.

Der Göttinger Parteiaufbau ist hingegen von Skandalen geprägt. Bereits nach wenigen Monaten kam 2013 die Kreisverbandsarbeit zum Erliegen, nachdem zwei Vorstandsmitglieder aufgrund ihrer politischen Aktivitäten ihre Posten aufgeben mussten. Der Schatzmeister Lennard Rudolph wurde beschuldigt, in Sichtweite einer Anti-Atom-Kundgebung provokativ den Hitlergruß gezeigt zu haben, während der Burschenschafter und stellvertretende AfD-Kreisvorsitzende Lars Steinke mit seiner Sympathie für die »Identitäre Bewegung« (IB) in Erscheinung trat. Für mehrere Jahre war der Göttinger Kreisverband so gut wie inaktiv.

»Flüchtlingskrise« und extrem rechte Mobilisierung

Wirkliche Aktivitäten begannen einzelne Akteure des Göttinger AfD-Kreisverbandes erst infolge der gestiegenen Flüchtlingszahlen zu zeigen. Als im Raum Göttingen Ende 2015 extrem rechte Proteste zunahmen, trat der altbekannte Lars Steinke als Anmelder von Kundgebungen des »Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen« erneut auf. Eine wirklich starke Straßenbewegung wie zum Teil in anderen Regionen Deutschlands konnte sich jedoch nicht etablieren, da antifaschistische Proteste ihr den Raum nahmen. Zudem kam Steinkes Zusammenarbeit mit Neonazis ans Tageslicht.

Das Hausverbot Steinkes in Northeim hielt indes nicht sonderlich lang. Nur vier Monate später hoben es Schmitz und Kestner wieder auf, obwohl kurz zuvor Steinkes Beteiligung an IB-Aufmärschen in Wien und Berlin bekannt geworden war. Die Streitigkeiten zwischen dem jetzigen Landesvorsitzenden der »Junge Alternative« (JA) und dem Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes endeten damit jedoch nicht. Ein Beispiel für die regelmäßigen Querelen ist die Verweigerung der Parteiaufnahme einer jungen Frau im Februar 2017 durch Schmitz und Kestner. Grund war ihr Besuch des von Steinke initiierten Göttinger JA-Stammtischs – obwohl dieser selbst bestens vernetzt ist mit JA-Aktiven aus dem Northeimer Landkreis, die wiederum ein gutes Verhältnis zu den Verantwortlichen der Northeimer AfD-Sektion pflegen.

Zerstritten in die Zukunft

Das Beispiel der beiden südniedersächsischen Kreisverbände zeigt, dass die Reibereien in der AfD Niedersachsen kaum in politischen Differenzen begründet sind. Die mangelnde Abgrenzung zur extremen Rechten gilt für die Hampel-BefürworterInnen und seine innerparteilichen GegnerInnen gleichermaßen. Allenfalls in der Form des öffentlichen Auftretens mag es unterschiedliche Herangehensweisen geben. So sind es primär persönliche Animositäten, die das interne Zerwürfnis begründen. Dies zeigt auch die Forderung von sieben (!) Landesvorständen nach einem Rücktritt Hampels sowie einem personellen Neuanfang, der eine künftige »konstruktive Zusammenarbeit« ermöglichen soll. Ob dies mit der personellen Option Dana Guth gelingen wird, ist mehr als fraglich.

Blaue Zahnräder gesucht

Frauke Petry und Marcus Pretzell inszenieren ihr neues politisches Projekt nach der »Alternative für Deutschland« als »Bürgerforum«.

von Martín Steinhagen



Keine große Bühne – und vor der Tür kein Protest: Frauke Petrys Auftritt am 11. November ist anders als gewohnt. Statt voller Stadthalle ein unscheinbares Konferenzhotel in einem Industriegebiet 30 Kilometer vor Frankfurt. Im hessischen Nieder-Roden, einem Stadtteil von Rodgau, tritt die frühere Vorsitzende der »Alternative für Deutschland« (AfD) erstmals öffentlich in neuer Funktion auf. Sie wirbt gemeinsam mit Ehemann Marcus Pretzell für ihr politisches Projekt nach der AfD – die »Blaue Wende«. Rund 50 Interessierte sitzen an diesem Samstag in dem etwas stickigen Saal und sehen als erstes ein Zeichentrick-Filmchen, das im typischen Internet-Erklärvideo-Format zu seichter Musik das Problem von ‹Johanna› und ‹Frank› schildert: Sie machen sich »Sorgen um Deutschlands Zukunft«, wollen aber nicht in eine Partei eintreten. Die Lösung ist, wenig überraschend, das »Bürgerforum Blaue Wende«. Der Name der »Blauen Partei« fällt in dem Clip nicht – aus gutem Grund.

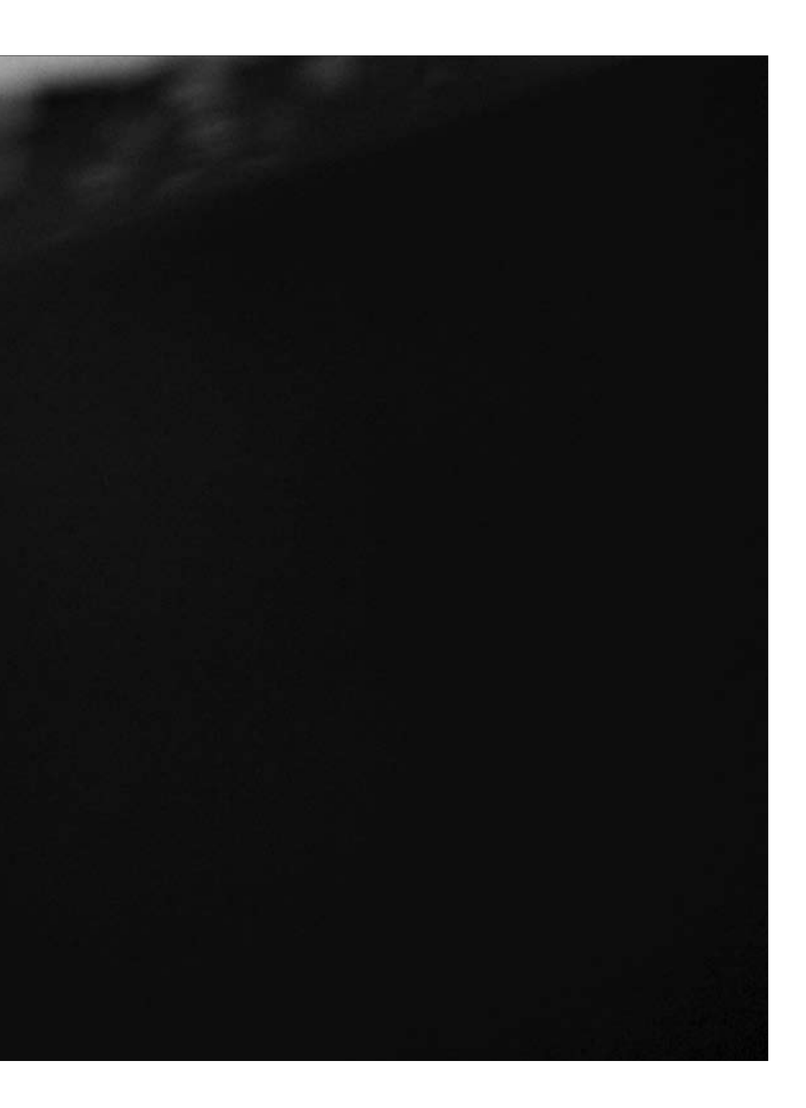
Abrechnung mit Parteiensystem

Marcus Pretzell, der für die AfD ins Europäische Parlament und den nordrhein-westfälischen Landtag eingezogen ist, nutzt seine Rede an diesem Samstag für eine grundsätzliche Abrechnung mit dem deutschen Parteiensystem. Hier entschieden Klüngel und nicht Kompetenz, ständig sei man mit internen Konflikten beschäftigt. Viele Menschen mit »Knowhow« würden sich so etwas aus guten Gründen nicht antun. Pretzell präsentiert seine Kritik auch als Erfahrung aus der AfD-Zeit: Er habe es völlig »unterschätzt, wie schnell Parteistrukturen korrumpieren«.
Deshalb soll jetzt nicht die bereits im September gegründete »Blaue Partei« im Vordergrund stehen. Sie sei bloß ein »notwendiges Übel«. um bei Wahlen jenseits der kommunalen Ebene anzutreten, erklärt er. Die »inhaltliche Arbeit« werde in Bürgerforen geschehen. Auf den Listen sollen nicht nur Parteimitglieder kandidieren dürfen. Petry und Pretzell werben deshalb um UnterstützerInnen und um Spenden, um freiwillige Flyer-VerteilerInnen, aber nicht um Parteimitglieder. Organisiert und finanziert wird die »Blaue Wende« aber von der Partei mit »schlanken Strukturen« im Hintergrund, die bislang nur einen Bundesverband gegründet hat. Folgen sollen nur Landesverbände, aber keine kommunalen Parteistrukturen.

»Firewall« gegen »Glücksritter«

Ganz explizit habe man sich für die als Bewegung inszenierte Organisationsform am Modell des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und des österreichischen Wahlsiegers Sebastian Kurz orientiert. Aber die Bürgerforen sollen nicht nur ein niederschwelliges Angebot an die Johannas und Franks sein, sondern auch eine »Firewall« für die Partei, wie Petry es beschreibt. Die AfD habe gezeigt, dass es ein Fehler gewesen sei, von Anfang an alle aufzunehmen. Parteiausschlussverfahren sind schwierig. Die »Blaue Wende«, die noch nicht einmal ein Verein ist, werde eine »sehr geringe Barriere zum Rauswurf« haben, sagt Petry. So wolle man die Partei vor »Glücksrittern«, Chemtrail-SpinnerInnen und VerschwörungstheoretikerInnen abschirmen. Als erster Schritt seien noch kleinere, regionale Treffen für Diskussionen geplant, unter anderem in Sachsen. Nach einer längeren Phase des Kennenlernens, sei es dann möglich in die Partei aufgenommen zu werden.

Rund 100 Mitglieder haben diese Hürde offenbar schon genommen, berichtet der erste Vorsitzende Michael Muster. Rund die Hälfte käme von der AfD. Allein in Sachsen hätten sich aber etwa 300 InteressentInnen registriert. Im Stadtrat von Iserlohn (Nordrhein-Westfalen) gibt es die erste »Blaue Fraktion«, sie hat drei Mitglieder.
Petrys »Firewall« dürfte aber auch noch eine andere Funktion haben: Zweimal hat sie erlebt, wie schnell Vorsitzende aus der eigenen Partei gedrängt werden können. Diesmal soll das erschwert werden. Denn »Bürgerforum« hin oder her, rechtlich bindende Entscheidungen, nicht zuletzt über Listenplätze und Vorstandsposten, werden in der Partei gefällt – und hier haben nur Mitglieder eine Stimme. Petry verteidigt das später vor JournalistInnen so: Man trete mit »wahrnehmbaren Köpfen« an, die bereits eine mediale Präsenz hätten. Wer diese von vornherein nicht möge, müsse ja nicht mitmachen. Die »Köpfe« sind bisher vor allem ihr eigener, der auf Flyern, Plakaten und der Website prangt. Damit hofft die Partei, wohl nicht zuletzt in Sachsen punkten zu können. Dort sitzt Petry im Landtag, bei der Bundestagswahl hatte sie in der Sächsischen Schweiz ein Direktmandat gewonnen – allerdings noch als AfD-Kandidatin.
Wie genau sichergestellt werden soll, dass die »inhaltliche Arbeit« aus der »Blauen Wende« verlässlich in die Partei übersetzt wird, bleibt an diesem Samstag undurchsichtig. »Sei ein Zahnrad in Deutschlands Zukunft«, heißt es im Werbespot. »Wie soll es denn jetzt funktionieren?«, will nicht nur ein Zuhörer wissen, als schließlich erste Fragen zugelassen werden.



< *Frauke Petrys Zukunft ist schwarz und nicht blau*

Ein christlich-konservatives Projekt …
Kritik aber wird aus dem Publikum am Samstag kaum geäußert. Einige BesucherInnen packen am Ende der Veranstaltung Flyer ein, schütteln Petry die Hand oder posieren für ein Foto mit ihrem Baby. Aufbruchstimmung kommt in dem Saal keine auf. Die OrganisatorInnen hatten für das Treffen in dem etwas abgelegenen Hotel nicht öffentlich geworben und absichtlich dafür gesorgt, dass ein »überschaubarer Kreis« zusammenkommt, sagt Pretzell – um besser diskutieren zu können. Der Termin war zeitgleich zum hessischen AfD-Landesparteitag angesetzt. Ein »totaler Zufall« und keineswegs Taktik, sagt Petry auf Nachfrage.
Gekommen sind nach eigenen Angaben unter anderem aktive AfD-Mitglieder, ein Mann stellt sich als früheres SPD-Mitglied vor. Der stellvertretende Vorsitzende der »Freien Wähler NRW«, Henning Rehse, ist genau wie Anette Schultner, vormals Chefin der »Christen in der AfD«, angereist. Petry und Pretzell konnten zudem die hessische Buchautorin Katja Schneidt (»Wir schaffen es nicht«) für ihr Projekt gewinnen. Sie wird als Sozialdemokratin, »Flüchtlingshelferin« und Muslima vorgestellt, die aus eigener Anschauung aus den »Parallelgesellschaften« berichten könne.
Inhaltlich präsentiert Petry das Projekt als vor allem »konservativ«, aber auch »bürgerlich-liberal«. Angesprochen werden solle auch das »christlich-konservative Potenzial« unter der WählerInnenschaft. Das online veröffentlichte Kurzprogramm ist wenig konkret. Auf Nachfrage erläutert Petry einem Mann aus dem Publikum, dass die Forderung einer »unideologischen« Energiepolitik eben eine »relativ sachte Formulierung« sei. Man müsse die Bevölkerung von »kleinen Zielen« überzeugen und nicht gleich den Holzhammer auspacken.

… oder AfD light?
Viele Positionen sind aus dem AfD-Kosmos bekannt: für Grenzkontrollen, Gefährder und Straftäter abschieben, Duldungsstatus abschaffen, Asyl als »Gnadenrecht«. Von EinwanderInnen wird »kulturelle Assimilation« gefordert und der Islam in seinem »politischen Anspruch« abgelehnt. Explizit abgelehnt wird auch die »Gender-Ideologie« und »die damit verbundene Frühsexualisierung«. Zudem wird gefordert, die Zahl der Abtreibungen zu senken. Die Partei macht sich für mehr innere Sicherheit stark, betont im Programm aber auch Bürgerrechte gegen einen »überbordenden Staat« – als Beispiel dienen Petry in Nieder-Roden Antidiskriminierungsgesetze.
Außenpolitisch spricht die Partei von Israel als »strategischem Bündnispartner«, die Zusammenarbeit liege »in unserem nationalen Interesse«. Vor ihrem Publikum begründet Petry dies damit, dass Israel Deutschland »meilenweit voraus« sei bei Innerer Sicherheit und dem Umgang mit »illegaler Migration«. Ähnlich hatte Pretzell bereits in der Vergangenheit argumentiert. Zudem habe man auch eine Verantwortung für »das was in der deutschen Vergangenheit mit Juden hier und in Europa passiert ist«, fügt Petry an diesem Samstag hinzu.
Auf Distanz zur alten Partei geht das Duo in der Wirtschaftspolitik: Der Mindestlohn, den die AfD zuletzt in Teilen begrüßte, müsse mithilfe eines »aktivierenden Grundeinkommens« überwunden werden. Auch sonst werden marktliberale Töne angeschlagen.
Kritik an der AfD übt Petry nach der Veranstaltung im Gespräch mit JournalistInnen auch in einem anderen Punkt: Die »Verniedlichung der NS-Diktatur« habe bürgerliche WählerInnen verschreckt. Den »Ethnopatriotismus« der AfD, wie sie die völkisch-nationalistischen Aussagen früherer ParteifreundInnen nennt, weist sie von sich. Man wolle sich stattdessen für kulturelle »Identitätsbewahrung auf der europäischen Ebene« einsetzen, denn mit Franzosen oder Polen habe man ja viel gemein, mit Menschen aus Afrika und dem Mittleren Osten aber eher weniger. Im Programm heißt es dazu etwas kryptisch: Einen »ethnischen Anspruch lehnen wir als unhistorisch und weltfremd ab«.

Schicksalsjahr 2021
Die nächsten Ziele der Partei sind nach eigenen Angaben die Landtagswahl in Sachsen und die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019. Es sei noch offen, ob man auch bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im kommenden Jahr antrete. Die Bundestagswahl 2021 sieht Pretzell jedoch als »Schicksalswahl«. Gemeint ist: für Deutschland – aber auch für die »Blauen«. Spätestens dann dürfte sich entschieden haben, ob die Partei wie Bernd Luckes »Liberal-Konservative Reformer« in der Bedeutungslosigkeit versinkt.

»Es ist auch nicht davon auszugehen, dass die Tat politisch motiviert war.«



Anmerkungen zur Einordnung des Attentats am Münchner Olympia-Einkaufszentrum.

von Robert Andreasch

Am 22. Juli 2016 erschoss der 18-jährige David Sonboly neun Menschen im Bereich des McDonald's-Restaurants am Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) und verletzte fünf weitere schwer. Ein djihadistisches Attentat? An mehreren Stellen der Stadt brach Panik aus. Einige Stunden später tötete sich Sonboly selbst, als er von Polizeibeamten in einer Nebenstraße des Einkaufszentrums entdeckt wurde. Ein erweiterter Suizid? Die Tat wurde von den Behörden rasch als »Amoklauf« eines Jugendlichen dargestellt, der psychiatrisch erkrankt gewesen sei und sich für ein erlebtes Mobbing habe rächen wollen. Und in der Tat: Bei Sonboly wurden in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe jugendpsychiatrischer Diagnosen gestellt und von der fünften bis achten Klasse war er durch MitschülerInnen massiv gemobbt und zum Teil auch körperlich angegriffen worden. Der Attentäter versuchte auch tatsächlich mit einigem Aufwand – erfolglos –, einige seiner ehemaligen MitschülerInnen gezielt zum selben Zeitpunkt zum McDonald's-Restaurant einzuladen.
In der Folgezeit kamen Zweifel an der von den Behörden veröffentlichten Tatmotivation auf. Denn Sonboly hatte das Attentat am fünften Jahrestag des Massenmords des rassistischen Attentäters Anders Behring Breivik in Norwegen verübt, seine Opferauswahl deutete auf rassistische und antiziganistische »Kriterien« hin. Das Video einer verbalen Auseinandersetzung zwischen dem Täter und einem Anwohner, der ihn rassistisch beschimpfte, verbreitete sich viral: Sonboly schrie nicht nur »Wegen Leuten wie Euch wurde ich gemobbt. Sieben Jahre lang«, sondern auch »Ich bin Deutscher« und »Scheiß Türken«.
Ein rechtes Attentat? Weil der Täter selbst aus einer Familie mit Migrationserfahrung kam, konnten sich das viele nicht vorstellen. Dass die Einwanderungsgesellschaft häufig immer noch nicht als Realität anerkannt wird, erschwert eine Auseinandersetzung mit migrantischem Ultranationalismus und Rassismus oder – wie hier – mit einer nationalistischen Überidentifikation.

Eindeutiges Vorbild

Vor allem durch Anfragen der Landtagsabgeordneten Katharina Schulze (»Bündnis 90/Die Grünen«) wurde zunehmend mehr über die Einstellungen von Sonboly , der seinen Vornamen bei den Behörden von Ali in David ändern ließ, bekannt: Er war stolz, als Iraner und Deutscher

< Gedenkfeier am 22.07.2017 in München am Denkmal für die Opfer des Amoklaufs

»Arier« zu sein. Er fluchte über »Kanaken« und zeigte Sympathien für die »Alternative für Deutschland« (AfD). Er schaute fasziniert Youtube-Videos des rechten Attentäters Breivik an. Dessen Bild nutzte er als persönliches Profilfoto bei »Whatsapp«. Zwei Jahre vor der Tat hatte er ein zweiseitiges Manifest (»Die Rache an diejenigen die mich auf dem Gewissen haben« (sic!)) verfasst. Er beschrieb darin die hoffnungslosen Tage an der Schule, an der er gemobbt wurde, aber auch, dass der Stadtteil Feldmoching-Hasenbergl nahezu komplett mit einem »Virus« infiziert sei. Sonboly hetzte gegen »ausländische Untermenschen«, die er »exekutieren« werde.
Wie sein Vorbild aus Norwegen hatte sich Sonboly eine Pistole »Glock 17 Generation 4« beschafft. Dafür war er zum Marburger Waffenhändler Philipp K. gefahren, den er im Darknet kennengelernt hatte. Philipp K. war ein Rassist wie Sonboly und zeitweise auch in der rechten Szene aktiv. Bei den Schießübungen mit der neuen Waffe filmte sich Sonboly und rief vor der Kamera, die AfD werde die Deutschtürken ausschalten. Wenige Tage vor dem Attentat schrieb er sich selber Chatnachrichten: »Unsere Gegner sind jetzt Salafisten, Wirtschaftsflüchtlinge, Merkel« und antwortete sich daraufhin mit »Du wirst alles stoppen und die AfD wird durch uns in die Höhe gepusht, die Salafisten werden in die Zielscheibe geraten«. Kurz vor dem Attentat legte Sonboly noch ein Dokument mit dem Titel »Ich werde jetzt jeden Deutschen Türken auslöschen egal wer.docx« an. Inhalt war der Satz: »Das Mobbing wird sich heute auszahlen. Das Leid was mir zugefügt wurde, wird zurückgegeben.« ZeugInnen sagten im Rahmen der Ermittlungen, die »halb deutschen, halb türkischen Jugendlichen« habe Sonboly »zerquetschen wie Kakerlaken« wollen. Auch schimpfte er oft über Israel und beleidigte Jüdinnen und Juden.

Offizielle Einordnung

Nach der Tat fasste die Staatsanwaltschaft in einem internen Bericht zusammen: »David S. hatte eine Abneigung gegenüber Personen mit ausländischen Wurzeln bzw. mit Migrationshintergrund. Allen voran konnte er türkisch-stämmige, albanisch-stämmige und balkan-stämmige Jugendliche nicht leiden. Gegen diese Personengruppen entwickelte er einen regelrechten Hass.« Im öffentlichen Statement des LKAs zum Abschluss der Ermittlungen heißt es dagegen: »Es ist auch nicht davon auszugehen, dass die Tat politisch motiviert war.« Verantwortlich für diese aktive Ausblendung der ideologischen Hintergründe bei der Festlegung des Tatmotivs war eigenen Angaben zufolge die SOKO OEZ in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft München I, der Operativen Fallanalyse Bayern, der Staatsschutzabteilung des Bayerischen Landeskriminalamts und dem bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz. Wieder einmal setzten die Behörden die furchtbare Tradition fort, Attentate in Bayern wie das Oktoberfestattentat und die NSU-Morde zu entpolitisieren.
So entwickelten sich in München individuelle Bezeichnungen: Diejenigen, die die psychopathologischen Faktoren der Tat betonen, sprechen konsequent von einem Amoklauf. Von einem Attentat sprechen jene, die die politisch-ideologischen Einstellungen als tatauslösend hervorheben. Doch es geht um mehr als Begriffe: Wird die individuelle Disposition des Täters für die Tat verantwortlich gemacht oder wird sich auch auf gesellschaftliche Ursachenforschung begeben? Der Psychoanalytiker Günter Lempa schrieb 2001 in seinem Buch »Der Lärm der Ungewollten«, dass in der Gesellschaft ziviles Verhalten und Denken in einer Art Handel gegen Anerkennung und Partizipation getauscht werden. Das Angebot, endlich positiv – in diesem Fall als Deutscher – definiert zu werden, verspricht die Lösung aller Probleme und Identitätsunsicherheiten. Nicht man selbst ist schuld an den erlebten Misserfolgen, es sind die »Fremden«. Dazu kommt die Illusion: Wenn die »Anderen« erst einmal weg sind, bekomme man, was einem bislang vorenthalten wurde.
Psychisch oder sozial entwurzelte Amokläufer entwickeln aufgrund realer oder zumindest wahrgenommener Demütigungen das Bedürfnis, sich an bestimmten Menschen oder Teilen der Gesellschaft zu rächen. Die psychische Situation von Sonboly könnte seinen ideologisch motivierten Hass geradezu verstärkt haben. Emotionen wie Hass und Kränkungen können Menschen dazu veranlassen, Terror als gerechtfertigt anzusehen und die Feindgruppen gewalttätig zu bekämpfen. Fand er letztlich in der rassistischen Ideologie eine Legitimation dafür, seinen Hass mit tödlicher Gewalt auszuleben? Die aggressiven Affekte suchen jedenfalls ein Ziel. Rassismus führt dazu, dass die Aggressionen »Fremdgruppen« zugeschrieben werden. Verschiedene Umstände können also zusammengewirkt haben, damit es zu einer solch extremen Tat kommen konnte: politisch-ideologische, historische sowie soziologische, psychiatrische, psychologische und auch strukturelle. Oft liegen diese Faktoren auch nicht so weit auseinander, zum Beispiel im Wunsch, Herr über Leben und Tod zu sein oder in der Neigung zur brutalen Gewalt des männlichen Kämpfers, die die faschistische Identität ausmacht.

Öffentliches Hearing

Ein Jahr nach der Tat beauftragte die Stadt München Gutachter, um zu einer eigenen Einordnung der Tat zu kommen. In einem vielbeachteten öffentlichen Hearing verwies Prof. Dr. Christoph Kopke (Berlin) zunächst auf die extrem rechten Einstellungen des Täters. Kopke wehrte sich gegen eine strikte Trennung von »Amokläufen« und »Terrortaten«, da deren TäterInnen jeweils viele gemeinsame Charakteristika teilten und Amoktaten immer wieder auch »Elemente politischer Kommunikation« enthielten. Schon aus formalen Gründen, so Kopke, hätten die Behörden die Morde am OEZ unter »Politisch motivierte Kriminalität« einsortieren müssen. Für sein subjektiv erlittenes Unrecht habe David Sonboly eine rassistisch konstruierte Gruppe verantwortlich gemacht und schließlich gezielt Angehörige dieser Gruppe ermordet.
Der Gutachter Dr. Matthias Quent (Jena) sprach von einem eindeutigen rassistischen Hassverbrechen und verfolgt ebenfalls einen explizit »Opfer-orientierten Ansatz«: »Nicht nur das unmittelbare Opfer wird schwer traumatisiert, wie bei jeder Gewalttat, sondern es geht um die Verunsicherung und Verängstigung der gesamten Opfergruppe. Betroffen ist darüber hinaus die rechtsstaatliche Gemeinschaft, denn die Täter senden durch ihre Tat die Botschaft, die Opfergruppe auszugrenzen.« Die Behörden sollten nicht den Rassismus des Täters reproduzieren und die rassistisch diskriminierte Gruppe in Sippenhaft für das Verhalten der Mobber nehmen. Stattdessen sollten sie »die für die Gesellschaft besonders zerstörerische Wirkung von Rassismus und Vorurteilen verurteilen«.

Leugnen als politisches Programm

Die bayerische Staatsregierung und das Landeskriminalamt weigern sich vehement, den Terroranschlag im Olympia-Einkaufszentrum in München als rechtsmotivierte Gewalttat anzuerkennen. Für »der rechte rand« sprach Sören Frerks mit der Innenpolitikerin Martina Renner (MdB, »Die Linke«) über gezieltes Verschweigen, die offene Frage nach Geheimdienstspitzeln und den wachsenden Druck auf die Behörden.



drr: Beim Terroranschlag in München wollen die Behörden keinen rassistischen oder rechten Hintergrund sehen, obwohl anderweitige Einschätzungen erdrückend sind. Warum sind die Sicherheitsbehörden in Bayern erneut auf dem rechten Auge blind?

Martina Renner: Die bayerischen Behörden sind meines Erachtens keineswegs blind auf dem rechten Auge. Das bayerische Innenministerium und die Staatsregierung treffen vielmehr sehr gezielt die Entscheidung, die tödliche Dimension rechter Gewalt sowie darüber hinaus die reale Dimension rechter und rassistischer Alltagsgewalt so lange wie möglich zu verschweigen. Im Jahr 2016 sind in Bayern zehn Menschen durch zwei politisch rechts und rassistisch motivierte Täter getötet worden: Der Polizeibeamte Daniel Ernst, der von einem bekannten Anhänger der Reichsbürger-Bewegung am 19. Oktober 2016 in Georgensgmünd erschossen wurde. Und neun Todesopfer des Terroranschlags vom 22. Juli 2016 am Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) in München – zumeist Jugendliche, deren familiäre Wurzeln in Deutschland, im Kosovo, in der Türkei, Griechenland und Ungarn die Normalität jeder Großstadt abbilden. Die bayerische Regierung hat sich von Anfang an geweigert, diese zehn Menschen als Todesopfer rechter Gewalt anzuerkennen. Bei dem SEK-Beamten Ernst änderte sich das erst, nachdem durch eine schriftliche Frage von mir bekannt wurde, dass die Bundesregierung ihn nicht als Todesopfer rechter Gewalt aufführte. Da die Landeskriminalämter für die Meldung von rechtsmotivierten Gewalttaten und Tötungsdelikten an das BKA zuständig sind, war damit klar, dass das Problem bei den Behörden in Bayern lag. Erst nachdem dortige Medien über die verweigerte Anerkennung berichteten, erfolgte eine Korrektur durch den CSU-Innenminister. Im Fall der OEZ-Opfer ist der Widerstand von Seiten der Behörden noch viel größer und kommt meines Erachtens sowohl aus dem LKA Bayern als auch aus dem Landesamt für Verfassungsschutz.

Ist das Nicht-Sehen-Wollen systembedingt oder individuelles Versagen?

Die tödliche Dimension rechter und rassistischer Gewalt unter den Teppich zu kehren, ist in Bayern politisches Programm. Und gerade deshalb ist die Frage der Anerkennung als PMK-Rechts-Tötungsdelikt im Fall des OEZ-Anschlags ein ganz zentraler Punkt: Erst wenn auch die Staatsregierung eingesteht, dass rechte und rassistische Gewalt im vergangenen Jahr zehn Menschenleben gefordert hat, gibt es ein öffentliches Eingeständnis, wie groß das Problem sowohl organisierter Neonazigewalt als auch der rassistischen GelegenheitstäterInnen tatsächlich ist. Darauf weisen die zivilgesellschaftlichen Initiativen und die unabhängigen Opferberatungen in München und Bayern zu Recht immer wieder hin, auch in Bezug auf die unzähligen Angriffe auf MigrantInnen und Flüchtlingsunterkünfte im Freistaat. Und natürlich geht es hier um eine Auseinandersetzung über die politische und gesellschaftliche Definitionshoheit: Traditionell steht der politische Feind insbesondere in Bayern links – das haben wir beim Versuch von Rechts, den diesjährigen Antifa-Kongress in München zu verhindern, wieder einmal eindrücklich gesehen. Im Fall des OEZ-Attentats entgleitet den Behörden des Freistaats nach großem Druck langsam die Definitionshoheit, weil die überlebenden Opfer, die Angehörigen der Getöteten, ihre AnwältInnen und unabhängige WissenschaftlerInnen wie auch JournalistInnen nicht nachgeben und ihrer kritischen Perspektive Gehör verschafft haben.

Zuletzt gab es aus dem Kreis der NebenklägerInnen die Spekulationen, dass im Prozess gegen den Waffenhändler Philipp K. eine V-Person beteiligt sein soll. Wie ist das einzuschätzen?

Erfahrungsgemäß sind überall da, wo Waffen verkauft werden, auch V-Personen, Informanten und Gewährspersonen von Landeskriminalämtern, BKA, Zoll und Geheimdiensten mehr oder weniger unmittelbar involviert. Glücklicherweise ist es der Nebenklage gelungen, im Prozess gegen Phillip K. – der dem Attentäter vom OEZ die Waffe verkauft hatte – weitere Beweisaufnahmen zu erzwingen. Es ist zu hoffen, dass hierdurch die Frage nach Spitzeln im Umfeld von Phillip K. aufgeklärt werden kann. Eigentlich braucht es aber einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss »Rechtsterror und Geheimdienste« im Bundestag, der genau die Geheimdienstfrage in Bezug auf das OEZ-Attentat untersuchen müsste.

Was sollten die Konsequenzen aus dem Anschlag und der nun laufenden Debatte über einen möglichen rechten Hintergrund sein? Für Politik, Behörden, Gesellschaft und AntifaschistInnen?

Wir dürfen die zentrale Lektion aus dem NSU-Komplex nie mehr vergessen: Die politische Botschaft rechter und rassistischer Gewalt generiert sich – auch wenn dies schockierend klingt – über die »Auswahl« der Opfer und nicht allein aus Bekennerbriefen. Beim OEZ-Attentat wissen wir mittlerweile sehr viel über die ideologischen Hintergründe des Täters: seine Verehrung für Anders Breivik und der unmittelbare Bezug auf ihn, auf dessen Massaker von Utøya und dessen Manifest sowie seine rassistischen Überlegenheitsphantasien und der rassistische Hass. Daher müssen wir alle gemeinsam darauf drängen, dass das BKA und die Innenministerkonferenz endlich die Kriterien öffentlich und transparent machen, nach denen sie Gewalttaten als politisch rechtsmotiviert werten. Wir haben immer eine Reform dieser Kriterien gefordert und beide NSU-Untersuchungsausschüsse im Bundestag haben die Notwendigkeit von Transparenz betont, aber das BKA und die Innenministerkonferenz weigern sich schlichtweg. Nicht zuletzt müssen wir damit rechnen und darauf vorbereitet sein, dass sich durch die zunehmende Normalisierung von Hetze gegen MigrantInnen, Flüchtlinge und Linke noch mehr Neonazis und RassistInnen ermutigt fühlen, ihrem Wahn Taten folgen zu lassen.

Vielen Dank für das Interview!

»Europäische Aktion« aufgelöst

Verden. Am 25. September hat die geschichtsrevisionistische Organisation »Europäische Aktion« (EA) offiziell ihre Auflösung bekannt gegeben. Bereits am 10. Juni hatte der »Gebietsleiter« in Thüringen Axel Schlimper zusammen mit Thorsten Heise (NPD) dies bekannt gegeben, wie der »Landesleiter« Deutschland Rigolf Hennig nun bestätigte. Die EA (s. drr Nr. 144) hatte sich 2010 gegründet, nachdem die Vereine »Collegium Humanum«, »Bauernhilfe« und »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« (VRBHV) durch den damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verboten worden waren. Die dort organisierten Holocaust-LeugnerInnen fanden sich so wieder zusammen. Als SprecherInnen fungierten Bernhard Schaub, Rigolf Hennig und Ursula Haverbeck-Wetzel, Schatzmeister war Arnold Höfs. Im Mittelpunkt standen die sogenannten »Sieben Ziele«: »Wiederherstellung der freien Rede«, »Abzug aller fremden Truppen«, »Repatriierung außereuropäischer Einwanderer«, »Staatliche Selbstbestimmung für die Deutschen der BRD und der BRÖ«, »Schaffung einer europäischen Eidgenossenschaft«, »Überführung des Geld- und Medienwesens ins Volkseigentum« und »Wiederaufbau der Tradition – Kampf der Dekadenz und Naturzerstörung«. Besonderes Anliegen der Beteiligten war die Abschaffung des §130 StGB, der Volksverhetzung und die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen unter Strafe stellt. Als Grund für die Auflösung wurde angegeben, die »Verbreitung der sieben Ziele« sei so weit vorangeschritten, dass es der Organisation nicht mehr bedürfe. Möglich ist auch, dass mit der Selbstauflösung einem drohenden Verbotsverfahren zuvorgekommen werden sollte. Ende Juni hatten Razzien in 14 Objekten von Mitgliedern der EA stattgefunden, gegen 13 Personen soll wegen der Organisation von Wehrsport-Übungen ermittelt werden.

600 Neonazis bei Kampfsport-Event

Kirchhunden. Am 14. Oktober hat in der Kleinstadt Kirchhunden im Kreis Olpe das extrem rechte Kampfsport-Event »Kampf der Nibelungen« stattgefunden. Etwa 600 Neonazis aus Deutschland und dem benachbarten Ausland nahmen an der Box- und Mixed Martial Arts-Veranstaltung teil. Der Vermieter der Halle, ein örtlicher Schützenverein, war nach eigenen Angaben über den Hintergrund der Anmietung getäuscht worden. Der Vorstand hatte einen Vertrag mit einer Privatperson aus Dortmund geschlossen, die angab, lediglich eine »vereinsinterne Meisterschaft von jungen Boxern« zu planen, zu der Freunde und Familienangehörige kämen. Die Polizei in Olpe hatte erst wenige Stunden zuvor von der Box-Veranstaltung erfahren und war mit etwa 500 Beamten aus Nordrhein-Westfalen und Hessen vor Ort. Sie überprüften Fahrzeuge und Personen, vermeldeten aber »keine Zwischenfälle«. Der »Kampf der Nibelungen« findet einmal im Jahr an wechselnden Orten statt und gilt als das größte Kampfsport-Event der rechten Szene in Deutschland. Sponsoren sind extrem rechte Modemarken wie »Sport Frei« oder »Greifvogel Wear«. Die TeilnehmerInnen rekrutieren sich aus den Reihen extrem rechter Organisationen wie »Blood & Honour«, »Hammerskins«, aber auch aus Parteien wie »Die Rechte« und die »Jungen Nationaldemokraten«. Der »Kampf der Nibelungen« fand zum fünften Mal statt.

Mal wieder aufs Dach gestiegen

Cottbus. Am 20. Oktober sind Mitglieder der »Identitären Bewegung« (IB) auf das Haus der Stadthalle in Cottbus gestiegen und haben ein Transparent mit der Aufschrift »Grenzen schützen – Leben retten« angebracht. Sie waren mit Hilfe einer Hebebühne auf das Dach gelangt. Die Polizei ermittelt nun gegen sechs Personen zwischen 21 und 28 Jahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Die Besitzer des Gebäudes stellten zudem Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Weil kein Grund zur Festnahme bestand, konnten die »Identitären« nach der Personalienkontrolle ihrer Wege ziehen. In der Wohnung des »Regionalleiters« Berlin-Brandenburg, Robert Timm, hatte noch im August eine Razzia stattgefunden, während er mit dem von der IB angemieteten Schiff »C-Star« auf dem Mittelmeer unterwegs war. Dabei ging es ebenfalls um einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz – die Ortsgruppe hatte bei einer Aktion Pfefferspray an Frauen verteilt.

»Rock gegen Links« in Themar

Themar. Am 28. Oktober hat in der südthüringischen Kleinstadt Themar im Kreis Hildburghausen das dritte RechtsRock-Open-Air-Konzert binnen weniger Monate stattgefunden. Veranstalter ist der NPD-Funktionär, Betreiber eines rechten Musiklabels sowie Geschäftsführer der extrem rechten Modemarke »Ansgar Aryan«, Patrick Schröder. Knapp über 1.000 Neonazis waren zu der Veranstaltung unter dem Motto »Rock gegen Links« angereist, um extrem rechte Bands wie »Kategorie C«, »Fortress« oder »Oidoxie« zu hören. Angemeldet war das Neonazi-Festival als politische Veranstaltung, um polizeiliche Auflagen zu umgehen. Als Moderator fungierte Axel Schlimper von der inzwischen aufgelösten »Europäischen Aktion«, als Redner trat unter anderen der frühere NPD-Landesvorsitzende Berlin, Sebastian Schmidtke auf. Schmidtke kritisierte Verurteilungen der Holocaust-LeugnerInnen Horst Mahler und Ursula Haverbeck-Wetzel. Die Polizei vermeldete im Verlauf des Tages 17 Straftaten, darunter in fünf Fällen die Verwendung von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen, in zwei Fällen Widerstandshandlungen und eine Körperverletzung. Etwa 150 Menschen protestierten unter dem Motto »Superhelden gegen Nazis« gegen die Zusammenkunft, weitere 90 nahmen an einem Friedensgebet teil. Aus den Kreisen der Organisatoren wird anscheinend überlegt, im kommenden Jahr ein mehrtägiges Festival zu veranstalten.

Prozess gegen Neonazi-Radiomacher

Halle. Vor dem Amtsgericht Halle wird voraussichtlich Mitte November der Prozess gegen die Betreiber des extrem rechten Internet-Radiosenders »Volk und Heimat« eröffnet. Der ehemalige Administrator der Internetseite, ein 31-jähriger Neonazi aus Braunsbedra ist in 17 Fällen wegen Volksverhetzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Das Radioprogramm bestand aus extrem rechten Wort- und Musikbeiträgen, in denen zu Hass und Gewalttaten gegen MigrantInnen, JüdInnen und People of Colour aufgerufen sowie den Nationalsozialismus verherrlicht wurde. Das Radio war über Ländergrenzen hinweg organisiert und soll bis zu 65.000 HörerInnen erreicht haben. Verantwortlich sollen neun weitere Personen sein, gegen die die Ermittlungen inzwischen eingestellt wurden. Bereits 2012 wurden in diesem Zusammenhang Wohnungen und Häuser von Verdächtigen in Braunsbedra, Lüdenscheid, Chemnitz sowie in weiteren Orten in Deutschland und der Schweiz durchsucht. Warum es erst jetzt zum Prozess kommt, ist unklar.

Dauerbrenner Rudolf Heß

»Freiheit für Rudolf Heß«: Seit dem Ende der 1960er Jahre fand diese Forderung in der Bundesrepublik breiten politischen Zuspruch. Die extreme Rechte schloss sich gern an.

von Barbara Manthe

Ankläger und Richter ... Verfahren über-
haupt ein Prozeß im Rechtssinn?
Mit dem Prozeß vor dem Internationalen Militärtribunal befaßt sich der erste Teil der vorliegenden Dokumentation. Sie stützt sich in erster Linie auf die gemäß den Weisungen des Internationalen Militärtribunals vom Sekretariat dieses Tribunals unter der Autorität des Obersten Kontrollrates für Deutschland veröffentlichten Protokolle und Urkunden.
Im zweiten Teil dieser Dokumentation werden die Schritte behandelt, die nach der Überstellung von Rudolf Heß in das Militärgefängnis in Berlin-Spandau am 18. Juli 1947 mit dem Ziel seiner Freilassung unternommen wurden.
Nach allem, was die Familie und ich als sein Verteidiger bis jetzt in Erfahrung bringen konnten, wurde Rudolf Heß in den Nachmittagsstunden des 17. August 1987 im Alliierten Militärgefängnis in Berlin-Spandau ermordet.

München, im Juni 1988 Dr. Alfred Seidl

»Häftling Nummer sieben«, der »Letzte von Spandau«, der »einsamste und teuerste Gefangene der Welt«: Rudolf Heß, Stellvertreter Hitlers, wurde bereits zu Lebzeiten zum Opfer und zum Märtyrer gemacht. Er war 46 Jahre lang Häftling der Alliierten, 40 davon verbrachte er in ihrem Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau. In den 1960er und 1970er Jahren bemühte sich ein breites politisches Spektrum um seine Freilassung – woran die extreme Rechte zumeist unwidersprochen anknüpfen konnte.

Heß in britischer Gefangenschaft

Am Abend des 11. Mai 1941 wurde Winston Churchill, Staatsmann und britischer Premierminister, die Nachricht überbracht, der hochrangige Nazifunktionär Rudolf Heß befände sich seit dem Vortag auf britischem Boden. Der reagierte gänzlich unbeeindruckt: »Also, Heß oder nicht Heß, ich sehe mir jetzt die Marx Brothers an«, so berichteten Beobachter. Churchill gab der Filmkomödie den Vorzug und befasste sich erst am Folgetag mit dem merkwürdigen Vorfall. Mitten im Zweiten Weltkrieg, am 10. Mai 1941, war Heß – offizieller Titel: »Stellvertreter des Führers« – vermutlich ohne das Wissen Hitlers nach Schottland geflogen, um mit der britischen Regierung über eine Allianz zu verhandeln. Mit diesem Bündnis, das gegen die Sowjetunion gerichtet war, wollte Heß zugleich erreichen, dass Großbritannien die Überlegenheit des Deutschen Reichs anerkannte.
Anstatt auf dieses Ansinnen einzugehen, ließ Churchill Heß in Haft nehmen, aus der er bis zu seinem Selbstmord im Jahr 1987 nicht mehr entlassen werden sollte. 1946 verurteilte das Internationale Militärtribunal (IMT) in Nürnberg den ehemaligen Hitler-Stellvertreter wegen Verbrechens gegen den Frieden zu lebenslanger Haft. Sein Verteidiger war ein junger Jurist namens Alfred Seidl, späterer Innenminister in Bayern und nach Recherchen des Historikers Hubert Seliger der »radikalste« der Anwälte im Nürnberger Prozess.
Heß wurde, gemeinsam mit anderen in Nürnberg verurteilten nationalsozialistischen Funktionären, im Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau inhaftiert; nachdem am 1. Oktober 1966 seine beiden letzten Mithäftlinge Albert Speer und Baldur von Schirach entlassen worden waren, verblieb Heß dort als der »Letzte von Spandau«, wie ihn »Die Zeit« einmal betitelte.

Eine Massenbewegung für Heß

In dieser Zeit begann in der Bundesrepublik Deutschland ein Streben nach der Freilassung von Rudolf Heß, dem sich Menschen aus allen politischen Lagern anschlossen. Im Frühjahr 1967 gründete sich die »Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß e. V.«, der schon im Jahr der Gründung rund 1450 Mitglieder angehörten. Die Organisation initiierte eine Unterschriftenkampagne, die prominente ZeitgenossInnen wie der Pastor und Widerstandskämpfer Martin Niemöller, der Schriftsteller Golo Mann und der britische Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen, Sir Hartley Shawcross unterstützten, ebenso wie PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen. 1974 verkündete die Hilfsgemeinschaft, 200.000 Unterschriften gesammelt zu haben; das positive Medienecho und die Breite der UnterstützerInnenkreise belegen, dass in den 1960er und 1970er Jahren die Freilassung des Spandauer Häftlings viele bewegte.
Angesichts der zu jener Zeit bereits vorhandenen und durchaus diskutierten Erkenntnis, dass zahllose nationalsozialistische TäterInnen in der Bundesrepublik nach lächerlich kurzen Haftstrafen entlassen wurden – wenn sie denn überhaupt vor Gericht kamen – mag diese massenhafte Parteinahme für Heß aus heutiger Sicht verwundern. Er hatte schließlich als NS-Funktionär und Vertrauter Hitlers an hoher Position gestanden und in Nürnberg betont: »Ich bereue nichts«. Viele Opfer des NS-Regimes wiederum warteten immer noch – nicht selten vergeblich – auf Anerkennung und Entschädigung. Manche von ihnen, wie etwa Homosexuelle oder sogenannte »Asoziale«, waren noch in der Bundesrepublik verfolgt worden, andere, etwa Wehrmachtsdeserteure, als Verräter gebrandmarkt. Wer sich in der Bundesrepublik für ihre Interessen einsetzte, blieb wie der Jurist Fritz Bauer ein Einzelkämpfer. Die Anerkennung der Opfer war ein mühseliger und von harten Kämpfen geprägter gesellschaftlicher Prozess; eine Massenbewegung wie für Heß formierte sich für sie nicht.

Vergangenheitspolitische Interessenspolitik

Der Fall Heß ist beispielhaft dafür, wie in der Bundesrepublik vergangenheitspolitische Interessenspolitik betrieben wurde. Bei der Forderung nach seiner Freilassung ging es um mehr als um humanitäre Gründe, auch wenn die Vorstellung eines in Einzelhaft sitzenden, alternden Häftlings sicherlich manche Gemüter gerührt haben mochte. Heß konnte als Argument gegen die Legitimität des IMT in Nürnberg ins Spiel gebracht werden, dessen Urteilssprüche als »Siegerjustiz« verhandelt wurden. Ferner wurde in Frage gestellt, ob das NS-Regime vor 1941 – als Heß nach Großbritannien flog – verbrecherisch gewesen und Heß daher schuldig sei. Schließlich befand er sich zu dem Zeitpunkt, als die Deutschen die jüdische Bevölkerung Europas nicht mehr nur mit Massakern und Massenerschießungen, sondern in den Vernichtungslagern systematisch ermordeten, bereits in britischer Gefangenschaft. Letztlich spielte auch der Kalte Krieg eine Rolle, war doch die Sowjetunion die alliierte Macht, die sich einer Freilassung von Heß widersetzte; Bundesregierung und Opposition konnten ebenso wie die bundesdeutsche und die internationale Öffentlichkeit den Fall nutzen, um gegen die UdSSR zu argumentieren.

Integrationsfigur der extremen Rechten

Für die extreme Rechte war der Spandauer Häftling eine Integrationsfigur; die Forderung nach seiner Freilassung war ein fester Bestandteil der revisionistischen Agenda von Alt- und Neonazis in der Bundesrepu-

blik. Der Inhaftierte galt als Beleg für die Friedensabsichten des Dritten Reichs; er wurde als »Friedensflieger« verklärt.

Besonders Gerhard Frey, Herausgeber der »National-Zeitung« und 1971 Begründer der »Deutschen Volksunion« (DVU), nahm sich des Themas an. Er war Unterzeichner der Petition der »Hilfsgemeinschaft« und konnte sich ausgezeichneter Kontakte ins rechts-konservative UnterstützerInnenlager erfreuen: Mit Heß-Verteidiger und CSU-Politiker Alfred Seidl, 1977/78 bayerischer Innenminister, pflegte Frey eine jahrzehntelange Zusammenarbeit.

Flugblätter, Demonstrationen, Schmierereien, Aufkleber: Politische Aktionen für die Freilassung des Gefangenen waren in der bundesdeutschen extrem rechten Szene äußerst populär; Rudolf Heß war über Jahrzehnte hinweg ein Dauerbrenner. So agitierte beispielsweise der Rechtsterrorist Manfred Roeder mehrfach für dessen Freilassung, etwa als er am 26. April 1974 anlässlich des 80. Geburtstags von Heß mit seiner »Deutschen Bürgerinitiative« einen Aufmarsch nach Berlin-Spandau organisierte. Zeitgleich zu Roeders Demonstration überklebten Neonazis in Südhessen Straßenschilder, um sie in »Rudolf-Heß-Straße« umzubenennen.



Rechtsterroristische Planungen

Auch die rechtsterroristische Szene der BRD nahm sich des Falls an: Verschiedene Gruppen planten die gewaltsame Befreiung des Häftlings aus Spandau. So wollte eine rechtsterroristische Gruppe um den Neonazi Michael Kühnen, die 1979 vor dem Oberlandesgericht Celle angeklagt war, den Gefangenen befreien. Allerdings gingen die Pläne nicht über vage Vorstellungen hinaus, wie das Gericht befand. Etwas konkreter wurde eine Gruppe um den umtriebigen Rechtsterroristen Odfried Hepp, die sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1979 im Schwarzwald zusammengefunden hatte: Sie plante eine Geiselnahme, um Heß freizupressen; einige Mitglieder waren zu diesem Zweck bereits nach Berlin gefahren, um das alliierte Gefängnis zu besichtigen. Im Schloss Ermreuth, dem Wohnsitz von Karl-Heinz Hoffmann (»Wehrsportgruppe Hoffmann«), fand die Polizei im Jahr 1981 Aufzeichnungen über das Militärgefängnis Berlin-Spandau sowie Fotografien, die das Wachpersonal bei der Ablösung zeigten. Anfang der 1980er Jahre schließlich plante Hepp erneut, diesmal mit den Rechtsterroristen Peter Naumann und Walther Kexel, eine Befreiung von Heß mit einem Bombenanschlag.

Die diversen Pläne rechtsterroristischer Gruppen, Rudolf Heß gewaltsam zu befreien, erreichten freilich nie das Stadium der Umsetzung. Es scheint, dass es innerhalb der rechtsterroristischen Szene vielmehr zum guten politischen Ton gehörte, die Befreiung des Häftlings zu diskutieren und zu planen. Ein Indiz für diese Annahme ist die Aktion einer Gruppe um den 59-jährigen Heinrich E. in Schleswig-Holstein, die, als sie 1978 durch einen Einbruchdiebstahl unverhofft an Manöverunterlagen der britischen Armee gekommen war, als Gegenleistung für die Rückgabe der Dokumente die Freiheit für Rudolf Heß forderte. Die Täter hätten, so das Bundesjustizministerium, »mit den gestohlenen Unterlagen zunächst nichts anzufangen gewußt und seien schließlich auf die Idee gekommen, die Freilassung von Rudolf Hess zu erpressen«.

Konsequenzen der Heß-Solidarität

Mit dem Suizid von Heß am 17. August 1987 rissen die politischen Aktionen nicht ab; nun wurde, unter anderem von Alfred Seidl und Heß´ Sohn Wolf Rüdiger das Gerücht verbreitet, der britische Geheimdienst habe den Strafgefangenen ermordet. Die neonazistische Szene konnte mit ihrem Narrativ des »Märtyrers« nahtlos weiterarbeiten und organisierte über Jahre hinweg die Rudolf-Heß-Gedenkmärsche, mit denen sie große Mobilisierungserfolge feierte (s. drr Nr. 168). Nach dem Tod von Heß löste sich die Hilfsgemeinschaft auf; als Nachfolgerin gründete sich die »Rudolf Heß Gesellschaft e. V.«, die nun deutliche Affinitäten zum extrem rechten Lager zeigte; unter anderem nahm sie an den neonazistischen Demonstrationen teil.

Der Fall Heß zeigt, wie sich seit den 1960er Jahren gesamtgesellschaftliche Diskurse mit extrem rechten Forderungen verbinden konnten. An die Vergangenheitspolitik insbesondere des rechts-konservativen Lagers konnte die extreme Rechte nahtlos anknüpfen, wobei, wie der Fall Seidl/Frey verdeutlicht, auch persönliche Kontakte bestanden. Die rechtsterroristische Szene wiederum orientierte sich an den Themen, die in der extremen Rechten populär waren; Rudolf Heß griff sie dabei gerne auf, bot das alliierte Militärgefängnis doch ein konkretes Anschlagsziel. Schließlich wird offensichtlich, dass die erfolgreichen neonazistischen Mobilisierungen zum Heß-Todestag nicht dem luftleeren Raum entsprangen, sondern eine Folge der Kampagnen der vorangegangenen Jahrzehnte waren.

Weiter rechts in Österreich

von Heribert Schiedel

Die Wahlen zum österreichischen Nationalrat am 15. Oktober 2017 brachten den befürchteten weiteren Rechtsruck: Die vormals stimmenstärkste »Sozialdemokratische Partei Österreichs« (SPÖ) schaffte mit 26,9 Prozent diesmal nur den zweiten Platz hinter der auf neu getrimmten und dabei noch weiter nach rechts gerückten »Österreichischen Volkspartei« (ÖVP) unter Sebastian Kurz mit 31,5 Prozent. Dritte wurde die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ), die ihren Stimmenanteil um 5,5 Prozent auf 26 Prozent steigern konnte. Gleichzeitig schieden die »Grünen« aus dem Nationalrat aus: Sie verloren 8,6 Prozent und scheiterten knapp an der Vierprozent-Hürde. Der »nationalen Einheitsfront« gegen Geflüchtete und einer vorgeblichen »Islamisierung« konnten sie keine Inhalte erfolgreich entgegensetzen.

Rechter Jubel aus Deutschland

Wenig überraschend versetzte das Wahlergebnis die neonazistische »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) in Feierstimmung: Ihr Vize-Vorsitzender Ronny Zasowk wertete auf Facebook den »Rechtsruck in Österreich« durch den »sich zunehmend zuwanderungskritisch äußernden Sebastian Kurz« und die »freiheitliche (...) und patriotische (...) FPÖ« als »gut für Deutschland und Europa!«. Jene in Österreich, »die Europa gegen den großen Bevölkerungsaustausch verteidigen wollen«, hätten »einen Regierungsauftrag« erteilt bekommen. PEGIDA-Frontmann Lutz Bachmann postete bereits am Wahltag ein Foto, das ihn mit FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache zeigt. Begleittext: »Lieber HC, wir wünschen Dir und der FPÖ heute viel Erfolg bei der Wahl in Österreich! Ein Kanzler Strache mit Außenminister Hofer wäre ein großer Schritt auf dem Weg zu einem besseren Europa!« Die Freude von extremen Rechten galt aber nicht nur dem Erfolg der FPÖ, sondern auch dem der ÖVP. AfD-Fraktionschef Alexander Gauland bemerkte zufrieden, Kurz habe schon als Außenminister Österreich zu einem »Bollwerk gegen eine Masseninvasion fremder Menschen« gemacht.

Mediale Orchestrierung

Wesentlich für den Erfolg der Rechten ist ein gleich tönender Boulevard, der im Fall der ÖVP deren Umgestaltung zu einer autoritären »Führerpartei« durch unkritische Verherrlichung ihres neuen Obmannes Sebastian Kurz medial flankierte. Der regelrechte Personenkult um den Außenminister der SPÖ-ÖVP-Koalition nahm dabei schon fast religiöse Züge an. Dementsprechend zuvorkommend und unkritisch war die Berichterstattung, die sich mehrheitlich in bloßer Reproduktion der ÖVP-Inszenierung erging. Angesichts derer Erfolge sprach Verteidigungsminister Hans-Peter Doskozil (SPÖ) bereits von einem »Messiaseffekt«. Der Kult war aber auch inhaltlich begründet: Kurz hatte sich mit seiner Parteinahme für den ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán und dessen Abschottungspolitik zum Liebkind der Boulevardmedien gemacht und so früh für die Wahlen in Stellung gebracht. Die Hetzblätter »Österreich« und »Neue Kronen Zeitung« waren es auch, die dafür sorgten, dass die bereits zwei Jahre zurückliegende »Flüchtlingskrise« trotz ihres Endes bis zu den Wahlen am Köcheln gehalten wurde. Und weil Österreich von islamistischem Terror bislang verschont worden war, wurde kurzerhand ein Bedrohungsszenario kreiert: Nachdem ein geistig verwirrter Tunesier Ende Juni dieses Jahres ein befreundetes PensionistInnenpaar ermordet hatte, behauptete der ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka umgehend einen »IS-Hintergrund«, ohne Beweise dafür vorzulegen. Anstatt das Bild vom »radikalisierten Moslem« kritisch zu hinterfragen, stimmten auch sogenannte Qualitätsmedien in den schrillen Chor ein.

Antisemitische Kampagnen

Von medial geschürten Ressentiments profitierten auch die »Freiheitlichen«, die angesichts der antimuslimischen Hegemonie auf einen eigenen Wahlkampf weitgehend verzichten konnten. Sie begnügten sich damit, süffisant darauf hinzuweisen, die politischen Konkurrenten, allen voran die ÖVP, würden lediglich freiheitliche Forderungen kopieren. Als FPÖ-Chef Strache noch am Wahlabend behauptete, dass »60 Prozent für das FPÖ-Programm« gestimmt hätten, schien das nicht übertrieben. Dabei begann der Wahlkampf für die FPÖ gar nicht nach Wunsch: Im Juli machte das »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands« (DÖW) öffentlich, dass sich der freiheitliche Abgeordnete Johannes Hübner 2016 bei einer Tagung der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) in antisemitischen Anspielungen ergangen hatte. Während sich die Parteispitze umgehend hinter Hübner stellte, drohte die ÖVP mit dem Entzug der Koalitionsbereitschaft. Obwohl sich die FPÖ entsprechend ihrem völkischen und antisemitischen Charakter weigerte, Konsequenzen aus dem Skandal zu ziehen, reichte schließlich der Rücktritt Hübners, um sie wieder als Partnerin der Konservativen ins Spiel zu bringen. Tatsächlich war Antisemitismus in Österreich noch nie ein Ausschlussgrund. Ganz im Gegenteil: Mit antisemitischen Anspielungen hievte die ÖVP schon 1986 ihren Kandidaten Kurt Waldheim ins Bundespräsidentenamt. Auch bei den diesjährigen Wahlen sahen die vereinte Rechte und die Boulevardpresse eine »Schmutzkübel-Kampagne« unter ausländischer Beteiligung am Werk. Hinter dieser wurde ein Jude als Verantwortlicher identifiziert: Der israelische Werbefachmann Tal Silberstein, der – just zum Beginn des Intensivwahlkampfes – in Israel wegen Betrugsverdachts festgenommen wurde, soll davor für die SPÖ eine Negativkampagne gegen Kurz entworfen haben. Die »Silberstein-Affäre« dominierte von nun an thematisch die Wahlauseinandersetzung. Während auf »unzensuriert.at« und anderen FPÖ-(Vorfeld-)Medien offene antisemitische Hetze betrieben oder geduldet wurde, beschränkte sich die ÖVP auf einschlägige Anspie-



^ *Heinz-Christian Strache*

lungen. So rief Kurz Anfang Oktober seinem Anhang zu, das Maß sei nun »endgültig voll« und man werde sich »zur Wehr setzen«. Die Nationalratswahl wurde von ihm bei dieser Gelegenheit zur »Volksabstimmung« darüber erklärt, ob »wir die Silbersteins und andere wollen, die versuchen, den politischen Gegner anzupatzen und fertigzumachen«. Dass auch der Populist Peter Pilz, der sich von den »Grünen« abgespalten hatte und mit 4,4 Prozent den Einzug in den Nationalrat auf Anhieb schaffte, Österreich »Silberstein-frei« machen wollte, zeigt deutlich, in welchem Ausmaß das Schüren antisemitischer Ressentiments hierzulande Bestandteil der Wahlkämpfe ist.

Wer wählte warum die FPÖ?

Das Meinungsforschungsinstitut SORA hat die Wahlen bereits analysiert: Der gender gap im freiheitlichen Elektorat hat sich zwar etwas verkleinert, aber immer noch wurde die FPÖ von mehr Männern (29 %) als Frauen gewählt (26 %). Bei den unter 29-Jährigen ist die FPÖ mit 30 Prozent stärkste Partei, wohingegen sie bei über 60-Jährigen nur auf 19 Prozent kam. Am deutlichsten fiel der freiheitliche Sieg unter »ArbeiterInnen« aus: Mit 59 Prozent nähert sich die FPÖ hier der Zweidrittelmehrheit. Auch unter denjenigen, die nur einen Pflichtschulabschluss (33 %) oder eine Lehrausbildung (37 %) aufweisen, wurde die FPÖ stärkste Partei. Die stärkste Motivation für ein FPÖ-Votum ist scheinbar Pessimismus: 86 Prozent der FPÖ-WählerInnen meinen gegen jede Evidenz, Österreich habe sich in den letzten vier Jahren »negativ entwickelt«. Und 81 Prozent glauben, die folgenden Generationen werden »eher schlechter leben«. 75 Prozent des freiheitlichen Elektorats hält Österreich für »ein eher ungerechtes Land«, was auf das – auch geschürte – Gefühl, immer und überall zu kurz zu kommen, zurückzuführen ist. 2013 wurde noch das Thema »Bildung und Schule« am häufigsten im Wahlkampf diskutiert (34 %), diesmal nannten 58 Prozent der befragten WählerInnen »Asyl und Integration«. Mit dem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck einher ging eine weitere Radikalisierung der FPÖ-WählerInnen: Hielten 2013 noch 72 Prozent die Demokratie für die beste Regierungsform, stimmen dem heute nur noch 48 Prozent zu. Dieser Wert entspricht einer gesamtgesellschaftlich wachsenden Zustimmung zum Autoritarismus und lässt für die Zukunft nicht Gutes hoffen.

Ausblick: Normalisierung

Eine neuerliche ÖVP-FPÖ-Koalition scheint ausgemacht zu sein. Im Gegensatz zum Jahr 2000, als die Regierungsbeteiligung der FPÖ einen internationalen Proteststurm auslöste, sind kritische Reaktionen diesmal kaum zu erwarten. Und das, obwohl die heutige FPÖ weit rechts von der damaligen zu verorten ist. Nichtsdestotrotz werden die »Freiheitlichen« mittlerweile auch von der SPÖ als koalitionsfähig angesehen. Von der EU ist ebenfalls kein Widerstand zu erwarten – das zeigten schon ihre ausbleibenden Reaktionen auf den Umbau Ungarns zur völkisch-autoritären Nation. In ihrer momentanen politischen Defensive kann die weiter geschwächte Linke nur darauf hoffen, dass der ÖVP-FPÖ-Pakt an inneren Widersprüchen scheitert. So steht etwa die ÖVP bedingungslos hinter dem Freihandelsabkommen CETA, während die FPÖ es entschieden ablehnt. Allerdings zeigte sich im Wahlkampf, dass die beiden rechten Parteien ihre inhaltlichen Differenzen dem Ziel der Machterlangung unterordnen und, ähnlich wie im Jahre 2000, einen »Nationalen Schulterschluss« anstreben. Äußerungen von ÖVP-PolitikerInnen, wie dem Wiener Bezirksobmann Alfred Hoch lassen ahnen, dass dieser Schulterschluss nicht ohne antisemitische Ressentiments auskommen wird: Hoch hatte unmittelbar nach den Wahlen getwittert, dass nach dem Ausscheiden der Grünen aus dem Nationalrat der erst unlängst in Universitätsring umbenannte Dr.-Karl-Lueger-Ring nun wieder nach dem antisemitischen Bürgermeister heißen soll. Auch eine Verelendungstheorie, der zufolge ein widerständiges Potenzial unter den FPÖ-WählerInnen entsteht, die vom drohenden Sozialabbau betroffen sein werden, ist fehl am Platz. Vielmehr ist zu befürchten, dass die angekündigten Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat mit verstärkter nationalistischer Formierung einhergehen werden: Die völkische Gemeinschaft ist zum Verzicht bereit, solange der Schutz vor äußerer Bedrohung danach verlangt.

In einem offenen Brief an ÖVP und SPÖ hat Ende Oktober der Präsident der »Israelitischen Kultusgemeinde« (IKG), Oskar Deutsch, vor einer Regierungsbeteiligung der FPÖ gewarnt: Die »Freiheitlichen« machten »Andersdenkende und Andersaussehende zu Sündenböcken« und »fast täglich« mit rassistischen Ausfällen und »antisemitische Verschwörungstheorien« Politik. Sie seien gegen die EU, ihre »deutsch-nationale Burschenschafter-Basis« betrauere »die Befreiung Europas 1945 als Niederlage« und schließlich wolle die FPÖ das Schächten verbieten und solcherart auch Jüdinnen und Juden eine Existenz in Österreich erschweren. Deutsch erteilte auch den bis 2010 zurückreichenden Versuchen der FPÖ, über eine demonstrative Solidarisierung mit Israel weiter salonfähig zu werden, erneut eine klare Absage: »Die jüdische Gemeinde in Österreich wird deshalb keinen Hechscher (Koscher-Stempel, Anm.), keinen Persilschein ausstellen. Das sind wir der Vernunft und den Opfern des Faschismus schuldig – Juden, Sozialisten, Bürgerliche und viele andere. Wenn sich der nationalistische Wolf einen blauen Schafspelz überzieht, ändert er sein Wesen nicht, nur sein Aussehen.« Leider gefällt dieses Aussehen aber einer deutlichen Mehrheit der WählerInnen. Und dass über das Wesen der FPÖ nicht kritisch diskutiert wird, dafür sorgen auch zuletzt große Teile der Medien: Im Fall des Boulevards setzen sie die passenden Themen und im Falle der Qualitätsmedien weigern sie sich, die FPÖ als das zu bezeichnen was sie ist – extrem rechts.

»Emmerde le Front«

von Bernard Schmid

»La jeu-nesse em-mer-de le Fro-ont natio-nal, la jeu-nesse em-mer-de«: Dieser rhythmische Slogan, gesungen oder skandiert, untermalte zahlreiche Demonstrationen in den 1990er Jahren. »Die Jugend scheißt den Front National zu« (»La jeunesse emmerde le Front national«), so lautete ursprünglich ein Songtitel der Punkband Bérurier Noir im Jahr 1989. Er war damals in Teilen der Jugend ausgesprochen populär. Im darauffolgenden Jahrzehnt machte die französische KP-Jugend einen veritablen Kampagnenslogan daraus.

So frech und eindeutig, und vor allem mit einer viele Jahre andauernden Breitenwirkung, tritt die Kulturszene in Frankreich heutzutage nicht mehr gegenüber der extremen Rechten in Erscheinung. Zwar steht nach wie vor ein übergroßer Teil der Kulturschaffenden ihrer wichtigsten Partei, dem »Front National« (FN), ablehnend bis feindselig gegenüber. Das im Frühjahr 2017 erstmals ein Kulturprominenter – in Gestalt des Theaterschauspielers und -regisseurs Franck de Lapersonne – im Wahlkampf als Unterstützer der Präsidentschaftskandidatin des FN, Marine Le Pen, auftrat, ändert daran wenig. Nach dem Austritt des früheren Sonderberaters von Marine Le Pen, Florian Philippot, am 21. September 2017 aus dem FN und schloss de Lapersonne sich Philippots neuer Partei »Les Patriotes« an.

Massenprotest war gestern

Jedoch finden derzeit keine Riesenkonzerte mit hämmerndem Rhythmus mehr statt, die explizit oder implizit dem Kampf gegen den FN gewidmet sind. Auch auf der Straße hat die Massenmobilisierung gegen den »Front National« spürbar abgenommen. Gut sichtbar ist das im Vergleich der Proteste im Frühjahr 2017 gegen Marine Le Pen als Stichwahlkandidatin um die französische Präsidentschaft mit den Demonstrationen im April und Mai 2002, nachdem deren Vater Jean-Marie Le Pen erstmals in diese Stichwahl einziehen konnte. Am 1. Mai 2017 etwa demonstrierten vielleicht 40.000 Menschen in Paris für gewerkschaftliche Forderungen und gegen den FN – auf den Tag genau fünfzehn Jahre zuvor waren am Maifeiertag 2002 dagegen 700.000 Menschen in der Hauptstadt und zwei Millionen in ganz Frankreich auf der Straße gewesen. Insofern bietet der Straßenprotest auch nicht mehr in gleicher Weise eine Bühne für kulturelle Ausdrucksformen zum Thema, beispielsweise in Gestalt von Songtexten und Liedmelodien.

Mit einigem Echo – allerdings eher in politisch und sozial ohnehin engagierten Kreisen – halten sich dagegen antifaschistische Buchsalons. Diese hat es bereits in den 1990er Jahren gegeben, in jüngerer Zeit gab es erfolgreiche Veranstaltungen beispielsweise in Paris im April 2016 und in Montreuil bei Paris im April 2017.

Da trifft es sich gut, dass in den letzten Jahren die kulturellen Mittel der Auseinandersetzung mit dem »Front National« erheblich variationsreicher geworden sind. In Form von Graphic Novels und Filmen sowie Romanen hat die Auseinandersetzung mit der Bedrohung von Rechts breitere Kreise erreicht. Auch solche, die nicht ohnehin bei Demonstrationen oder engagierten Konzernen anzutreffen sind.

»La présidente«

Ein gelungenes Beispiel dafür sind die mittlerweile drei Comicbände des Autors François Durpaire und des Zeichners Farid Boudjellal. Boudjellal wurde bereits in den 1980er Jahre durch seine Serie »Juden und Araber« in Frankreich bekannt. Gemeinsam mit Durpaire hat er eine Graphic Novel unter dem Titel »La présidente« (»Die Präsidentin«; s. drr Nr. 165) veröffentlicht. Die drei aufeinander aufbauenden Bände erschienen 2015, 2016 und 2017. Ihr Gegenstand ist die Frage: Was wäre, wenn wirklich...? Also falls der »Front National« wirklich die Wahl, die damals noch bevorstand, gewinnen würde? »Die Präsidentin«, man ahnt es bereits, ist dabei Marine Le Pen in den Wochen, Monaten und Jahren nach einem fiktiven Wahlsieg im Mai 2017. Tatsächlich erscheint die Fiktion dabei, wie etwa die KP-nahe Intellektuellenzeitschrift »Regards« dazu meinte, als das am besten geeignete Mittel, um dieser Frage nachzugehen – also zu erörtern, was »danach« passieren könnte. Denn das Ereignis selbst war nicht eingetreten, und mangels Erfahrung mit einer realen Machtbeteiligung des »Front National« mussten die Antworten auf eine solche Fragestellung spekulativ ausfallen.

Im ersten Band beschreiben die beiden Verfasser die ersten Weichenstellungen nach einer Wahl Marine Le Pens zum Staatsoberhaupt. Frankreich tritt aus der Euro-Zone aus und führt den »neuen Franc« als Währung ein. Infolge einer Volksabstimmung mit plebiszitären Zügen – die neue Regierung wird mehrere davon durchführen – wird das Verfassungsgericht abgeschafft. Florian Philippot, er war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch in der Partei, wird zum Parlamentspräsidenten ernannt, doch durch eine mysteriöse Gruppe entführt. In der Folgezeit stellt sich heraus, dass die Kidnapper einer extrem rechten Gruppe angehören und eine erhebliche Radikalisierung der Regierungspolitik, die ihnen zu zögerlich erscheint, anstreben. Infolge von Geheimverhandlungen werden die »Identitären« in die Regierung und in den Beraterstab der Präsidentin aufgenommen.

Im zweiten Band kann die Verschärfung der Regierungspolitik beobachtet werden: Marine Le Pen droht, bei der nächsten anstehenden Wahl im Frühjahr 2022 zu scheitern. In den Umfragen führt der aus der Migrationsbevölkerung stammende, zugleich eher sozialliberal-»moderat« auftretende Gegenkandidat Mohammed Labbès, der die in Trümmern liegende sozialdemokratische Partei übernehmen konnte. Doch nach einem djihadistischen Attentat im katholischen Wallfahrtsort Lourdes mit mehreren Hundert Toten nutzt die FN-Regierung alle Vollmachten aus, die ihnen die Notstandsgesetzgebung bietet – dabei versäumen die Autoren auch nicht, mehrfach darauf hinzuweisen, dass es die sozialdemokratische Regierung war, die 2015 diese Gesetzgebung in Kraft gesetzt und damit Grundlagen für den autoritären Drive geschaffen hat. In der Erzählung läuft die Entwicklung dergestalt weiter, dass Labbès wegen angeblicher Terrorkontakte und Landesverrats inhaftiert wird. Marine Le Pen gewinnt die Wahl, tritt jedoch nach kurzer Zeit zugunsten ihrer Nichte Marion-Maréchal Le Pen ab, die einen härteren innenpolitischen Kurs fährt und zugleich eine stärker kapitalfreundliche Orientierung fordert. Im dritten Band gewinnen dann die zivilgesellschaftlichen Widerstandskräfte. Ein Bündnis aus dem heutigen Präsidenten Emmanuel Macron und der ehemaligen Justizministerin

Christiane Taubira – sie trat unter François Hollande aus Protest gegen die Ausrufung des Ausnahmezustands Anfang 2016 zurück – tritt gegen den FN an und gewinnt die darauf folgenden Wahlen.
Viele Elemente, die die Verfasser anführen, stützen sich auf bei Erscheinen ihrer Bände reale Elemente: das Verhältnis zwischen dem FN und den »Identitären« als ‹Pressure group›, innerparteiliche Konflikte – unter anderem zwischen Marine Le Pen und Marion Maréchal-Le Pen – auch wenn sich Letztere seit dem 9./10. Mai 2017 für unbestimmte Zeit aus der aktiven Politik zurückgezogen hat, oder auch die Existenz eines repressiven juristischen Arsenals in staatlichen Händen. An anderen Punkten hingegen hat die reale Entwicklung sich nicht an die Zukunftsvision der Verfasser gehalten: Frauke Petry, die frühere Bundesvorsitzende der »Alternative für Deutschland« gewinnt da die Wahl in Deutschland. Und andererseits, der FN verlor wiederum die Wahlen in Frankreich im Frühjahr 2017 deutlicher als erwartet. Umgekehrt ist es bemerkenswert, wie an einigen Punkten der wirkliche Verlauf die Zukunftserwartung von Boudjellal und Durpaire eingeholt, ja übertroffen hat. Und dies erscheint beklemmend. So verliert ein gewisser Donald Trump im – vor der US-Präsidentenwahl erschienenen – Band 2 die Wahl in den USA im November 2016, allerdings um die Wahl 2020 dann zu gewinnen. Bei Durpaire und Boudjellal schließt er daraufhin dann eine Allianz mit Frankreichs Präsidentin Marion Maréchal-Le Pen und Russlands Wladimir Putin. In Wirklichkeit gewann Trump bekanntlich schon früher, als es Boudjellal und Durpaire an dieser Stelle zu erwarten schienen. Schlussendlich lagen die beiden aber jedenfalls mit ihrer Einschätzung, dass Emmanuel Macron den FN an der Urne besiegen könne, richtig. Dies erfolgte in dem Fall wiederum früher, als durch die Verfasser dargestellt.

»Ils sont partout«

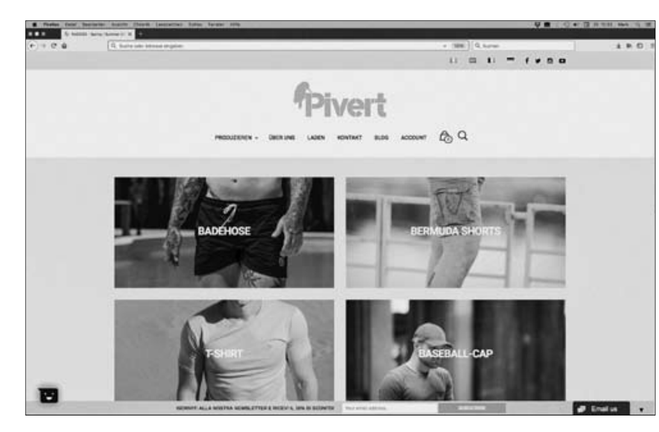
Auch in Filmen und Filmbeiträgen wurde der »Front National« in den letzten Jahren verarbeitet. Etwa in dem als Komödie aufbereiteten Film »Ils sont partout« (»Sie sind überall«), der im Sommer 2016 erschien und die Problematik des Antisemitismus mit den Mitteln des Humors bekämpfen, das Publikum über ihn zum Lachen bringen sollte. Unabhängig von der Frage, ob dieses Anliegen aufging – manche Medien wie die Kulturzeitschrift »Télérama« meinten: nein – weist er einige interessante Passagen auf.
In einer geht es um das Schicksal des fiktiven extrem rechten Politikers Boris Vankelen. Es ähnelt dem, das einem Abgeordneten der ungarischen antisemitischen »Jobbik«-Partei tatsächlich widerfuhr, dem eines Tages bekannt wurde, dass er jüdische Vorfahren hatte. Die Ehefrau des Filmprotagonisten, Eva, ist die Chefin einer fiktiven Partei: des »Mouvement national de France« (MNF). Nahezu alle Einzelheiten lassen diese als Wiedergängerin des real existierenden Front National erscheinen – welcher sich auch selbst als »mouvement national français« bezeichnet. Allerdings ist der fiktive MNF auf eine Weise plakativ antisemitisch, wie der echte FN es so niemals war, sondern stets nur im Subtext und in Anspielungen seines früheren Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen. Eva ist, wie dessen Tochter Marine, die Erbin der innerparteilichen Macht qua familiärer Abstammung. Doch ihr Mann, Boris, erfährt bei der Beerdigung seiner Großmutter mütterlicherseits plötzlich, dass diese Jüdin war. Nach der Thora, schlussfolgert Vankelen, sei er deswegen aufgrund mütterlicher Abstammungslinie ebenfalls Jude.
Das Ende vom Lied ist allerdings, dass Boris Vankelen dieses Argument auch noch zum eigenen Vorteil einsetzt. Seine Frau, die bis dahin Spitzenkandidatin war, täuscht eine Krebserkrankung vor und tritt ihm die Kandidatur ab. Die Partei befindet sich bei 46 Prozent in den Umfragen und steuert auf einen Wahlsieg zu. In einer Fernsehshow wettert Vankelen zunächst über die jüdische Macht im Finanz- und Bankensektor. Darauf konfrontiert ihn die, anscheinend gut informierte, Moderatorin unerwartet mit der Existenz seiner jüdischen Vorfahrin. Doch Vankelen nutzt den Moment – nach kurzem aber sichtlichem Zögern –, um zu erklären, daran sehe man doch, dass seine Partei gar nicht antisemitisch sein könne, wie man ihr vorwerfe.

»Chez nous«/»Le bloc«

Ausschließlich der extremen Rechten gewidmet ist der Anfang 2017 erschienene Film »Chez nous« (»Das ist unser Land!«) des Regisseurs Lucas Belvaux. Im Januar des Jahres ereiferte sich der damalige FN-Politiker Florian Philippot deswegen in einem TV-Studio, weil mit dem Kinogang des Streifens einige Wochen vor den Wahlen – ab dem 22. Februar kam er in Säle – eine »parteiische« Beeinflussung des Publikums betrieben werde. Bei eben diesem Fernsehauftritt am 1. Januar musste Philippot allerdings zugeben, den Inhalt des Films nicht zu kennen.
Er beruht auf einem Buch, dem 2011 erschienenen Roman »Le bloc« von Jérôme Leroy. Schlüsselfiguren darin sind Vater und Tochter, Roland und Agnès Dorgelles, in denen relativ unschwer WiedergängerInnen von Jean-Marie und Marine Le Pen auszumachen sind. Laut dem Buchautor in einem Interview mit der Revue »La règle du jeu« bezog er sich mit der Namensgebung auf Roland Dorgères, den Chef einer agrarischen, faschistischen Vereinigung im Frankreich der Zwischenkriegszeit. Das Bild, das Leroy vom »Block« – alias »Front National« – zeichnet, ist tatsächlich ein wenig grobschlächtig und rustikal. Die extreme Rechte umfasst ein Bündnis von Anzugträgern und brutalen Schlägern, Letztere werden durch die Figur des ehemaligen Neonazi-Skinheads und Soldaten ‹Stanko› verkörpert. Den Anzugträger mimt ‹Antoine Maynard›, der publizistisch tätige Ehemann von Agnès Dorgelles. Die Stärke des Buches ist die atmosphärische Beschreibung der Milieus, denen die beiden Figuren entstammen. Die trostlosen und perspektivlosen alten Industriestandorte im Norden Frankreichs bei ‹Stanko›– das dandyhafte, gebildete, den faschistischen Traditionslinien verhaftete Milieu bei ‹Antoine Maynard›.
Die Schwerpunktverlagerung weg von der Straße, der Öffentlichkeit in die Welt der Popkultur kann auch als Zeichen zurückgehender Mobilisierungsfähigkeit antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen gewertet werden. Die Auseinandersetzung mit, die Kritik am FN bleibt über Film und Literatur präsent. Auch wenn die Filme 475.000 ZuschauerInnen in die Kinos lockten; was diese Art der Auseinandersetzung nicht bietet, ist die Sichtbarkeit. Ein lauter, wahrnehmbarer Widerspruch, auch als gemeinsames identitätsstiftendes Moment.

»Pivert«: Keine Halbgötter, nur Spechte

von Björn Resener



^ Pivert – (französisch) der Specht

Ende des Jahres 2014 tauchten in Rom diverse Aufkleber und Plakate mit kryptischen Sprüchen, einer Taube und dem Hashtag »#semiDio«, also »Halbgott« auf. Wildes Plakatieren und Kleben ist in einer Stadt wie Rom nichts Ungewöhnliches. Und so wurde das Hashtag auf Twitter kaum genutzt. Auch die parallel veröffentlichten Youtube-Videos, auf denen junge Männer beim Kleben der Werbematerialien zu sehen sind, wurden nur wenige hundert Mal angesehen.

Nähe zu »CasaPound«

Das gleiche Guerilla-Marketing, das einige Jahre zuvor bei der römischen RechtsRockband »Zetazeroalfa« noch eingeschlagen hatte, erwies sich nun als kapitaler Bock. Und so musste die Bekleidungsmarke »Pivert« (franz. Specht) für die Eigenwerbung auf andere Kanäle zurückgreifen, als sie Anfang 2015 auf den Markt kam. Die Websites, Blogs und Social Media-Seiten der faschistischen »CasaPound« reichten dafür gerne die Hand, denn der Besitzer der Marke kommt aus ihrer ersten Reihe.
Francesco Polacchi hält 70 Prozent der Anteile an der Marke »Pivert«. Weitere 30 Prozent hält die »Minerva Holding«, an der Polacchi ebenfalls zu 25 Prozent beteiligt ist. Bei »CasaPound« war er jahrelang der Hauptverantwortliche der landesweit operierenden Jugendorganisation »Blocco Studentesco«. Zudem hat er sich als rechter Schläger ein beträchtliches Vorstrafenregister erarbeitet.

Versuchter Mord

Im August 2007 wurde er auf Sardinien verhaftet, nachdem er vor einer Disco drei Jugendliche mit einem Messer verletzt hatte. Es folgte eine Anklage wegen versuchten Mordes, eine Verurteilung ist nicht bekannt. Am 29. Oktober 2008 führte Polacchi die Gruppe bewaffneter Faschisten an, die auf der Piazza Navona eine linke SchülerInnendemonstration gegen die Bildungsreform Gelmini angriff. Er koordinierte nicht nur die Attacke und war in vorderster Front an ihr beteiligt, sondern stand parallel auch im Austausch mit den anwesenden Polizeikräften. Diese griffen erst ein, nachdem ein Universitätskollektiv den SchülerInnen zur Hilfe kam und die rechten Schläger in die Defensive drängte. Fünf Tage später tauchte er mit seinen Kameraden von »CasaPound« im Studio des Fernsehsenders »RAI« auf, um die Moderatorin Federica Sciarelli und die Redaktion von »Chi l'ha visto?« (»Wer hat es gesehen?«) zu bedrohen. Anlass war ein Bericht über den Angriff auf die SchülerInnendemonstration, in dem dargelegt wurde, dass die Gewalt von den Faschisten ausging und welche Rolle Francesco Polacchi dabei spielte.
Am 13. April 2010 überfielen Polacchi und seine mit Knüppeln und Helmen ausgerüstete Bande in Roma Tre eine Gruppe von Linken, die Plakate für das Recht auf Wohnen klebten. Sie überschätzten sich jedoch, so dass neun Faschisten die Nacht im Krankenhaus beenden mussten. Und am 14. Dezember 2013 führte er gemeinsam mit dem »CasaPound«-Vize-Chef Simone di Stefano eine Gruppe von 20 maskierten Faschisten an, um eine Aktion am Sitz der Europäischen Union in Rom durchzuführen. Höchstwahrscheinlich war das juristische Nachspiel dieser Episoden der Hauptgrund, warum sich Polacchi als einer der wichtigsten Repräsentanten von »CasaPound« zurückgezogen hat. Mittlerweile wird ihm sein stetig wachsendes Geschäft aber auch keine Zeit mehr dafür lassen.

International im Angebot

Seit Polacchi Anfang 2015 mit »Pivert« an die Öffentlichkeit ging, hat er nicht nur einen Online-Shop und das Büro mit angeschlossenem Lager in Cernusco sul Naviglio eröffnet, sondern auch eigene Verkaufsstellen in Brescia, Turin, Rom und zuletzt am 14. Oktober in Mailand eingerichtet. Seine Ware wird darüber hinaus in diversen Bekleidungsgeschäften verkauft, deren Betreiber eine Vergangenheit in der Neonazi-Szene haben. So findet sich »Pivert« im »Intercity Firm« des ehemaligen »Forza Nuova«-Aktivisten Gianluca Locicero in Padua oder im Geschäft des ehemaligen »Dansk Front«-Mitglieds André Vincent im dänischen Rødovre. Im Ausland wird »Pivert« auch über »CasaPound«-Schwesterstrukturen wie »Hogar Social« in Madrid und »Bastion Social« im französischen Lyon vertrieben.

In der Szene

Doch Polacchi wirbt auch gezielt auf Web-Seiten und Social-Media-Kanälen, die beliebt in der europäischen Hooligan- und Ultraszene sind. In den sogenannten Football-Casuals sieht er offenbar seine Hauptzielgruppe. Diese in den letzten Jahren wieder beliebter werdende Kurvenkultur stammt aus der britischen Fussballszene der 1980er Jahre. Um bei Auswärtsfahrten nicht sofort in das Raster der lokalen Polizeikräfte zu geraten, legten einige Hooligans das damals für sie typische Skinhead-Outfit sowie Fanschals ab und besorgten sich Designerkleidung. So war es weiterhin möglich, sich gegnerischen Fangruppen unerkannt zu nähern und diese in Auseinandersetzungen zu verwickeln. Heute fallen selbsternannte Football-Casuals vor allem durch die Zurschaustellung von Jacken und Pullovern des italienischen Designers Massimo Osti auf, nicht selten in Kombination mit handelsüblichen Jogginghosen. Die ursprüngliche Idee der Casuals wird durch dieses uniforme Auftreten natürlich ad absurdum geführt und auf die Bereitschaft reduziert, grosse Summen für italienische Designermarken auszugeben. Auf dieses Geld zielt nun auch »Pivert« mit ihrer gebetsmühlenartig wiederholten »Made in Italy«-Philosophie.

In faschistischer Tradition

Problematisch ist der relative Erfolg von Polacchis Marke aber vor allem deshalb, weil sie die Übernahmeversuche vieler Kurven durch rechte Kräfte auf einer kulturellen Ebene flankiert. Zwar kommt das Design von »Pivert« ganz ohne rechte Slogans und Symbole aus, allerdings tauchen in der Werbung des Unternehmens immer wieder Hinweise auf ihren ideologischen Subtext auf. So wurde im ersten offiziellen Werbevideo ein halbes Dutzend Mal der »Palazzo della Civiltà Italiana« eingeblendet, den Benito Mussolini als Symbol für den italienischen Faschismus errichten ließ. Und auch bei den für »Pivert« arbeitenden Fotomodellen sind immer wieder faschistische Tattoos zu erkennen.

Antisemitische Fußball-Fans

Rom/Italien. Am 22. Oktober wurden im Olympiastadion in Rom Aufkleber entdeckt, die Anne Frank in einem Trikot des Fußballvereins AS Rom zeigen und mit antisemitischen Parolen versehen waren. Verantwortlich dafür ist die extrem rechte Fan-Gruppe »Irriducibili« (»Unbeugsame«) des konkurrierenden Vereins Lazio Rom. Lazio reagierte auf den Vorfall mit einer Gedenkaktion vor dem Spiel am 25. Oktober in Bologna: Es wurden Passagen aus dem Tagebuch der Anne Frank verlesen und eine Schweigeminute abgehalten. Währenddessen störten die extrem rechten Fans mit faschistischen Parolen. Inzwischen haben 13 Mitglieder der Fan-Gruppe mehrjähriges landesweites Stadionverbot erhalten. In der italienischen Serie A gibt es immer wieder Probleme mit extrem rechten Ultra-Gruppen, etwa durch antisemitische Sprechchöre oder das Zeigen des Faschistischen-/Hitlergrußes im Stadion. Etwa 8.000 extrem rechte Fußball-Fans sollen in diesen Gruppen organisiert sein.

Aufmarsch in Kiew

Kiew/Ukraine. Am 14. Oktober sind bis zu 20.000 FaschistInnen anlässlich des 75. Jahrestags der Gründung der »Ukrainischen Aufstandsarmee« (UPA) durch Kiew marschiert – unter ihnen auch Mitglieder der Partei »Der III. Weg«. Zu dem landesweiten Marsch hatten die Parteien »Swoboda« (»Freiheit«), »Prawy Sektor« (»Rechter Sektor«) und »Nazionalny Korpus« (»Nationalkorps«) aufgerufen. Seit 2015 ist der 14. Oktober der »Tag des Vaterlandsverteidigers« ein Feiertag. Die während der Besetzung der Ukraine durch Nazi-Deutschland gegründete UPA kämpfte bis in die frühen 1950er Jahre gegen die Sowjetunion. In der heutigen Ukraine dient die Erinnerung an die UPA dem Kampf gegen von Russland unterstützte und ausgerüstete Separatisten-Verbände in der Ostukraine.

Rechter Wahlsieg in Tschechien

Prag/Tschechien. Am 20. und 21. Oktober haben in Tschechien die Parlamentswahlen stattgefunden. Insgesamt werden neun Parteien im Parlament vertreten sein. Die als »populistische Protestpartei« bezeichnete »Politické hnutí ANO 2011« (ANO) unter Führung des Milliardärs Andrej Babis wurde stärkste Kraft. Sie bekam 29,7 Prozent der WählerInnenstimmen und damit 78 von 200 Sitzen im Parlament. Babis gilt als »tschechischer Trump« und sprach sich im Wahlkampf vor allem gegen Europa und Einwanderung aus. Seine parlamentarische Immunität wurde im September aufgehoben, weil wegen Betrugsverdachts gegen ihn ermittelt wird. Auch andere europaskeptische und immigrationsfeindliche Parteien ziehen ins neue Parlamant ein: Zweitstärkste Partei mit 11,3 Prozent wurde die rechte und europaskeptische ODS, die extrem rechte SPD kam auf 10,8 Prozent. Deren Vorsitzender Tomio Okamura kündigte nach der Wahl eine »Null-Toleranz-Politik bei der Migration« an und setzte sich zum Ziel, »jede Islamisierung der Tschechischen Republik zu stoppen«. Im Wahlkampf hatte er bereits den Austritt aus der EU thematisiert und gegen Sinti und Roma gehetzt. Mit einer Regierung unter der Führung von Babis scheint eine weitere Annäherung an die EU-Länder Ungarn, Polen und die Slowakei wahrscheinlich, die ebenfalls eine Abwendung von der EU vorantreiben und die Aufnahme von Geflüchteten verweigern.

Brutale Morde an Obdachlosen

Moskau/Russland. Am 25. Oktober sind fünf Mitglieder einer Moskauer Neonazi-Gruppe wegen Mordes in 14 Fällen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Neonazis im Alter zwischen 23 und 27 Jahren waren zwischen Juli 2014 und Februar 2015 nachts in abgelegenen Bezirken auf »Menschenjagd« gegangen. Die meisten ihrer Opfer waren Obdachlose beziehungsweise Menschen, die sie dafür hielten. Das Vorgehen war immer äußerst brutal: Sie stürzten sich auf die oft schlafenden Personen, stachen hunderte Male auf sie ein oder zertrümmerten den Schädel mit Hämmern. In mehreren Fällen verstümmelten oder zerstückelten sie die Toten im Anschluss. Auf dem Computer der Angeklagten Elena Lobacheva fanden Ermittler Fotos der aufgeschnittenen Getöteten. Der Hauptangeklagte Pavel Voijtov versuchte im Gerichtssaal trotz gefesselter Hände mehrmals den Hitlergruß zu zeigen und gab an, seine Opfer als »biologischen Abfall« zu betrachten. Die Gruppe hatte sich zuvor online in einer Gruppe mit dem Namen »Time to hate« organisiert, in der sie über die »Säuberung der weißen Rasse« schrieben und offen brutalste Gewalt verherrlichten. In den russischen Neonazi-Foren haben sich bereits UnterstützerInnen zusammengefunden. In Russland starben seit Beginn dieses Jahres bereits mindestens 19 Menschen durch Gewalt von Neonazis. Obdachlose sind immer wieder Ziel der Gewalt.

Aufmarsch in Warschau

Warschau/Polen. Am 11. November, dem polnischen Unabhängigkeitstag, marschierten bis zu 60.000 TeilnehmerInnen unter dem Motto »Wir wollen Gott« durch die polnische Hauptstadt. Zu dem Aufmarsch anlässlich des 99. Jahrestags hatten rechte Parteien und Organisation aufgerufen. Die Veranstaltung richtete sich gegen die »Islamisierung Europas«, von den TeilnehmerInnen wurden rassistische (»Weißes Europa«, »Reines Blut«) und Anti-LGBT-Banner getragen. In Interviews äußerten sich TeilnehmerInnen auch antisemitisch. An dem Aufmarsch nahmen FaschistInnen aus Ungarn, Ukraine und West-Europa teil. Der ursprünglich eingeladene US-amerikanische Neonazi Richard Spencer (»The National Policy Institute«) durfte nicht einreisen. Aber eine Verurteilung des Aufmarsches und der dort zur Schau getragenen Parolen durch die polnische Regierung blieb aus.

»Reichsbürger«

von Kai Budler

Rund 15.000 Personen sollen aktuell bundesweit zur »Reichsbürger«-Szene gehören, die immer häufiger durch Prozesse von sich reden macht. Trotzdem aber musste erst ein Polizist durch Schüsse eines »Reichsbürgers« sterben, damit die Gefahr dieser Bewegung in der Öffentlichkeit ernst genommen wird. Insofern nimmt der Untertitel »Die unterschätzte Gefahr« mit seinen drei Worten vieles aus den zehn Kapiteln des Sammelbandes »Reichsbürger« vorweg. Während Herausgeber Andreas Speit, der auch regelmäßig für »der rechte rand« schreibt, in der Einleitung die Milieus und Projekte der Reichsbürgerideologie erläutert, skizziert er zusammen mit David Begrich die Entwicklung der Reichsideologie und ihrer ProtagonistInnen in der extremen Rechten. Prägenden Figuren der Szene in Deutschland spüren Gabriela Keller und Jean-Philipp Baeck nach, während sich andere Kapitel der Bewaffnung sowie den Themen Antisemitismus und Gender in der Bewegung widmen. Ein besonderer Erkenntnisgewinn für die alltägliche Praxis sind die Kapitel, in denen es um die Auseinandersetzung mit »Reichsbürgern« verschiedener Couleur in der öffentlichen Verwaltung und auf kommunaler Ebene geht. Und auch bisher in der Öffentlichkeit marginalisierte Aspekte greift das Buch auf, wenn Paul Wellsow die langjährige Verharmlosung durch die Verfassungsschutzbehörden akribisch nachzeichnet. Hinnerk Berlekamp hingegen blickt über den deutschen Tellerrand und beleuchtet »Reichsbürger« in Österreich, der Schweiz, Kanada, den USA, Australien und Neuseeland. Er kommt zu dem Schluss, diese seien »ein globales Netzwerk« mit »direkte(n) Verbindungen zwischen einzelnen dieser Staatsleugner-Gruppen und ihren Gesinnungsgenossen«. In ihrer Gesamtheit bilden die zehn Kapitel ein gut lesbares Grundlagenwerk, das fundierte Einblicke in die Bewegung der ReichsbürgerInnen ermöglicht. Das Buch zeigt, dass die jetzt öffentlich thematisierte Radikalisierung der AkteurInnen aus der Bewegung bereits in ihrer Idee begründet liegt. Die Selbstermächtigung als »Souverän« beinhaltet immer auch das angebliche Recht auf Selbstverteidigung gegen den vermeintlich unrechtmäßigen Staat. Eine Gefahr, vor der Opferberatungsstellen und antifaschistische Recherchen wie in »der rechte rand« schon länger warnen. Diese langjährig gesammelten Erkenntnisse werden im Buch aufgegriffen und beweisen ihren Wert für die Problemanalyse, was sich auch in der Zählung von »Reichsbürgern« zeigt: Anders als die Behörden kommen GerichtsvollzieherInnen derzeit auf etwa 40.000 ReichsbürgerInnen, mit denen die JustizbeamtInnen tagtäglich konfrontiert sind.

Andreas Speit (Hg.): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Berlin 2017, Ch. Links Verlag, 215 Seiten, 18 Euro.

»Autonome Nationalisten«

von Jan Nowak

In der Folge des Aufkommens der »Autonomen Nationalisten« (AN) ab dem Jahr 2003 ist viel Papier beschrieben worden. Dabei ging es oft sensationsheischend zu, ungewollt dienten nicht wenige Veröffentlichungen der Reproduktion des Selbstbildes der Neonazis. Dem entgegen stehen fundierte Arbeiten wie die soeben veröffentlichte Dissertation von Christoph Schulze, in der das Phänomen mitsamt seiner Vorgeschichte umfassend analysiert wird.
Der Autor versteht die AN als vorläufigen Höhepunkt einer Modernisierung des deutschen Neonazismus, der mit dem Modell der »Freien Kameradschaften« (FK) ab Mitte der 1990er Jahre erheblich an Dynamik gewonnen hat. Zwar existierten mit den neonazistischen Skinheads bereits zuvor jugendkulturelle Einflüsse. Als Träger einer umfassenden Kulturalisierung und Verszenung auf dem Weg zu einem Neonazismus als Soziale Bewegung taugte der Typ »Glatze« allein jedoch ebenso wenig wie der bis Ende der 1980er Jahre dominierende »Scheitel«. Erst die FK ermöglichten organisatorische und stilistische Innovationen, aus denen heraus sich die AN entwickeln konnten. Diese begreift Schulze als Subströmung der FK, als neonazistische Bewegungsszene.
Detailliert und kenntnisreich stellt der Autor dar, welche Formen und Symbole aus der Popkultur und der Linken vor und nach der Entstehung der AN aus welchen Gründen und mit welchen Folgen durch den Neonazismus übernommen wurden. Dabei gibt es kaum einen Aspekt, der nicht praxisnah und zugleich theoretisch fundiert behandelt wird: von Alltagspraktiken wie dem Zusammenleben in WGs oder identitätsstiftenden Ernährungsgewohnheiten über den wichtigen Bereich Musik bis hin zu Parolen und Symboliken sowie den ‹Schwarzen Block› als Hauptausdrucksform der AN. Besondere Beachtung verdient dabei die Auseinandersetzung mit neonazistischem Rap, die bisher in Qualität und Umfang nicht in vergleichbarer Form vorlag. Ergänzt werden die Analysen durch den Rückgriff auf Ernst Blochs Überlegungen zu den »Entwendungen aus der Kommune«, das heißt Übernahmen des historischen Nationalsozialismus aus der linken ArbeiterInnenbewegung.
In »Etikettenschwindel« ist umfangreiches Wissen der antifaschistischen Bildungsarbeit und Publizistik eindrucksvoll wissenschaftlich aufgearbeitet und erweitert worden. Der Publikation sind viele LeserInnen zu wünschen, zur theoretischen Fundierung, zum Nachschlagen und Entdecken mühevoll freigelegten Detailwissens. Fragen bleiben offen bei den Quantifizierungsversuchen der AnhängerInnenschaft, die Schulze 2007/2008 und 2014 bei gleichbleibend etwa 1.000 sieht. Interessant wäre zudem ein Blick auf die transnationale Dimension der AN und die eingangs erwähnte mediale Rezeption gewesen.

Christoph Schulze: Etikettenschwindel. Die Autonomen Nationalisten zwischen Pop und Antimoderne. Baden-Baden 2017, Tectum Verlag, 562 Seiten, 44,95 Euro.

»Compact« in der Diskursanalyse

von Sascha Schmidt

Das »Compact-Magazin« erreicht nach Eigenaussage eine Auflage von 85.000 Heften pro Ausgabe. Die professionell erstellten, online-abrufbaren Videos werden bis zu 50.000 Mal abgerufen. Treten Prominente wie Ken Jebsen auf, erreicht »CompactTV« schon mal rund 350.000 Zugriffe. Zahlen, die verdeutlichen, warum der Soziologe Felix Schilk die Zeitschrift als »wesentlichen Teil der jüngsten rechtspopulistischen Mobilisierungen« bezeichnet. Schilk hat im Rahmen seiner Diplomarbeit eine lesenswerte Diskursanalyse über »Compact« erstellt, die im Frühjahr 2017 vom Duisburger Institut für Sprach-und Sozialforschung in überarbeiteter Form unter dem Titel »Souveränität statt Komplexität« veröffentlicht wurde.
Das »Compact-Magazin« versteht sich selbst als »Querfront-Debatten-Magazin«und nimmt für sich in Anspruch, »weder links noch rechts« zu sein und stattdessen »jenseits veralterter Definitionen« zu stehen. An diesem Selbstverständnis anknüpfend setzt sich Schilk zunächst im Rahmen eines historischen Exkurses mit den Kategorien ‹Links› und ‹Rechts› sowie mit dem Phänomen der »Querfrontbewegungen« des 20. und 21. Jahrhunderts auseinander. Schilk verfolgt damit das Ziel, Strukturähnlichkeiten zwischen gegenwärtigen Krisenkonstellationen und historischen Phänomenen aufzuzeigen. In der darauf folgenden Gegenwartsdiagnose widmet sich der Autor theoretischen Beschreibungen moderner, gesellschaftlicher Transformationsprozesse. In den vielfach damit einhergehenden Integrations-und Legitimationskrisen gesellschaftlicher Institutionen und politischer Bewegungen sieht Schilk eine der Grundlagen populistischer Tendenzen, an denen »Compact« erfolgreich ansetzt. Dem Magazin gelinge es, »unmittelbare Deutungsmuster für die Krisen der Gegenwart« bereitzustellen und an »realen Folgeproblemen des sozialen Wandels anzudocken«.
Die Analyse des Magazins ergänzt der Autor durch Informationen zum Entstehungshintergrund von »Compact«, zum Mitbegründer und Chefredakteur Jürgen Elsässer, zu zahlreichen AutorInnen und InterviewpartnerInnen sowie zur inhaltlichen Ausrichtung und zu Themen-Schwerpunkten verschiedener Ausgaben. Schilk kommt zu dem Ergebnis: »Im Compact-Magazin dominieren negative Feindbilder und Manipulationsthesen« sowie »eine Besinnung aufs nationale Wir (…) als Selbstermächtigung gegen äußere Feinde.«

Felix Schilk: Souveränität statt Komplexität – Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet. Münster 2017, Edition Diss/Unrast Verlag, 190 Seiten, 19,80 Euro.

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ E-Mail-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik – IBAN DE68250501800910222045 – BIC SPKHDE2HXXX

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name ____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 1, 7, 19)
Achsegel (Seite 3)
moox (Seite 4)
Robert Andreasch (Seiten 8, 22, 24)
Archiv »der rechte rand« (Seiten 10, 13, 26, 27, 32)
Christian Ditsch (Seite 15)
Presseservice Rathenow (Seite 16)
Marian Ramaswamy (Seite 17)
Roland Geisheimer/attenzione (Seiten 20, 29)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.